

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 274 =====

---

---

## Die deutsch=englische Wirtschaftsrivalität

Ein Beitrag zur Geschichte  
der deutsch-englischen Beziehungen 1897-1907

Von

**Dr. Angelika Banze**

=====

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Historische Studien

Die deutsche-englische  
Wirtschaftsverhältnisse  
der deutsch-englischen Handelsverträge 1872-1892

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Die deutsche-englische

Verlag Dr. Carl Lohndorf  
Berlin 1892

Printed in the United States of America

## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung . . . . .	5
Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Eng- lands in den Vorkriegsjahrzehnten . . . . .	9
Die deutsch-englische Wirtschaftsrivalität als politisches Problem .	23
I. Die Entstehung des Wettbewerbsempfindens in England aus der Agitation für Gruppen- und Parteiziele . . . . .	23
1. Die Anfänge der Fair-Trade-Bewegung . . . . .	23
2. Die parteipolitische Behandlung der Wettbewerbsfrage im Unterhaus in den neunziger Jahren . . . . .	27
II. Der wirtschaftliche Wettbewerb als außenpolitisches Motiv .	37
1. Die Wirtschaftsrivalität in der deutsch-feindlichen Presse- hetze während der Transvaalkrise . . . . .	37
2. Wirtschaftsrivalität und englische Entscheidung zwischen Dreibund und Zweibund . . . . .	52
III. Die deutsch-englische Wirtschaftsrivalität in der imperialisti- schen Schutzzollpolitik Chamberlains . . . . .	69
1. Ursachen und Anfänge der Bewegung . . . . .	69
2. Der Übergang zum reinen Protektionismus: Der deutsche Wettbewerb im Vordergrund der Agitation . . . . .	76
3. Der Ausgang des Schutzzollfeldzuges und seine politischen Nebenwirkungen . . . . .	82
IV. Der wirtschaftliche Wettbewerb in den letzten Vorkriegsjahren .	87
Schluß . . . . .	94
Anhang . . . . .	98
Literaturverzeichnis . . . . .	103





## Einleitung.

Als sich zu Beginn des Weltkrieges auch England auf die Seite der Feinde Deutschlands stellte, stand es für die meisten deutschen und für viele ausländische Beurteiler fest, daß die wirtschaftliche Eifersucht Englands die letzte Ursache dieses Schrittes war. Der Weltkrieg wurde als schicksalhafte Auseinandersetzung aufgefaßt zwischen einer alten Wirtschaftsmacht und einem jungen Gegner, dem man nicht gutwillig die Vorherrschaft abtreten wollte. Schon vor dem Weltkriege war die Auffassung in vielen Kreisen verbreitet, daß der Wirtschaftsgegensatz die entscheidende Rolle in der Gestaltung des politischen Verhältnisses spielte, und in zahlreichen wissenschaftlichen Darstellungen und politischen Flugschriften wurden die gleichzeitigen Erscheinungen der Expansion der deutschen Wirtschaft und der deutsch-englischen Entfremdung mehr oder weniger als ursächlich verknüpft hingestellt.

Diese bis in die Nachkriegszeit sehr verbreitete Auffassung scheint in den letzten Jahren langsam eine Wandlung erfahren zu haben. In demselben Maße, wie man durch Aktenveröffentlichungen in die Lage kam, die rein politische Interessenverflechtung bis in Einzelheiten hinein zu verfolgen, trat bei vielen die Bewertung der wirtschaftlichen Hintergründe des Weltkrieges zurück. Je stärker man dabei die Möglichkeiten betont wissen wollte, die man für die Bülow'sche Politik in der Gestaltung des deutsch-englischen Verhältnisses um die Jahrhundertwende zu erkennen glaubte, desto eher war man geneigt, den Wirtschaftsgegensatz als trennendes Moment schwächer zu bewerten, und heute sind neben den Beurteilern, die an der starken politischen Bedeutung dieses Faktors festhalten, andere Stimmen vernehmbar, die ihm jeden Einfluß auf die politische Entwicklung absprechen.

Wenn sich so gegensätzliche Auffassungen herausbilden konnten, so lag das zu einem Teil in der Natur des Problems begründet. Es gehört zu den Fragen der Vorkriegsgeschichte, die sich nicht an Hand von offiziellem Aktenmaterial beantworten lassen, für die die Zeichnung einer klaren, fortlaufenden Entwicklungslinie nicht möglich ist. Wollte man der Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Interessen nachgehen, so mußte man sich notwendig auf den unsicheren Boden der „öffentlichen Meinung“ begeben und ihre Äußerungen zu deuten versuchen, und es ist erklärlich, daß einzelne herausgegriffene Symptome — diese oder jene Pressestimme, diese oder jene Rede eines Staatsmannes — je nach dem persönlichen Standpunkt verschiedenartig gedeutet und bewertet werden konnten. Es wird gewiß in vielen Fällen unmöglich sein, hinter den vielgestaltigen Äußerungsformen, in denen sich die „öffentliche Meinung“ in England mit der Frage des deutschen Wettbewerbs auseinandersetzte, die treibenden Kräfte einwandfrei zu erkennen, auf die es ankommt. Wenn in dieser Arbeit ein so unsicherer Faktor trotzdem herangezogen wurde — die englischen Parlamentsverhandlungen, die Presse jener Jahre, daneben die englische Life- and Letters-Literatur bildeten wesentliches Material —, so geschah es in der Ueberzeugung, daß es die einzige Möglichkeit war, der Fragestellung überhaupt zu dienen.

Wie stellt sich nach diesem Material die Auseinandersetzung der politischen Öffentlichkeit in England mit dem Problem des deutschen Wirtschaftswettbewerbs dar? Machen einzelne Wirtschaftszweige ihre bedrohte Lage im politischen Leben geltend? Oder bedient sich eine politische Tendenz vorhandener Stimmungen und Urteile? Welche Kreise arbeiten mit dem Begriffe, welche Ziele haben sie, wie verändert der Kampf um diese Probleme das politische Bild? Welche Rolle spielt die Wirtschaftsrivalität insbesondere für das Jahrzehnt 1897—1907 mit seinen starken Spannungen und politisch entscheidenden Entschlüssen?

Eine Untersuchung dieser Fragen erfordert eine klare Umgrenzung dessen, was hier unter dem Begriff „Wirtschaftsrivalität“ verstanden werden soll. Der Begriff ist in der Terminologie der Vorkriegsgeschichte in sehr vieldeutiger Weise verwendet



worden. Er umschließt hier häufig neben dem Wettbewerb in Handel und Industrie auch den kolonialen Wettbewerb, ferner Rivalitäten in Finanzpolitik und Bahnbauten, manchmal sogar den Flottenbau, der dann als zwangsläufige Begleiterscheinung der Wirtschafts rivalität angesehen wird. Es handelt sich also um einen vielgestaltigen Komplex von Fragen, die häufig gar nicht rein wirtschaftlicher Natur sind, sondern eine für die Vorkriegsjahrzehnte charakteristische Vermischung wirtschaftlicher und machtpolitischer Tendenzen aufweisen. Die vorliegende Untersuchung faßt den Begriff „Wirtschafts rivalität“ einer eindeutigen Problemstellung zuliebe in seinem engeren, ursprünglicheren Sinne als Wettbewerb in Handel und Industrie. Sie beschränkt sich damit auf die rein wirtschaftlichen Fragen, soweit diese sich aus dem Gesamtbegriff der „commercial rivalry“ herauslösen lassen.

Welche tatsächlichen Verhältnisse den Erörterungen über den Wettbewerb in Handel und Industrie zugrunde lagen, soll in einem besonderen Abschnitt kurz vorausgeschickt werden, der die wichtigsten statistischen Unterlagen für die kommerzielle und industrielle Entwicklung der beiden Länder gibt.

Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Hermann Oncken möchte ich für sein Interesse an meiner Dissertation und für manche wertvolle Anregung danken.





## **Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Englands in den Vorkriegsjahrzehnten.**

Jahrhunderte eifersüchtig verteidigter Seeherrschaft, der Aufbau einer kolonialen Weltmacht und ein Handel, der im 19. Jahrhundert einen ungeahnten Aufschwung erfuhr, gaben dem Bewohner der durch Natur und geschichtliche Entwicklung gleichermaßen begünstigten britischen Inseln das Gefühl, Angehöriger der ersten Wirtschaftsmacht der Erde zu sein. Mit wachsamem Auge wurde jede Macht, die zur Konkurrenz hätte werden können, beobachtet. Die im 19. Jahrhundert neu aufstrebenden politischen Machtfaktoren auf dem Kontinent und in Amerika fanden in England einen aufmerksamen Beobachter, und das Interesse steigerte sich, als in Deutschland und den Vereinigten Staaten zwei mächtig emporblühende Volkswirtschaften entstanden, die in wenigen Jahrzehnten eine lange Entwicklung nachzuholen schienen.

Von vornherein waren diese Länder durch das Vorhandensein einer bei weitem überlegenen Industrie- und Handelsmacht auf die Zusammenfassung aller Kräfte angewiesen, um überhaupt erst einmal auf den fremden Märkten konkurrenzfähig zu werden. In Produktion und Absatz galt es die rationellsten Methoden zu schaffen. Das führte zunächst zur Entwicklung derjenigen Industriezweige, in denen besonders günstige Vorbedingungen für eine billige Herstellung schon vorhanden waren. Vertikale und horizontale Bindungen der einzelnen Betriebe untereinander gaben die Möglichkeit der Produktion in großem Maßstabe mit all ihren Vorteilen für Rohstoffbeschaffung und Absatz, Verbesserung und Verbilligung der Ware. Enge Beziehungen zwischen Banken und Industrie, bewußte Anwendung der Wissenschaft auf die Technik begünstigten die Entwicklung. Diese Methoden fanden starke Beachtung, und der Unterschied Deutschland-England wurde von Engländern schon in den neun-

ziger Jahren auf den Nenner Kollektivismus-Individualismus gebracht. Der amtliche englische Bericht von 1918 „Final Report on Commercial and Industrial Policy after the War“ charakterisiert die Lage Deutschlands — und dasselbe gilt für die Vereinigten Staaten —, wie sie sich als Folge des verspäteten Erscheinens auf dem Weltmarkt ergab: „Deutschland begann also in den alten Industrien mit allen Vorteilen einer ganz neuen technischen Ausstattung der Betriebe und ohne das Hindernis einer traditionellen Organisation. Es kam hinzu, daß Deutschland von Anfang an den großen Wert der Anwendung der Wissenschaft auf die Industrie völlig erkannte, sowie die Notwendigkeit eines engen Zusammenarbeitens beider. Dieser Grundsatz, der besonders in der chemischen Industrie zum Ausdruck kommt, kann als allgemein charakteristisch für die deutschen Industrien angesehen werden.“

Ähnlich wie für die Erzeugung kam es auch für den Absatz auf neue und verbesserte Methoden an, wollte man den Platz auf dem Weltmarkt erobern, den man wegen des ständig wachsenden und in der Landwirtschaft nicht mehr unterzubringenden Bevölkerungsüberschusses notwendig brauchte. Diese neuen Methoden haben in England schon bald sehr gründliche Beachtung gefunden und wurden dem britischen Kaufmann, der bisher als Alleinherrscher auf den Märkten diese Dinge wenig beachtet hatte, häufig zur Nachahmung empfohlen. Ein Parlamentsbericht aus dem Jahre 1899<sup>1</sup> faßt zusammen, aus welchen Gründen die Vorherrschaft des britischen Kaufmanns auf den Märkten durch die Methoden der neuen Wettbewerber bedroht war:

„I. Die Abneigung der britischen Händler,

a) billigere Warensorten zu liefern,

b) im Anfang mit einem kleinen Auftrag zufrieden zu sein,

---

1. Opinions of H. M. Diplomatic and Consular Officers on British Trade Methods. P. o. P. Bd. 96. 1899. Ähnlich wie dieser Bericht äußern sich zahlreiche Konsularberichte und auch Pressestimmen schon seit den achtziger Jahren. Besonders Kenntnis der Sprachen fremder Länder wird immer wieder gefordert. Der hier wiedergegebene Bericht bringt eine gute Zusammenfassung der am häufigsten beanstandeten Mängel in den englischen Methoden.

- c) die Wünsche eines Kunden zu studieren,
  - d) zur Berechnung von Gewicht, Kosten usw. das metrische System anzuwenden,
  - e) Zahlungserleichterungen zu gewähren.
- II. Die im Vergleich mit anderen Ländern geringe Anzahl von britischen Geschäftsreisenden, ihre Unkenntnis der Sprache der Länder, die sie besuchen, und ihr Bemühen, durch eine sinnlose Verteilung von Katalogen und anderen nur in englischer Sprache gedruckten Sachen ihren Platz auszufüllen.
- III. Die den deutschen und amerikanischen Methoden unterlegene Art der Verpackung.
- IV. Die Nebenkosten, die für die Waren infolge der hohen Frachtsätze auf britischen Dampferlinien entstehen.
- V. Die häufigen Streiks im Vereinigten Königreich, die eine gewisse Unsicherheit in der Erledigung von Aufträgen verursachen.
- VI. Die Entwicklung der technischen Ausbildung in Deutschland und die größere Aufmerksamkeit, die man in den Schulen den modernen Sprachen entgegenbringt, dazu die Methode, junge Deutsche in alle Welt zu schicken, damit sie praktische Kenntnisse der Sprache, Geschäftsgewohnheiten usw. anderer Länder erwerben, wodurch sie später in der Lage sind, mit diesen Ländern mit größerer Aussicht auf Erfolg in Wettbewerb zu treten.“

So riefen die ursprünglich den jungen Wirtschaftsmächten ungünstigen Bedingungen des durch England beherrschten Weltmarktes Kräfte und Fähigkeiten hervor, die allmählich den Vorsprung, den England in Handel und Industrie gewonnen hatte, verringerten.

Es kam noch eine Reihe von Faktoren hinzu, die sich für England besonders ungünstig auswirkten, vor allem die erleichterten Austauschmöglichkeiten auf dem Kontinent. Nachdem hier die politischen Konsolidierungen des 19. Jahrhunderts die Voraussetzungen geschaffen hatten, brachte die fortschreitende technische Entwicklung des Verkehrswesens den Ausbau eines großzügigen Eisenbahnnetzes, das die Völker einander näher



brachte und den kontinentalen Güteraustausch mächtig förderte. Dem stand in England ein oft beklagter Mangel an Einheitlichkeit gegenüber, verursacht durch das Nebeneinander der vielen privaten Eisenbahngesellschaften. Alle Bestrebungen, die Frachten zu beschleunigen und die Kosten zu verbilligen, scheiterten daran.

Ebenso wurde in England sehr beachtet, daß die Eröffnung des Suez-Kanals nicht nur Vorteile, sondern auch unleugbare Nachteile gebracht hatte. Der Kanal bedeutete besonders für die südeuropäischen Häfen einen starken Anreiz und änderte die bisherige Ausrichtung des Welthandels in ungeahnter Weise. Die Weltstellung Londons als Umschlaghafen wurde dadurch sehr bald in Frage gestellt.

Nimmt man hinzu, daß in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern die Entwicklung eines eigenen Handels und der nationalen Industrien stark gefördert wurde, so erkennt man, daß die deutsche wirtschaftliche Entwicklung nur ein Teil der allgemeinen weltwirtschaftlichen war und diese nicht ausschließlich bestimmte. Wenn trotzdem neben den Vereinigten Staaten gerade Deutschlands aufstrebende Wirtschaftsmacht in England stark empfunden wurde, so lag das vor allem daran, daß diese beiden Länder nicht nur auf neutralen Märkten als Mitbewerber auftraten, sondern daß sich auch auf dem englischen Binnenmarkte die neue Konstellation geltend machte. Hier wurde den neuen Rivalen die Konkurrenzmöglichkeit noch durch einige besondere Umstände erleichtert. „Großbritannien ist erstens durch das Fehlen des Zollschatzes, zweitens durch einen vergleichsweise geringen Frachtenschutz dem ausländischen Wettbewerb in weit stärkerem Maße ausgesetzt als die Mehrzahl der Industrien in Schutzzollländern mit großer Binnenfläche, wie etwa in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten von Amerika. Großbritannien besitzt drittens relativ wenige mineralische Rohstoffproduktionen, in denen es sich einer natürlichen nationalen oder weltwirtschaftlichen Monopolstellung erfreut.“<sup>2</sup>

Wie weit die Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte im einzelnen ging, mögen einige statistische Angaben zeigen, wenn

---

2. Hermann Levy: Monopole, Kartelle, Trusts. S. 271.



eine solche zahlenmäßige Veranschaulichung auch nicht geeignet ist, ein im einzelnen genaues Bild der Entwicklung zu geben. Die in Deutschland und England verschiedenen Methoden der Statistik führen häufig, zumal in früheren Jahren, zu starken Abweichungen in den Zahlenangaben. Bis 1893/94 wurde zum Beispiel nicht das Ursprungsland, sondern der Verschiffungshafen angegeben. Dazu kamen weitere kleinere Abweichungen in den Methoden, so daß statistische Angaben nur einen allgemeinen Ueberblick über die herrschenden Tendenzen geben können.<sup>3</sup>

Ueber die Richtung, die die Entwicklung des Handels in den letzten Vorkriegsjahrzehnten nahm, gibt die folgende Tabelle Aufschluß, die die Ein- und Ausfuhrzahlen der beiden Länder enthält.<sup>4</sup>

		England			Deutschland	
		Einf.	Rückausf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
im Durchschnitt	1870—1874	346	55	235	—	—
der Jahre:	1875—1879	375	55	202	—	—
in Mill. £	1880—1884	408	64	234	152	153
	1885—1889	380	61	226	160	151
	1890—1894	419	62	234	199	153
	1895	417	60	226	203	163
	1896	442	56	240	212	173
	1897	451	60	234	230	179
	1898	471	61	233	250	185
	1899	485	65	255	270	207
	1900	523	63	282	284	227
	1901	522	68	271	267	218
	1902	528	66	277	277	230

3. Eine kritische Wertung des statistischen Vergleichs der deutschen und der englischen Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen und der Ausfuhrstatistik im besonderen bei Anton Hofrichter: Krieg und Handelsrivalität, (Berlin 1917) Abschnitt II.

In der vorliegenden Arbeit sind absichtlich die englischen Statistiken vorwiegend herangezogen.

4. Nach den amtlichen englischen Erhebungen „Statistical Tables and Charts relating to British and Foreign Trade and Industry. 1854—1908.“ P. o. P. 1909. Bd. 102. — Cd 4954. Bis 1889 die deutschen Zahlen ohne Bremen und Hamburg.

1903	543	69	287	295	247
1904	551	70	297	313	257
1905	565	78	325	351	282
1906	608	85	367	394	313
1907	646	92	416	430	337
1908	593	80	366	377	315

Während also die Zahlen der ersten Jahre ein rascheres Aufsteigen der deutschen Kurve zeigen, das noch die Jahre des Burenkrieges hindurch anhält, geht von 1903 an die Entwicklung ungefähr parallel.<sup>5</sup> Beide Völker nehmen an dem großen weltwirtschaftlichen Aufschwung der Jahre 1905—1907 teil, beide leiden unter dem Rückschlag des Jahres 1908. und die Zahlen für die Entwicklung bis 1913 würden zeigen, wie der Handel beider Länder gleichmäßige Erholung findet. Von einer beherrschenden Machtstellung Englands im Welthandel kann man in diesen Jahrzehnten zwar nicht mehr sprechen — England ist vielmehr dazu übergegangen, seine Position zu verteidigen —, aber ebensowenig kann man aus diesen Zahlen auf einen weltwirtschaftlichen Niedergang des englischen Handels schließen. England hat nicht nur den Umfang seines Handels behauptet, sondern an der weltwirtschaftlichen Entwicklung in erheblichem Maße teilgenommen.<sup>6</sup>

Zweifelloos ist es für den einzelnen englischen Kaufmann unangenehm genug gewesen, auf den Märkten, wo er bisher Alleinherrscher war, dem neuen Wettbewerb zu begegnen. Aber weit häufiger als auf den Deutschen stieß er dabei auf den Amerikaner. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten übertraf die englische schon bald beträchtlich und machte sich z. B. in den englischen kolonialen Besitzungen stark bemerkbar, während Deutschland dort eine verschwindende Rolle spielte. In welcher

5. Wie auch in den vorhergehenden Ausfuhrziffern sind Schiffe nicht eingerechnet. Im allgemeinen wurde seit 1899 die Schiffsausfuhr einbezogen.

6. Angaben über Englands Anteil am Welthandel bedeuten natürlich nur Schätzungen. Fr. Lenz (Ist Deutschlands Krieg ein Wirtschaftskrieg? Berlin 1915) gibt folgendes Beispiel:

Gesamthandel der Erde	
1802 etwa	6 Milliarden $\mathcal{M}$
1862 etwa	40 Milliarden $\mathcal{M}$
1912 etwa	160 Milliarden $\mathcal{M}$

Großbrit. Gesamteigenhandel	
etwa	1,2 Mill. $\mathcal{M}$ (rund $\frac{1}{5}$ )
etwa	9,1 Mill. $\mathcal{M}$ (rund $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ )
etwa	27,4 Mill. $\mathcal{M}$ (gut $\frac{1}{6}$ )

Weise sich die deutsche und die englische Ausfuhr auf die Märkte verteilte, möge folgendes Beispiel für das Jahr 1902 zeigen.<sup>7</sup>

(Zahlen in Mill. £:

	Vereinigt. Königr.	Deutschl.
A. Nach Europa . . . . .	96,5	188,3
Nach den Vereinigten Staaten . .	23,8	22,5
B. Nach Südamerika (soweit nicht britisch) . . . . .	22,4	10,7
Nach Asien (soweit nicht britisch)	19,0	7,1
Nach Afrika (soweit nicht britisch)	12,7	2,2
C. Nach Indien und Ceylon . . . .	34,0	3,5
Nach Australien und Neuseeland .	25,0	2,3
Nach Südafrika . . . . .	24,0	1,9
Nach Kanada und Neufundland .	11,0	1,9
Nach Westindien . . . . .	3,0	0,1

---

A. Nach den außerbritischen Schutz- zollgebieten . . . . .	120,3	210,8
---	-------	-------

B. Nach den außereuropäischen Roh- stoffgebieten . . . . .	54,1	20,0
---	------	------

C. Nach den britischen Besitzungen .	109,0	10,8
--------------------------------------	-------	------

England hatte also in den überseeischen Ländern eine mehrfache, in denen britischer Besitzung gar eine durchschnittlich zehnfache Ueberlegenheit. Während der deutsche Handel dort eine geringe Rolle spielte, war er dem englischen auf dem europäischen Kontinent stark überlegen. Eine ins einzelne gehende Aufstellung würde zeigen, wie sehr dieses Uebergewicht verkehrsgeographisch bestimmt war. Es war am stärksten in Zentraleuropa, weniger spürbar dagegen in den Randgebieten Spanien, Skandinavien usw. Zum Teil aus diesen verkehrsgeographischen Gründen hatten sich auch die Caprivischen Handelsverträge der neunziger Jahre vorwiegend zu Deutschlands Gunsten ausgewirkt, obwohl sie auch England infolge der Meistbegünstigungsverträge erweiterte Möglichkeiten gaben. — So kann man zu Anfang des 20. Jahrhunderts von einer gewissen

---

7. bei Schulze-Gävernitz, a. a. O. S. 261.

Verteilung der Märkte sprechen, an der sich bis zum Kriege nur wenig geändert hat.

Wie wenig der englische Handel im ganzen genommen unter dem ausländischen Wettbewerb gelitten hatte, zeigt die Entwicklung der Handelsmarine. Sie nahm seit den siebziger Jahren einen gewaltigen Aufschwung. Noch 1912 betrug gegenüber 5 180 000 Tonnen der Vereinigten Staaten und 2 514 000 der Deutschen die britische Stärke 11 895 000 Dampfertonnen. Damit war der Tonnengehalt der britischen Handelsmarine nicht viel geringer als der aller übrigen Nationen zusammen genommen. Der allgemeine Aufschwung der Handelsschifffahrt der Welt hat zwar auch dem englischen Reeder infolge des Ueberangebots an Schiffsraum scharfe Konkurrenzkämpfe gebracht, vor allem auch der englischen Reeder untereinander. Es zeugt für die wirtschaftliche Stärke des englischen Unternehmers, wenn man trotzdem für die Entwicklung im ganzen feststellen muß: Großbritannien war „gerade erst neuerdings — seit Aufhebung der Navigationsakte, seit dem amerikanischen Sezessionskriege, seit Eröffnung des Suezkanals, seit Erfindung der Compound-Maschine, seit endgiltiger Niederlage des Seglers — das Schifffahrtsland der Welt, der internationale Frachtführer.“<sup>8</sup>

Auf dem Gebiete des Handels läßt sich also von einem tödlichen Wettkampf, aus dem heraus sich die politische Frontstellung eines ganzen Volkes erklären ließe, nicht gut reden. — Es bleibt schließlich noch zu untersuchen, ob vielleicht für bestimmte Zweige der englischen Wirtschaft, vielleicht eine große Stapelindustrie, eine Schädigung durch den deutschen Wettbewerb besonders stark in Frage kam.

Die Kohlenindustrie scheidet aus dieser Betrachtung von vornherein aus. Sie ist eine ausgesprochene Ausfuhrindustrie geblieben und ernstlichem Wettbewerb nicht begegnet, ausgenommen in Holland und Oesterreich-Ungarn, wo die deutsche Kohle die Märkte beherrschte. Im übrigen aber erlebte die englische Kohlenausfuhr einen glänzenden Aufschwung.<sup>9</sup>

Eine Ausfuhrindustrie ersten Ranges blieb auch nach dem Aufkommen des deutschen und amerikanischen Wettbewerbs

---

8. Schulze-Gävernitz, a. a. O. S. 286.

9. Report 1918, S. 9, 10.



die englische Textilindustrie. Das lag vor allem an den besonderen Qualitäten der englischen Textilfabrikate. Amtliche englische Berichte bringen allgemein zum Ausdruck, daß die Textilindustrie im ganzen keine Schwierigkeiten hatte. — Die Ausfuhr von Baumwollwaren (außer Garnen) betrug in Mill. £

durchschnittlich	aus Großbrit.	aus Deutschland
1885—1889	58,2	6,4
1895—1899	56,7	9,0
1905—1908	86,6	19,1 <sup>10</sup>

Einige kleinere Zweige (z. B. Handschuhfabrikation) gerieten allerdings in deutsche Hände. Außerdem gingen die bisherigen Kundenländer infolge ihrer eigenen Industrialisierung zu einem Teil als Märkte für die englischen Halbfabrikate verloren; mancher Fabrikant in England ging sogar dazu über, seinerseits den Bedarf an Halbfabrikaten in Deutschland und den Vereinigten Staaten zu decken, um sich ganz der Verfeinerungsindustrie zuzuwenden. Daß aber die Lage dieser Industrie, „die dem Werte nach über dreimal so viel Fabrikate exportiert, als von diesen importiert wird,“ <sup>11</sup> im ganzen durchaus befriedigend war, geht schon daraus hervor, daß gerade die Textilfabrikanten in England zu denjenigen gehörten, die immer wieder ihr Interesse am Freihandel betonten und erklärten, keinerlei Schwierigkeiten zu haben.

Dagegen zeigt die Entwicklung der zweiten großen Stapelindustrie, Eisen und Stahl, ein ungünstigeres Bild. Und zwar waren es ähnlich wie in der Textilindustrie, aber in weit stärkerem Umfang, einige niedrige Produktionsstufen, in denen der deutsche und der amerikanische Unternehmer das Uebergewicht erhielten. Zum Beispiel hat die englische Roheisenerzeugung in einer Zeit (1880—1905), in der sich die Produktion der ganzen Welt ungefähr verdreifachte <sup>12</sup>, nur eine geringe Steigerung erfahren. Die Erzeugung von Roheisen betrug in Mill. t. in

10. Nach British and Foreign Trade... (Cd 4954) S. 82.

Vgl. zur Lage der englischen Textilindustrie auch Report 1918, S. 16, oder Bericht der Tariffkommission Vol. II. §§ 1310, 2105, 2106 usw. (London 1905).

11. Hermann Levy: Die treibenden Kräfte der englischen Schutzzollbewegung. Bln. 1911. S. 11.

12. Nach einer Schätzung des Economist, 13. Januar 1906 (Iron and Steel in 1905).

	Großbrit.	Deutschem Zollgebiet	Verein. St.
1860	3,8	0,5	0,8
1870	6,0	1,4	1,7
1880	7,7	2,7	3,8
1890	7,9	4,6	9,2
1895	7,7	5,4	9,4
1900	9,0	8,4	13,8
1905	9,6	10,7	23,0
1910	10,0	14,8	26,7
1913	10,5	19,3	30,4 <sup>13</sup>

Ähnlich ungünstig war die Entwicklung der Stahlproduktion. In den Jahren 1906—1913 steigerte sich die Erzeugung in England von 6,5 auf 7,7, in Deutschland von 11,1 auf 18,7, in den Vereinigten Staaten von 23,4 auf 31,3 Mill. t <sup>14</sup>

Auch in der Ausfuhr hatte Deutschland 1913 England fast erreicht. Dem englischen Export von Eisen und Stahl (und Waren daraus außer Maschinen) von 55,3 Mill. £ stand der deutsche mit 54,5 Mill. £ gegenüber. <sup>14</sup>

In keiner Industrie ist denn auch so viel über das „Dumping“, die Schleuderausfuhr der deutschen und amerikanischen Kartelle, geklagt worden wie in der Eisen- und Stahlindustrie. Weniger pflegte betont zu werden, daß die billige Versorgung mit Rohmaterial und Halbzeug eine nicht zu unterschätzende Lebensbedingung für eine Anzahl verarbeitender Industrien bildete, in erster Linie für Maschinenindustrie und Schiffsbau.

Die Maschinenindustrie bietet infolge dieser günstigen Bedingungen das Bild steigender Produktion und steigender Ausfuhr. Der Export, der um 1850 kaum mehr als eine Million £ betrug, hatte in kaum 60 Jahren den dreißigfachen Wert erreicht. Er betrug im Durchschnitt der Jahre 1905—08 gegenüber 21,7 Mill. £ in den Vereinigten Staaten und 18,7 Mill. £ in Deutschland in England 28,2 Mill. £. <sup>15</sup> Die englischen Sachverständigen erklärten 1918, „that they are not impressed with the seriousness of the German competition.“ <sup>16</sup>

13. Nach Cd 4954. Ergänzt nach Statesman's Yearbook.

14. Report 1918, S. 10 ff.

15. Nach „British and Foreign Trade“.

16. Report 1918, S. 12.

Ebenso hat eine andere führende Industrie Englands, der Schiffsbau, von der Versorgung mit billigem Rohmaterial und Halbzeug durch das Ausland ganz erhebliche Vorteile gehabt und wurde dadurch in die Lage versetzt, erfolgreich zu konkurrieren. Es kennzeichnet die Lage, daß die Tarifkommission, die ja doch im Interesse des Schutzzollgedankens nach Industrien suchte, die unter dem ausländischen Wettbewerb litten, über den Schiffsbau in ihrem Bericht hinwegging. (4. Band, *The Engineering Industries*, 1909). Auch im Report 1918 wird erklärt: „Obgleich in den letzten zwanzig Jahren die britische Erzeugung im Vergleich zur Welterzeugung eine Abnahme zeigt, war die normale Produktion der britischen Werften vor dem Kriege größer als die aller ausländischen Werften zusammengekommen. Während der letzten zehn Jahre ist das Verhältnis zur Welterzeugung mit ungefähr 61 % ziemlich konstant geblieben.“ (S. 13).

Es sind demnach in den beiden großen Industrien Englands, Textil und Eisen und Stahl, bestimmte Zweige vorwiegend der niederen Produktionsstufen, die unter dem ausländischen Wettbewerb gelitten haben, und das Gesamtbild ist bei weitem nicht so ungünstig, wie man es manchmal dargestellt findet. Die großen Stapelindustrien haben ihren Anteil an der steigenden Gesamtausfuhr durchaus behauptet. Es betrug der Anteil von

	Kohlen	Baumwollwaren	Wollwaren	Eisen u. Stahl
1901	10,3 %	26,4 %	7,5 %	8,9 %
1911	8,5 %	26,4 %	8 %	9,4 % <sup>17</sup>

Vielmehr waren es einige kleinere Industrien, die mit der deutschen und amerikanischen Entwicklung nicht Schritt halten konnten, vor allem elektrische, chemische, chemisch-metallurgische Unternehmen, auch die Fabrikation von Glaswaren, Papier, Uhren, Leder, Spielzeug und einigen kleineren Gattungen.

Zweifellos hat manches Unternehmen in diesen Zweigen wie auch in der britischen Stahl- und Eisenindustrie die veränderte Konstellation sehr unangenehm empfunden, und es bedeutete für sie Kampf und Anstrengung, ihren Platz zu behaupten und

---

17. Hofrichter, a. a. O., S. 60.

Schritt zu halten. Es war ja nicht nur der deutsche und der amerikanische Wettbewerb, der die Situation veränderte. Zahlreiche frühere Kundenländer waren im Prozeß der Industrialisierung begriffen, infolge der Einfuhr von Maschinen wurden sie unabhängiger von der englischen Wareneinfuhr. Die Maschine ermöglichte die Beschäftigung ungelernter Arbeiter und verminderte die Bedeutung der qualifizierten englischen Arbeiter, eine Veränderung, die sich z. B. auf tropischen Märkten stark bemerkbar machte. Für viele Unternehmer bedeutete also die neue Kräfteverteilung stärkere Anspannung aller Energien, Umstellung auf neue Produktions- und Absatzmethoden. Manches industrielle Unternehmen mußte sich völlig wandeln, indem es dazu überging, billige Halbfabrikate aufzukaufen und sie nur noch dem Verfeinerungsprozeß zu unterwerfen. Alle diese Änderungen waren für den Unternehmer naturgemäß zunächst mit Kampf, Unruhe und auch Verlusten verknüpft.

In dem Bilde der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung Englands bedeuten jedoch alle diese Schwierigkeiten nur Einzelzüge. Sie treten stärker hervor in den neunziger Jahren, verschwinden aber in dem Bilde des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Jahrhundertwende. Von einer drohenden Zerstörung kann keine Rede sein, besonders nicht, wenn man bei einem Vergleich mit anderen Ländern die Bevölkerungszahl berücksichtigt. „In Anbetracht der Tatsache, daß die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika doppelt so groß ist wie die des Vereinigten Königreichs, während diejenige des Deutschen Reiches eineinhalb mal so groß ist, ferner in Anbetracht der großen Unterschiede zwischen den drei Ländern in ihrer Versorgung mit Rohmaterial für ihre Industrie innerhalb ihrer eigenen Grenzen scheinen uns die vergleichenden Zahlen ... ein bemerkenswertes Zeugnis für die Kraft und Stärke der britischen Industrie im ganzen zu sein.“<sup>18</sup>

Für das Gesamtbild der englischen Volkswirtschaft ist ferner die Entwicklung als Finanzmacht von Bedeutung. Die Gewinne, die dem englischen Nationaleinkommen in diesen Jahren aus Finanz- und Frachtgeschäften zufließen, überstiegen

---

18. Report 1918, S. 9. Vgl. die Analyse von Einzelbeispielen bei A. Hofrichter, a. a. O.



noch das Gesamteinkommen aus der Warenausfuhr. „Trotz absoluter Zunahme der industriellen Produktion, auch der industriellen Ausfuhr, steigt die relative Bedeutung der Zins- und Dividendenbezüge, der Emissions-, Kommissions- und Spekulationsgewinne für die Gesamtvolkswirtschaft.“ (Schulze-Gävernitz.)<sup>19</sup> Die Zahlen der Einkommensteuererträge sprechen eine deutliche Sprache von dem steigenden Reichtum des Landes. In einem Zeitraum, da die Grenze des steuerfreien Einkommens noch heraufgerückt wurde, brachte die Einkommensteuer im Durchschnitt der Jahre

1876—1880	6,805,236 £	1896—1900	17,532,886 £
1881—1885	11,126,830 £	1901—1905	32,467,637 £
1886—1890	14,127,667 £	1906—1909	32,495,912 £
1891—1895	14,271,210 £		

Wenn trotzdem in der englischen Oeffentlichkeit Diskussionen über den Niedergang der Wirtschaft, über die „Verelendung“ des Volkes einen so breiten Raum einnahmen konnten, so lag das mit daran, daß es für den einzelnen schwierig war, gegebene Zahlen für die wirtschaftliche Entwicklung auf ihren wahren Vergleichswert hin zu prüfen. Eine Orientierung nach amtlichem Material, etwa nach den Blaubüchern, war infolge des gewaltigen Umfangs und des unfertigen Zustandes, in dem sie herausgegeben wurden, für die breitere Oeffentlichkeit nicht möglich. So konnte unter Umständen die kritiklose Verwertung prozentualer Vergleichszahlen bei der Veranschaulichung der deutschen und der englischen Entwicklung eine ziemliche Verwirrung anstiften, denn wenn man den Faktor außer acht ließe, daß sich bei den niedrigen absoluten Anfangszahlen der deutschen Entwicklung sehr leicht mit Verhältniszahlen eine gewaltige Ueberlegenheit gegenüber der englischen konstruieren ließ, konnte man so ziemlich alles beweisen.

Für eine Ausnutzung des vorhandenen statistischen Materials durch Interessenten, die eine irgendwie gefärbte Dar-

---

19. Nach Berechnungen des Herausgebers des „Statist“ Sir George Paish betrugen die englischen Kapitalanlagen im Ausland und in den Kolonien im Jahre 1907 mehr als 2,5 Milliarden Pfund. (Emissionskurs).

20. Nach British and Foreign Trade, S. 139.

stellung der Entwicklung geben wollten, bot sich also in England Gelegenheit genug. Demgegenüber sei hier noch einmal festgestellt, daß einzelne Wirtschaftszweige unter dem Wettbewerb gelitten haben, von einem Stillstand im ganzen oder gar einem Rückgang keine Rede sein kann.

Es wäre verfehlt, wollte man aus dieser Feststellung irgend welche Schlußfolgerungen für die politische Entwicklung ziehen, denn die wirtschaftliche und die politische Bedeutung des deutsch-englischen Wettbewerbs müssen nicht notwendig identisch gewesen sein. Die Feststellung der Tatsachen nach statistischem Material ist bei einer Betrachtung der politischen Konsequenzen des deutsch-englischen Wirtschaftswettbewerbs nur insofern ein Kriterium, als sie eine gewisse Möglichkeit der Scheidung nach sachlich begründeten oder mehr agitatorischen Motiven gibt. Daß die Kurve einer politischen Entwicklung durch die gestaltende Einwirkung gesellschaftlicher Faktoren eine andere werden kann als die ihrer tatsächlichen oder angenommenen Ursachen, erwägt sie nicht. —

## **Die deutsch-englische Wirtschaftsrivalität als politisches Problem.**

### **I. Die Entstehung des Wettbewerbsempfindens in England aus der Agitation für Gruppen- und Parteiziele.**

#### **1. Die Anfänge der Fair-Trade-Bewegung.**

Die Befürchtung, daß die englische Volkswirtschaft auf einigen Gebieten von ausländischem Wettbewerb bedroht sei, geht in England bis in die Anfänge der achtziger Jahre zurück. In dieser Zeit erhielten die Klagen einzelner Unternehmer, die ja immer vorhanden sind, zuerst weitergehende Bedeutung. Die allgemeine wirtschaftliche Depression des Jahres 1881 war in einem Lande, das sich in einem halben Jahrhundert unbestrittener wirtschaftlicher Herrschaft völlig zum Handels- und Industriestaat gewandelt hatte, doppelt fühlbar. Das Aufstreben neuer Konkurrenten rief ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit hervor, um so mehr als die Konkurrenzländer ihre jungen Industrien durch starke Zollmauern schützten, und Zweifel wurden laut, ob es richtig sei, unter den veränderten Verhältnissen weiterhin unbedingt am Freihandel festzuhalten, der das Land zu wirtschaftlicher Blüte emporgetragen hatte.

Die 1881 gegründete National Fair Trade League bildete ein Sammelbecken der einzelnen Quellen der Unzufriedenheit. Sie hatte ihren Ursprung in der gemeinsamen Agitation einzelner Unternehmer gegen die französischen Zollerhöhungen. Die Hauptstütze der Bewegung bildeten die englischen Zuckerindustrien, die Kampfmittel gegen das besonders in Frankreich, Oesterreich und Belgien beliebte System der Exportprämien verlangten. Man forderte, daß die natürlichen Produktionsbedingungen den Wettkampf der Unternehmer entscheiden sollten,

und wenn andere Länder weiterhin ihrer Wirtschaft staatliche Hilfe gewährten, sollte England seinen Unternehmern die gleichen Bedingungen verschaffen. „Fair Trade“ wurde der Kampfruf der Bewegung. — In den nächsten Jahren wirtschaftlicher Erholung flaute die Bewegung naturgemäß ab, sie erhielt in dieser Zeit nur Verstärkung durch landwirtschaftliche Kreise, die, bedroht von der gewaltig ansteigenden amerikanischen Getreideeinfuhr, nach landwirtschaftlichen Schutzzöllen riefen.<sup>1</sup>

Die Wurzeln der Fair-Trade-Propaganda lagen also nur zu einem Teil in dem Gegensatz zu der neu aufkommenden deutschen oder amerikanischen Wirtschaftsmacht. Erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre fingen die Fair-Trader an, die Interessen der Unternehmer, die sich vom Wettbewerb dieser beiden Völker bedroht fühlten, ausdrücklich zu vertreten. Der Schwerpunkt der Bewegung wurde Sheffield, die Stadt des Qualitätsstahls, die allerdings in einer besonderen Weise die Konkurrenz deutscher Erzeugnisse, vor allem Solingens zu spüren bekam.<sup>2</sup> — Das Elend und die Armut der Massen, die infolge des ausländischen Wettbewerbs um ihre Beschäftigungsmöglichkeiten kamen, wurden in diesen Jahren zu einem häufiger erörterten Thema. Dabei kam den Fair-Tradern zugute, daß eine Gruppe der Radikalen unter Jos. Chamberlain ebenfalls die „Verelendung“ (starvation) der Massen entdeckt hatte — allerdings um daraus ihre Angriffe auf die Besitzenden abzuleiten. Die tatsächlich in einigen Kreisen der Wirtschaft vorhandene Depression wurde nicht nur „in unnötiger Weise durch die bedrohlichen Angriffe auf das Eigentum verschlimmert“<sup>3</sup> — diese brachten die Zerstörung des Vertrauens in Kreditfragen — die Agitation bildete auch ein den Fair-Tradern günstiges Stim-

---

1. Im Parlament nur durch vereinzelte Stimmen vertreten. Vgl. dazu Alfred E. Gathorne-Hardy: Gathorne Hardy, First Earl of Cranbrook 1910 S. 170 ff.

2. Während man in Solingen mehr und mehr zu maschinellem Betrieb überging, versuchten Sheffielder Unternehmer vergebens, dem Beispiel ihrer Konkurrenten zu folgen. Sie wurden daran vor allem durch die gegnerische Haltung der Trade-Unions gehindert, so daß schließlich viele gezwungen waren, die halbfertigen Fabrikate in Deutschland zu kaufen und zu bearbeiten.

3. Salisbury III. S. 262.



mungsmoment, indem sie ihren Klagen über den ausländischen Wettbewerb Nachdruck verlieh.

Als Vorkämpfer der Bewegung traten zwei Männer besonders hervor: anfangs war W. Farrer Ecroyd führend, seit etwa 1885 trat Sir Howard Vincent in den Vordergrund und begann als unermüdlicher Kämpfer einen zwanzigjährigen Feldzug in Parlament und Presse. — Es ist bemerkenswert, daß beide die Arbeit für die Fair-Trade-Bewegung von vornherein mit imperialistischen Zielen verquickten. Ecroyd vertrat zwar neben seinem Wunsche, durch Zölle „to benefit our dominions“, seine eigenen Großindustriellen-Interessen, Vincent aber hat ursprünglich mit Wirtschaftskreisen nicht die geringste Berührung gehabt.

Vincent ließ sich 1884, als ihm günstige äußere Umstände die Erfüllung seines Lieblingswunsches möglich machten, als Kandidat für das Unterhaus aufstellen. Noch ohne bestimmte politische Anschauungen oder feste politische Ziele wählte er nach einigem Schwanken eine gemäßigt liberale Kandidatur.<sup>4</sup>

Da veränderte 1885 eine Weltreise durch die britischen Kolonien Vincents politische Einstellung mit einem Schlage. Die Berührung mit leitenden kolonialen Staatsmännern, die Beobachtung der politischen Tendenzen, die Erkenntnis der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Imperiums machten aus einem farblosen Liberalen einen begeisterten Imperialisten. In Kanada erhielt er durch Mr. Blake, den Leiter der liberalen Opposition im kanadischen Unterhaus, eingehende Kenntnis der kolonialen Wünsche nach einem durch Vorzugszölle zusammengehaltenen imperialen Bund. — Als Vincent nach England zurückkehrte, war er entschlossen, seine politische Arbeit dieser Frage zu widmen. Er löste sich aus der Westminster Liberal Association und wählte von mehreren angebotenen konservativen Kandidaturen die für Central-Sheffield.

---

4. Die Schilderung seiner aggressiven und in ihrem Übereifer leicht komisch wirkenden Persönlichkeit bei S. H. Jeyes und F. D. How: *The Life of Sir Howard Vincent*. London 1912.

Auf diese Weise erhielt die Fair-Trade-Propaganda einen Vorkämpfer, der, ursprünglich aus imperialistischer Zielsetzung heraus, alle im Mutterlande vorhandenen schutzzöllnerischen Bestrebungen unermüdlich sammelte. Die Verhältnisse in Sheffield brachten es jedoch mit sich, daß die imperiale Seite weniger hervortreten konnte, um so mehr aber die nationale. Zwar kämpfte Vincent, der Mitbegründer der United Empire Trade League, weiter für seine Ziele, aber für eine durch Präferenzzölle zu erreichende engere Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien das Opfer einer Erhöhung der Lebensmittelpreise zu bringen, blieb ein unpopulärer Gedanke, während mancher Engländer dem Plan zuneigen mochte, daß man die heimischen Industrien gegen die „unfairen“ ausländischen Wettbewerbsversuche schützen mußte. So wurden die Schlagworte „foreign competition“ und „our ruined industries“ immer vernehmlicher und fanden um so eher Widerhall, als man in diesen Jahren stagnierenden Außenhandels tatsächlich besonders empfindlich gegen die Einfuhr fremder Waren sein mochte. Seit dieser Zeit machen sich die kleinen Anfragen im Unterhaus und die Pressenotizen über den Wettbewerb des Auslandes bemerkbar.

Keineswegs aber handelte es sich schon damals um eine tiefer gehende Strömung. Sogar in den vom Wettbewerb betroffenen Industrien war die Meinung geteilt, denn ein großer Teil zog aus der billigen Einfuhr von Halbfabrikaten Nutzen. Die Gruppe der Industriearbeiter, die, um den Lebensstandard nicht herabdrücken zu lassen, den Schutzzollplänen zuneigte, war noch sehr klein. Nicht einmal in Agrarkreisen fand Vincent unbedingte Gefolgschaft. In der großen Menge der Landarbeiter und kleinen Pächter waren Erinnerungen an die „hungry forty“ doch noch zu lebendig. — So wäre diese Bewegung, in der sich auch die gegen den deutschen Wettbewerb arbeitenden Kräfte sammelten, von sich aus wohl kaum zu einer wirtschaftlichen oder gar politischen Bedeutung gekommen, wenn sich nicht politische Kräfte ihrer bemächtigt und ihr Nachdruck gegeben hätten: Sie wurde jetzt zu einem Faktor parteipolitischer Berechnungen und so weiteren Kreisen bekannt.

## 2. Die parteipolitische Behandlung der Wettbewerbsfrage im Unterhaus in den neunziger Jahren.

Die Verbindung parteipolitischer Ziele mit dem Problem des ausländischen Wettbewerbs geht bis in die Entstehungszeit dieser Frage zurück. Als in den Anfängen der achtziger Jahre zuerst der Ruf „Fair Trade“ in die Öffentlichkeit drang, bemächtigte sich einer der führenden Tories der Sache zum großen Erstaunen seiner Parteigenossen. „Lord Randolph Churchill begann in dem Bestreben, die liberale Regierung anzugreifen, im Jahre 1881, die Fair-Trade-Angelegenheit mit charakteristischer Energie und glücklicher Verantwortungslosigkeit zu predigen“.<sup>5</sup> Als sich sein Blick erweiterte, als er die Grundlagen der Bewegung studierte, die er vertrat, schwand zwar seine Sicherheit, aber das hinderte ihn nicht, zugunsten des parteipolitischen Erfolgs jahrelang bis zum Fall der Liberalen im Jahre 1885 in zahlreichen Wahlreden von der englischen Wirtschaft weiterhin die schwärzesten Bilder zu entwerfen. „Ausländisches Eisen, ausländische Wolle, ausländische Seide und Baumwolle strömen in das Land ein,“ rief er 1884 in einer Rede zu Blackpool aus, „sie überfluten euch, überschwemmen euch, ertränken euch, ersticken euch, euer Arbeitsmarkt ist überfüllt, die Löhne sind unter das Lebensniveau gesunken, das Elend in unseren großen Städten ist entsetzlich anzusehen, und Auswandern oder Verhungern ist das Heilmittel, das die Radikalen mit der ruhigsten Selbstzufriedenheit anbieten.“<sup>6</sup> Als das Jahr 1885 den Umschwung und die Regierungsübernahme durch das konservative Kabinett Salisbury gebracht hatte, ließ sich Lord Randolph Churchill nicht mehr gern an die flammende Rhetorik seines Feldzugs gegen den ausländischen Wettbewerb erinnern. Obwohl ihm die Fair-Trader klar zu machen suchten, daß er zum Teil auf dieses Argument hin gewählt wäre, lehnte er ab, irgend etwas für sie zu unternehmen und „goß Kübel kalten Wassers über ihre geliebten Pläne.“ (Churchill). Amerika, behauptete er,

---

5. Winston Spencer Churchill: Lord Randolph Churchill. Lo. 06. Bd. II, S. 290 ff.

6. Zitiert nach Churchill, Bd. II, S. 291. Vgl. Ch. auch für die folgenden Ausführungen.

wäre ein ganz anderer Fall, und daß Frankreich, Deutschland, Österreich mehr gediehen als England, sollte man ihm erst beweisen.

So geschah während der siebenjährigen konservativen Regierung nichts von Bedeutung in dieser Frage, die während des Wahlkampfes mit so viel Leidenschaft erörtert worden war. Abgesehen davon, daß sich die Regierung eine Förderung der Fair-Trade-Pläne gegenüber der sehr lebhaften liberalen Opposition gar nicht leisten konnte und überdies die Homerule-Frage die Gemüter stark beschäftigte, hatte in der Volksstimmung infolge der wirtschaftlichen Erholung schon vielfach eine Ernüchterung gegenüber den Klagen über den ausländischen Wettbewerb eingesetzt. Im Dezember 1887 sagte sich Salisbury offiziell von den Fair-Tradern des Unterhauses los und erklärte, daß man an der Zollpolitik nichts ändern werde. — Von den vielen Plänen, die während der Wahlkampagne geschmiedet worden waren, und von all den geforderten Maßnahmen wurden nur zwei Wirklichkeit: eine parlamentarische Untersuchung der wirtschaftlichen Depression und das viel erörterte Handelsmarkengesetz von 1887.

Die parlamentarische Kommission legte die Ergebnisse ihrer Untersuchung in einem Doppelbericht von fünf Foliobänden nieder. Beide Berichte betonten, daß man stark unter dem Eindruck einer allgemeinen wirtschaftlichen Depression stände, besonders hätten Bergbau und Landwirtschaft zu leiden. In mehreren Zweigen machte sich stärker noch als die deutsche die amerikanische Konkurrenz bemerkbar. Der Minoritätsbericht deckte sich mit den Argumenten und Wünschen der Fair Trader.<sup>7</sup> Irgend welche praktischen Folgen hat die Untersuchung nicht gehabt.

Das Verdienst, das Handelsmarkengesetz im Unterhause vertreten zu haben, gebührt Sir Howard Vincent, dem bekannten Vorkämpfer der Fair-Trade-Bewegung. Der Antrag stützte sich auf die Klagen Sheffielder Fabrikanten, daß ihre Fabrikmarken durch ausländische Hersteller minderwertiger Waren nachgeahmt würden. Ähnliche Klagen tauchten schon seit Jahren

---

7. Reports of Commissioners 1886.



in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation regelmäßig auf. Sie hatten 1862 zur Annahme der Merchandise Marks Act geführt, und jetzt wollte man, um Mißbrauch zu verhindern, erreichen, daß ausländische Fabrikate den Stempel ihres Ursprungslandes zu tragen hätten. (Merchandise Marks Act [1862] Amendment Bill). Gleichzeitig hoffte man mit diesem Gesetz die heimischen Industrien vor dem ausländischen Wettbewerb zu schützen. Es ist bekannt, daß man mit der neuen Maßnahme das Gegenteil erreichte, und so erhob sich bald scharfer Widerspruch selbst in den interessierten Kreisen. Von Anfang an hatten außerdem die Vertreter wichtigster britischer Handelsinteressen das Gesetz bekämpft, besonders alle die Kreise, die am Durchgangshandel interessiert waren. So fehlte es in der Folgezeit im Unterhause nicht an Versuchen, das Gesetz rückgängig zu machen oder doch zu ändern, sie drangen jedoch nicht durch, und die Fair-Trader betrachteten das Handelsmarkengesetz als ihren Erfolg.

Da durchgreifende Maßnahmen nicht zu erwarten waren — das Handelsamt versuchte durch kleine Aushilfen wie die Herausgabe eines Board of Trade Journal die Gemüter zu beruhigen — gingen die Fair-Trader zum parlamentarischen Kleinkrieg über, und sie entwickelten in den nächsten Jahren noch eine verstärkte Tätigkeit, als sie sich 1892 in die Opposition gedrängt sahen. Ein willkommener Antrieb für die Agitation war die starke Verschärfung der amerikanischen Zölle durch den McKinley-Tarif, von dem besonders Sheffield schwer betroffen wurde. „Vincents Betriebsamkeit war unermüdlich im Ausspüren von Tatsachen und Zusammentragen von Zahlenmaterial, so daß er in der fraglichen Zeit einer der furchtbarsten Guerilla-Angreifer der Regierung war. Ob es sich um die Einfuhr ungestempelter deutscher Messer oder ausländischer Pfeifen handelte oder um Schwankungen im Brotpreise, die nicht mit den Kornpreisen übereinstimmten, oder um Dutzende ähnlicher Gegenstände, er war immer zu einer Interpellation bereit.“<sup>8</sup>

Erfolge hatte Vincent naturgemäß unter der liberalen Regierung noch weniger als unter der konservativen. Seine Alarm-

---

8. Jeyes-How, a. a. O. S. 232.

rufe über den Rückgang des Exports, die Arbeitslosigkeit und die niedrigen Löhne, seine Resolutionen auf Einführung von Schutzzöllen oder anderen Regierungsmaßnahmen konnten von dem Präsidenten des Handelsamtes, Mr. Bryce, leicht mit sachlichen Gegenargumenten bekämpft werden.<sup>9</sup> Es bedurfte wiederum erst einer besonders günstigen parteipolitischen Konstellation, um den Fair-Tradern einen bescheidenen Erfolg zu bringen: Vincent erreichte die Annahme einer Bill zur Verhinderung der Einfuhr ausländischer Gefängniswaren.

Es ist bemerkenswert, daß die Vorbereitung dieses Gesetzes wieder in eine Zeit gesteigerter parteipolitischer Bewegung fällt. Als Vincent zuerst in den üblichen kleinen Anfragen auf die Angelegenheit aufmerksam machte, dann am 19. Februar 1895 seinen Antrag einbrachte, war die Situation der von 1885 sehr ähnlich. Wieder handelte es sich um den Kampf der Opposition gegen die liberale Regierung. Das Kabinett Rosebery, außenpolitisch erfolglos, innenpolitisch auch schon durch verlorene Nachwahlen diskreditiert, veranlaßte die gegnerischen Kräfte, sich zum Generalangriff zu sammeln. In diesem Kampfe spielte auch die Gefängniswarenbill ihre Rolle. Während Vincent früher auch bei seinen Parteigenossen oft genug ein ironisches Lächeln, gelegentlich auch eine Zurückweisung als Antwort für seine Bemühungen für „our ruined industries“ erhalten hatte, interessierte sich jetzt plötzlich eine Mehrheit im Parlament für seine Argumente.

Die praktische wirtschaftliche Bedeutung der Bill war derart gering, daß es überflüssig wäre, näher darauf einzugehen. Aber da es in den neunziger Jahren der einzige Fall war, in dem sich das Parlament in seiner Mehrheit überhaupt zu der Frage des ausländischen Wettbewerbs äußerte — in allen anderen Fällen handelte es sich um erfolglose Vorstöße einzelner Fair-

---

9. Ein Beispiel für seine zahlreichen Anträge im Unterhaus vom 15. März 1895: Es ist die Pflicht der Regierung, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die die Verteidigung der britischen industriellen Interessen sichern können. Antwort von Bryce: die Löhne haben sich in den fünfzig Jahren der Herrschaft des Freihandels fast verdoppelt, sämtliche Preise (außer für Hausmiete) sind beständig gesunken, die Arbeitslosennot ist auf dem Kontinent größer als in England, wo sie jetzt geringer ist als früher. — Die Resolution wurde mit 105 : 35 Stimmen abgelehnt.

Trader — mag an diesem Einzelbeispiel gezeigt werden, welche Argumente in den parlamentarischen Verhandlungen dieser Jahre gegen den ausländischen Wettbewerb angeführt wurden und welche Kräfte hinter dem Kampfe standen.

Den Ausgangspunkt bildeten Klagen englischer Bürstenmacher, daß ihre Industrie durch die Überschwemmung des Marktes mit billigen, in ausländischen Gefängnissen angefertigten Bürstenwaren ruiniert werde. Dieser Fall gab Gelegenheit, im Unterhaus einen Generalangriff auf die Regierung zu eröffnen, die sich nach den Worten der Antragsteller um das Wohl der Unternehmer und Arbeiter nicht kümmerte und zusah, wie eine Industrie nach der andern unter dem betrügerischen Wettbewerb des Auslandes zusammenbrach. Nicht nur der Bürstenhandel und andere kleine Industrien waren nach Vincent in Gefahr, auch große Wirtschaftszweige. Er brachte eine Alarmnachricht „aus zuverlässiger Quelle“, die „The Manchester Examiner“ verbreitet hatte: „Das Spinnen und Weben von Baumwollwaren wurde in ausgedehntem Maße betrieben, und die Ballen wurden tatsächlich in betrügerischer Weise mit den Namen von Manchester Firmen gestempelt.“ Nach Vincents Berechnung arbeiteten in Amerika und in den Hauptstaaten Europas 102 533 Gefangene zum Schaden der englischen Industrien. Gab Vincent in seinen schwungvollen Ausführungen über die durch „unfair and nefarious competition“ ruinierten englischen Industrien einmal Zahlen, so waren es bezeichnenderweise kleine und kleinste Wirtschaftszweige, die als Beispiele herhalten mußten. Sein Antrag lautete: Nach Ansicht dieses Hauses ist es die Pflicht Ihrer Majestät Regierung, im Interesse der industriellen Klassen des Vereinigten Königreiches sofort Maßnahmen zu ergreifen, um die Einfuhr von Waren zu beschränken, die in ausländischen Gefängnissen durch die Zwangsarbeit von Sträflingen und Verbrechern angefertigt worden sind.<sup>10</sup>

Die besser begründeten Argumente und die größere Sachlichkeit waren zweifellos auf der Regierungsseite. Inwiefern, fragte Mr. Bryce, der Präsident des Handelsamtes, ist die Einfuhr von Gefängniswaren an der Depression schuld, an der

---

10. Parl. Deb. 19. Febr. 1895.

einige Industrien leiden? In ganz Preußen gibt es nur 862 Bürstenmacher. Es gibt gar keinen Anhaltspunkt für die Feststellung, wie viele ihrer Waren überhaupt den Weg nach England finden. Und an welchen Merkmalen soll man bei der Einfuhr Gefängniswaren von anderen unterscheiden? — Trotz dieser sachlichen Gegengründe setzte sich das Unterhaus nach großem Stimmaufwand der Verteidiger der Bill, bezeichnenderweise besonders der Birminghamer Vertreter, für einen Gesetzentwurf zur Verhinderung der Einfuhr von Fabrikaten ausländischer Gefängnisse ein. Daß es sich um ein Parteimanöver handelte, geht aus den Verhandlungen klar hervor, und mit diesem Namen wurde die Bill von der Gegenseite mehrmals ausdrücklich gekennzeichnet.

Diese Zusammenhänge werden besonders deutlich aus der Behandlung des Gesetzentwurfes in den folgenden Jahren. Nachdem der parteipolitische Zweck, die Regierung zu diskreditieren, erfüllt war, verstummte zunächst die Rhetorik der Rednertribüne, und man hörte von der im Sommer 1895 gebildeten neuen Regierung nichts mehr von unlauterem ausländischem Wettbewerb. Trotz zahlreicher Anfragen Vincents, trotz der Klagen über die durch „unfair and nefarious competition“<sup>11</sup> ruinierten Industrien wurde die zweite Lesung unter geschäftsordnungsmäßigen Vorwänden das ganze Jahr 1896 hindurch verschleppt. Erst am 4. März 1897 löste die Regierung die übernommenen Verpflichtungen ein und ließ den Gesetzentwurf als Regierungsbill von Ritchie und Chamberlain einbringen, und am 13. Mai fand der Kampf um die zweite Lesung statt. Unter ironischem Beifall der Opposition führte der im Grunde freihändlerische Ritchie, dem die Aufgabe unangenehm genug sein mochte, in der Begründung aus, daß das eingesetzte Komitee zwar berichtet hätte, die Menge der eingeführten Gefängniswaren wäre äußerst gering und täte den britischen Industrien keinen Schaden, das Haus möchte jedoch nicht nach der Menge entscheiden, sondern über die Frage als Prinzip ein Gesetz erlassen.

---

11. Wobei unter dieser Charakterisierung versehentlich auch die billige Einfuhr von Butter und Eiern erschien, unter der die irische landwirtschaftliche Produktion zu leiden hatte.



Der Kampf um die zweite Lesung am 13. Mai<sup>12</sup> gab den Liberalen noch einmal Gelegenheit, alle Argumente zusammenzufassen: bewiesen ist eine Schädigung nicht einmal für die Bürstenmacher, von denen die Klagen ausgingen. Während die britische Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um 8 % zunahm, stieg die Zahl der Bürstenmacher von 14 000 auf 17 000, also um rund 20 %, das zeugt nicht von einem niedergehenden Handel. Im Lande ist nicht das geringste Interesse für die Angelegenheit vorhanden. Man wendet sich im Grunde ja gegen die Billigkeit der Waren, „daß die fraglichen Waren im Gefängnis gearbeitet worden sind, ist nur ein Vorwand für einen Angriff auf die freihändlerische Politik“. Es ist eben im Lande Sitte „sowohl bei Unternehmern wie bei Arbeitern, anzunehmen, daß ein Gegenstand im Gefängnis angefertigt wurde, einfach weil er billiger war, als sie ihn machen konnten.“<sup>13</sup> Der Engländer solle lieber sehen, daß er durch Entwicklung der Betriebe und Erfindungen auf der Höhe bleibt, denn in anderen Ländern werden auch in freier Arbeit Waren so billig hergestellt wie in Gefängnissen. Die Bill ist „eine Schwindelei, eingebracht nicht im Interesse der Verbraucher, sondern als Parteimanöver, um Verpflichtungen einzulösen, die man gar nicht erst hätte übernehmen sollen.“<sup>14</sup>

Da die Tatsachen nicht sehr überzeugend waren, pflegte die Gegenseite mit Vorliebe gefühlsmäßige Momente auszuspielen: Soll der freie Brite Waren kaufen, die von ausländischen „Sträflingen und Verbrechern“ in erzwungener Arbeit hergestellt wurden, während seine eigenen Industrien an der Einfuhr dieser Waren zugrunde gingen? Auf den Einwand, daß man dann auch gegen die englischen Gefängniswaren vorgehen müßte, auf den Hinweis, daß Teppiche und andere Gegenstände, die der Engländer gern in der Türkei oder in Indien kaufte, unter noch viel ungünstigeren Bedingungen angefertigt würden, gingen die Vertreter der Bill lieber nicht ein, man pflegte dann mit „prinzipiellen“ Allgemeinheiten zu antworten. „Ich habe,“ führte Chamberlain aus, „die wirtschaftliche Bedeutung dieser

---

12. Parl. Deb. Bd. 49. 13. Mai 1897.

13. Mr. P. Whittaker (York).

14. Mr. I. H. Dalziel, (Kirkcaldy).

Frage nie übertrieben, aber als prinzipielle Frage ist sie von ganz beträchtlicher Bedeutung für eine kleine Anzahl von Leuten, und wenn es sich um eine Frage der Gerechtigkeit handelt, hat eine kleine Anzahl von Leuten genau so viel Recht, beachtet zu werden, wie eine große.“

So ging das Gesetz in der zweiten Lesung mit 221 : 90 Stimmen durch, und nachdem die Durchberatung im Plenum der liberalen Opposition zum letzten Male Gelegenheit gegeben hatte, das Gesetz in seiner ganzen Lächerlichkeit und praktischen Wertlosigkeit ad absurdum zu führen, wurde es rechtskräftig.

Daß es praktisch völlig belanglos sein würde, war schon nach den Verhandlungen im Unterhause zu erwarten, das zeigen auch eine Anzahl von kleinen Anfragen wie die folgende vom 10. Juni 1907: auf die Frage, wieviel Waren auf Grund der Foreign Prison Made Goods Act festgehalten worden sind, gibt der Regierungsvertreter die Antwort, daß es 1898 für 183 £ waren. „Seit jenem Jahre ist, wie ich sehe, keine weitere Beschlagnahme erfolgt.“ —

Die parlamentarische Behandlung, die die gegen die billige ausländische Einfuhr gerichteten Vorstöße der Fair-Trader in den langen Debatten dieser Jahre um die Foreign Prison Made Goods Act erfuhren, zeigt dieselben Grundzüge, wie sie schon in den achtziger Jahren seit dem Auftauchen der Wettbewerbsfrage zu erkennen waren. Urheber der gegen die Rivalen gerichteten Maßnahmen war im Parlament stets eine geringe Minderheit. Nur wenn die konservative oder konservativ-unionistische Opposition die Bestrebungen gegen den fremden Wettbewerb in ihre parteipolitischen Berechnungen einspannte, hatte diese Minderheit einige bescheidene Erfolge zu verzeichnen. Sobald der Zweck erreicht war, pflegte das Bedürfnis, wirksame Maßnahmen für „our ruined industries“ zu ergreifen, nachzulassen. Betrachtet man die Vorstöße, die in diesen Jahren gegen den deutschen Wettbewerb erfolgten, in ihren innenpolitischen Zusammenhängen, so kann man sie nicht als frühe Symptome des englischen Vernichtungswillens auffassen, wie es manchmal geschieht. Nirgends läßt sich erkennen, daß bestimmte große Wirtschaftsinteressen den Konzentrationspunkt für die Bestrebungen im Unterhause bildeten, die Wort-

führer handelten vielmehr vorwiegend aus parteipolitischen oder auch imperialistischen Motiven heraus. Wo man die Vertretung realer Interessen erkennt, handelte es sich außer um gelegentliche Stimmen aus einzelnen Zentren der Stahl- und Eisenindustrie (Sheffield, Birmingham) hauptsächlich um kleine und kleinste Zweige der englischen Wirtschaft, für die die Agitation eintrat.

Ebenso wenig hat sich ein führender Politiker im Parlament für wirksame Maßnahmen gegen den ausländischen Wettbewerb eingesetzt, wie sie die Fair-Trader vorschlugen. — Dagegen ist nicht zu verkennen, daß die Wettbewerbsfrage dadurch, daß sie in die parteipolitischen Gegensätze geriet, allmählich begann, einen beständigen Faktor in der breiten Masse, besonders in der konservativen Wählerschaft, zu bilden. Im Zusammenhang mit imperialistischer Zielsetzung wurde der Gedanke, daß andere Völker hinter ihren Zollmauern riesige Fortschritte machten, in die Massen getragen. Seit 1885 „wurden Resolutionen im Sinne von „Fair Trade“ fast jährlich auf der Tagung der konservativen Vereinigungen gefaßt und seit 1887 auch häufig Resolutionen zugunsten erneuter engerer Beziehungen zu den Kolonien. Die Engländer sahen ihren eigenen Wohlstand wohl, aber das rasche Wachstum Deutschlands und der Vereinigten Staaten an Reichtum, Macht, Bevölkerung und Industrie unter zunehmend schutzzöllnerischen Systemen machte Eindruck auf sie.“<sup>15</sup> Die so geweckten Instinkte der Massen wurden in Zeiten gesteigerter parteipolitischer Tätigkeit besonders gestärkt. Pfl egten auch die Tiraden, mit denen man in Wahlschlachten für die „ruinierten Industrien“ gegen „unfair competition“ zu Felde zog, zu verstummen, sobald man in einer verantwortlichen Stellung mit nüchternen Tatsachen zu rechnen gezwungen war, die parteimäßige Behandlung der Frage bildete doch einen Kristallisationspunkt für alle begründete oder unbegründete Mißstimmung und Unzufriedenheit in wirtschaftlicher Hinsicht.

Gegenüber dem Rat der Liberalen für diejenigen, die sich durch den deutschen Wettbewerb geschädigt fühlten, durch

---

15. Bernard Holland: *The Life of the Duke of Devonshire*, Bd. II. S. 286.

bessere Produktions- und Absatzmethoden, durch ein verbessertes Unterrichtssystem und besonders durch technische Erziehung dem Rivalen entgegenzutreten, hatten die Konservativen bei der großen Masse den bedeutenden Vorteil der größeren Popularität, wenn sie als Urheber aller wirtschaftlichen Nöte, der Absatzschwierigkeiten, der sinkenden Löhne und der Arbeitslosigkeit den unlauteren Wettbewerb der Ausländer, besonders der Deutschen hinstellten. Es war eben für den Tory eine wirksame und vorläufig zu nichts verpflichtende Geste, wenn er sich dadurch, daß in zahlreichen Versammlungen Entschließungen zugunsten der Fair-Trade-Bewegung angenommen wurden, als Freund des kleinen Unternehmers und des arbeitenden Mannes gab.

Daß auf diese Weise gegen den unbequemen Mitbewerber eine starke Mißstimmung erwachsen konnte, war um so erklärlicher, als es ja im Charakter der Fair-Trade-Bewegung lag, jeden Erfolg des Rivalen nach Möglichkeit auf seine unlauteren Methoden zurückzuführen. Dieses Bestreben kennzeichnet auch die Vorstöße der Fair-Trader im Unterhause, und ihre Auffassung, nicht die gleichzeitiger sachlicher Untersuchungen,<sup>16</sup> drang in die Öffentlichkeit. Die Benutzung englischer Fabrikmarken, Preisunterbietung infolge unterbezahlter Arbeit (sweated labour), massenhafte Einführung von Gefängniswaren nach England, feindliche Zollmauern, das waren angeblich die Mittel, mit denen der englische Unternehmer aus einheimischen und fremden Märkten, der englische Arbeiter aus seinen Arbeitsstätten vertrieben wurde.

Es ist vielleicht nicht zufällig, daß gerade diese Auffassung vom ausländischen Wettbewerb in England entstehen und sich ausbreiten konnte. Es mochte bei vielen altererbter Puritanerglaube noch lebendig sein, nach dem wirtschaftliches Gedeihen bis zu einem gewissen Grade den Maßstab für die ethische Bewertung der Persönlichkeit abgab. Um so schwerer war eine sachliche Würdigung junger, aufstrebender Konkurrenten, und die allgemeine menschliche Neigung, die Ursachen für ein Zurückbleiben zunächst nicht in der überlegenen Kraft, sondern

---

16. Wie der S. 6 Anm. angeführte Bericht.



den überlegenen „unfairen“ Methoden des Gegners zu suchen, mochte hier leicht besonders günstigen Boden finden. —

Psychologisch gesehen hat in diesen Jahren wohl das Handelsmarkengesetz am stärksten gewirkt. Das alarmierende „Made in Germany“ auf allen möglichen Waren verstärkte nicht nur in England die wirtschaftliche Eifersucht, es wirkte auch auf die deutsche öffentliche Meinung ungünstig zurück.

In den Jahren, da die deutsch-englischen Beziehungen einigermaßen zufriedenstellend waren, brauchte man diesen auf-tauchenden Befürchtungen und Alarmrufen keine Bedeutung beizulegen, aber sie konnten, wie es in den nächsten Jahren der Fall sein sollte, leicht die politische Feindseligkeit verstärken. Nicht bis in die Regierungskreise, noch kaum in die parlamentarischen Kreise reichte diese Stimmung bis jetzt hinein. Konsularberichte aus den siebziger, achtziger und neunziger Jahren sprachen gleichmäßig von französischer, belgischer, deutscher und amerikanischer Konkurrenz, ob sie vom Kontinent oder aus überseeischen Ländern kamen. Auch im Unterhause pflegte man, soweit man sich überhaupt mit dem fremden Wettbewerb beschäftigte, der deutschen und der amerikanischen Konkurrenz gleichmäßige Beachtung zu schenken, und eine merkliche Verschärfung in der Auffassung der Wirtschaftsrivalität läßt sich hier gegenüber Deutschland nicht einmal nach dem Krügertelegramm feststellen. Deutschland stand in den öffentlichen Erörterungen im großen und ganzen in derselben Reihe mit anderen wirtschaftlichen Rivalen, es nahm noch keine Sonderstellung ein. Erst recht läßt sich natürlich nicht von einer politischen Frontstellung sprechen, bis zur Mitte der neunziger Jahre war die Wirtschaftsrivalität noch kein deutsch-englisches Problem.

## **II. Der wirtschaftliche Wettbewerb als außenpolitisches Motiv.**

### **1. Die Wirtschaftsrivalität in der deutsch-feindlichen Pressehetze während der Transvaalkrise.**

Die Untersuchung der Entstehung des Rivalitätsgefühls in England hat ergeben, daß es sich bei der Verteidigung bedrohter Wirtschaftszweige zunächst um verstreute Interessentengruppen

handelte, die verschieden in ihren Zielen und ohne politische Stoßkraft waren. Sie waren unter der Obhut der zahlenmäßig geringen und ihrem Einfluß nach zunächst unbedeutenden Fair-Trade-Bewegung eine rein innerenglische Angelegenheit. Irgend welche Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und politischer Entwicklung ließen sich nicht feststellen, wenn man die Anfänge einer sich allmählich ausbreitenden Mißstimmung nicht schon als belastend für das deutsch-englische Verhältnis ansehen will. — Um die Mitte der neunziger Jahre tauchten dann plötzlich in der öffentlichen Meinung jene in Deutschland viel beachteten Pressestimmen auf, die aus der Wirtschaftsivalität bewußt eine nationale Angelegenheit machten.

Die zahlenmäßige Veranschaulichung der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt, daß gerade in den neunziger Jahren der ausländische Wettbewerb tatsächlich stärker fühlbar gewesen sein muß, als je vorher oder nachher. Daß nun gerade die Jahre, in denen in England zuerst die Äußerungen des Staunens, der Überraschung, des Unwillens über den wirtschaftlichen Rivalen auftauchten, dieselben waren, in denen es die ersten scharfen Spannungen im deutsch-englischen Verhältnis gab, hat oft als Begründung für die Annahme gedient, daß wirtschaftliche Mißgunst und beginnende Entfremdung in ursächlichem Zusammenhang ständen.

Nach langen Jahren traditionell freundschaftlicher Beziehungen, die zwar durch gelegentliche Reibereien, aber nie durch tiefer gehende Verstimmungen unterbrochen waren, hatten sich in den neunziger Jahren die ersten Anzeichen für eine ernstliche politische Entfremdung bemerkbar gemacht. Schon während des Ministeriums des sprunghaften u. unruhigen Rosebery gab es eine Reihe von im einzelnen zwar nicht wichtigen, aber im ganzen doch bedenklichen Belastungsproben. 1895 kam es dann zu ärgerlichen Differenzen zwischen den Diplomaten wegen der ablehnenden deutschen Haltung zu Salisburys türkischen Plänen. Als die südafrikanischen Fragen akut wurden, folgte ein Ausbruch leidenschaftlicher Feindseligkeit in der öffentlichen Meinung beider Länder.

In Südafrika bildeten die langsam enger werdenden Beziehungen Deutschlands zu den Buren ein schweres Hemmnis

für die weitausschauenden Pläne der englischen Imperialisten. Wirtschaftlich geht die deutsche Verbindung mit den Buren bis etwa 1885 zurück. Seit dem Abschluß des Handelsvertrages mit Transvaal auf der Grundlage der Meistbegünstigung begannen die wirtschaftlichen Bindungen enger zu werden, und das deutsche Kapital war „in Transvaals Eisenbahnen und Goldminen, seinen metallurgischen und elektrischen Industriewerken und in den auf seinem Handel basierten Dampferlinien stark beteiligt.“<sup>1</sup> Rhodes suchte die Entwicklung nach Möglichkeit zu hemmen. Schon einmal war ihm Deutschland als schweres Hindernis gegen seinen Traum der „United States of South-Africa“ entgegen getreten: Als sich Deutschland unter Bismarcks Führung als Kolonialmacht in Afrika niederließ. Es war eine schwere Enttäuschung für Rhodes, der sich in London energisch für eine Besitzergreifung durch England eingesetzt hatte, gewesen. Er gab später einmal zu, „daß er zu jener Zeit im Ministerium gewesen sei, und daß er und Merriman — ein damaliger Kollege — täglich zu sagen pflegten: „Wir müssen Damaraland haben“, wie die alten Römer ständig gerufen hätten: „Delenda est Carthago!“<sup>2</sup> Rhodes hatte damals trotz dieser Beschwörungen — sie erinnern in auffallender Weise an das spätere „Germania delenda est“ — keinen Erfolg, aber seit jener Zeit war er beständig bemüht, wenigstens eine deutsche politische oder wirtschaftliche Ausdehnung nach dem Hinterland der deutschen Kolonien unmöglich zu machen und auch in den Burenrepubliken selbst den deutschen Einfluß nach Möglichkeit auszuschalten. — Auch der Jameson-Einfall sollte nach Rhodes' eigenem Geständnis dazu dienen, dem deutschen Einfluß entgegenzutreten. Am 14. Mai 1896 schrieb er an Harcourt, den Führer der Liberalen: „Meine Aktion bedeutete nicht Engländer gegen Holländer. Aber wir wollten das deutsche Element nicht haben, und die Regierung von Pretoria mußte gehen.“<sup>3</sup> Ob Rhodes

---

1. Bei I. A. Wüd: Die Rolle der Burenrepubliken in der auswärtigen und kolonialen Politik des Deutschen Reiches in den Jahren 1883—1900, Nürnberg 1927, ist die Entwicklung ausführlich geschildert.

2. Michell: Rhodes, II, S. 132/133.

3. Life of Harcourt, II, S. 392/393.

wirklich von den deutschen Annexionsplänen, von denen er viel sprach, überzeugt war, oder ob er das Schlagwort von der „deutschen Gefahr“ nicht vielmehr nur als wirksames Propagandamittel benutzte, bleibe dahingestellt, sicher aber und durchaus zutreffend war er davon überzeugt, daß Deutschland die Absicht hatte, sich einer gewaltsamen Änderung des Status-quo energisch zu widersetzen. Daß Krüger gegenüber englischen Wünschen stets die deutsche Rückendeckung ausspielen konnte, war der Grund, warum Rhodes der erbitterte Deutschenfeind wurde.

Rhodes' Pläne, die im Parlament durch Chamberlain vertreten wurden, waren nicht ausführbar ohne ein begeistertes Mitgehen der englischen öffentlichen Meinung. Eine großzügige Bearbeitung durch die Presse, die zum großen Teil unter Rhodes' Einfluß stand, setzte ein. Besonders als das Krügertelegramm den Beweis zu erbringen schien, daß man Deutschland in Südafrika auf alle Fälle zum Gegner haben würde, gab es in dieser Presse eine beispiellose Hetze.

Man muß sich diese Grundzüge der allgemeinen politischen Lage um 1895, die von der südafrikanischen Krise her ihr Gepräge erhielt, einmal vergegenwärtigen. Nicht ohne diese Hintergründe darf man die Ausfälle gegen den deutschen wirtschaftlichen Wettbewerb betrachten, wie sie jetzt in den ersten krassen Beispielen auftreten. Erst in diesen Zusammenhängen hat die Frage der Wirtschaftsrivalität die entscheidende einseitig gegen Deutschland gerichtete politische Spitze erhalten. Es ist ein Wandel, für den in weitgehendem Maße die Presse verantwortlich ist.

Zwar war der wirtschaftliche Wettbewerb des Auslandes, besonders des deutschen Rivalen, in der Presse der neunziger Jahre schon vorher kein sehr seltenes Thema. — Da war zunächst die Fachpresse der vom Wettbewerb betroffenen Industrien. Berichte von öffentlichen oder privaten Kommissionen, Gutachten von einzelnen Beobachtern oder von Studienausschüssen, die in deutschen Eisen- und Stahlwerken in die Produktionsmethoden Einblick erhalten hatten, fanden von hier aus den Weg in die interessierten Kreise. Nicht immer war es sachliche Würdigung der deutschen Leistung, wie im



Unterhause machte sich auch hier die Wirkung der Fair-Trade-Propaganda dahin geltend, daß man hin und wieder gern die Geschäftspraktiken der erfolgreichen Rivalen verdächtigte.<sup>4</sup> Wichtiger als die Behandlung der Wettbewerbsfrage in den eigentlichen Fachorganen war, daß ein Teil der konservativen Presse die Verteidigung der angeblich oder wirklich bedrohten britischen Interessen übernahm. Aus der Tatsache, daß das vor allem Sir Howard Vincents' Einfluß zu verdanken war,<sup>5</sup> darf man wohl schließen, daß neben der durch sachliche Prüfung gewonnenen Überzeugung auch stimmungsmäßige und parteipolitische Momente eine starke Rolle gespielt haben. Man malte den ausländischen Wettbewerb vielfach in schwarzen Farben, um für die in Mutterland und Kolonien verbreiteten Bestrebungen nach einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß Stimmung zu machen. Andere Pressestimmen ließen die deutsche Konkurrenzfähigkeit in hellem Licht erscheinen, um dem Engländer vor Augen zu führen, daß es sehr notwendig wäre, das Erziehungswesen auf eine neue und verbesserte Basis zu stellen. — Man kann also aus der häufigen Behandlung der Wettbewerbsfrage in der Presse nicht unbedingt auf eine schon weit verbreitete Volksstimmung oder gar auf bewußte feindliche Einstellung gegenüber Deutschland schließen. Es ist zwar anzunehmen, daß die antideutsche Frontstellung manchmal das Ergebnis war, es läßt sich jedoch nicht feststellen, daß sie vor der allgemeinen Verschärfung der politischen Beziehungen durch das Krügerelegramm irgendwo das Ziel der Presseagitation war. Im allgemeinen gingen außenpolitische Zielsetzungen und Wünsche, soweit sie in der Presse vertreten wurden, auf andere

---

4. „Das häßliche Wort von der „German Blight“, der deutschen Krätze, das das Fachorgan der britischen Schwerindustrie, „The British Eastern Engineering“ geprägt hat, dem „Bazillus der deutschen Geschäftsunehrlichkeit“, der sich von Tsingtau aus über ganz Ostasien verbreite und dem ehrlichen chinesischen Geschäft das Herzblut aussauge, wird in unserer Geschichte wohl noch einige Zeit fortleben.“ (Kiliani, a. a. O. S. 9. Der Zeitpunkt dieser Äußerungen ist bei K. nicht angegeben.) — Eine ähnliche Auffassung von „unfair competition“ verbreitete eine andere Zeitung der Eisenindustrie: „The Hardwareman“. Sie hatte z. B. einen hervorragenden Anteil an der Verbreitung des Alarmrufes von dem Ruin durch ausländische Gefängniswaren.

5. Jeyes-How, a. a. O.

Motive zurück als die deutsche Gefahr, gar die wirtschaftliche Gefahr.

Wenn jetzt plötzlich in der Presse Stimmen auftauchen, die die Vernichtung des deutschen Rivalen fordern, so ist die Frage wohl angebracht, ob es sich um Symptome einer wirklich verbreiteten Auffassung handelt oder ob bestimmte politische Interessen dahinter stehen. Schon daß ein Teil der Presse unter dem Einflusse von Rhodes und seinen südafrikanischen Genossen stand, sollte zu einer vorsichtigen Betrachtung mahnen. Zahlreiche deutsche und englische Stimmen geben der Überzeugung Ausdruck, daß Rhodes sehr viele Zeitungen beherrschte. „Auf die öffentliche Meinung“, sagt Eckardstein von ihm, „besaß er großen Einfluß durch seine Beziehungen zur Presse und benutzte diese nach dem Krügerelegramm dazu, um fortgesetzt gegen die Einmischung der deutschen Politik in südafrikanische Angelegenheiten heftigen Einspruch zu erheben“<sup>6</sup>, und auch die liberale englische Zeitschrift „The Speaker“ klagte: „Die Presse, selbst leider auch die liberale, ist zum großen Teil in den Händen des Mr. Rhodes und seiner Genossen.“<sup>7</sup> Es wird sich wohl kaum jemals mit Sicherheit feststellen lassen, welche Blätter unter dem Einfluß von Cecil Rhodes standen, mit Bestimmtheit aber läßt es sich von der Zeitschrift sagen, die am häufigsten als spontaner Beweis höchst aktiver englischer Handelseifersucht angeführt wird: von der Saturday Review. Für die wahren Beweggründe der inneren Haltung dieses Blattes lassen sich einige interessante Feststellungen nach den Erzählungen des damaligen Herausgebers Frank Harris treffen. Die Möglichkeit, die Motive einer Zeitung so deutlich zu erkennen wie in diesem Fall, wird wohl eine Ausnahme bleiben. Da aber gerade die Saturday Review so häufig die Rolle des corpus delicti in dem Beweismaterial für die englische Handelseifersucht gespielt hat, sei hier auf die Beziehungen zwischen der außenpolitischen Haltung des Blattes und den hinter ihm stehenden Finanzmännern kurz eingegangen.<sup>8</sup>

---

6. Eckardstein, a. a. O. I, 314.

7. Europ. Geschichtskalender, Anfang Januar 1896.

8. Vgl. für die folgenden Ausführungen das Kapitel „Die Saturday Review“ bei Frank Harris: Jahre der Reife. · Bln. 1930. Das Unternehmen, das Harris für 5600 £ erworben hatte, wurde in ein Aktienunternehmen mit

Die deutschfeindliche Haltung der Saturday Review setzte ungefähr um das Jahr 1894 ein, um dieselbe Zeit, als die Zeitschrift ihren Besitzer wechselte. Sie wurde damals von Frank Harris aufgekauft, dem die Freundschaft mit den südafrikanischen Minenbesitzern Cecil Rhodes, Beit, Alfred Ochs die Gewißheit gab, daß die Finanzmänner immer hinter ihm stehen würden. „Ich wußte,“ schreibt er in seinen Erinnerungen, „daß ich von ihnen jederzeit Geld bekommen könnte, um eine Zeitung zu kaufen, sobald ich imstande war, ihnen einen lockenden Vorschlag zu machen.“ Als die Zeitschrift kurz darauf in ein Aktienunternehmen umgewandelt wurde, verstanden es die Südafrikaner, durch Aktienkäufe ihren Einfluß auf das Blatt festzulegen, und im Laufe der nächsten Jahre ging die Saturday Review vollständig in den Besitz der Unternehmer über.

In deutlichem Zusammenhang mit der schrittweisen Besitzergreifung durch Rhodes und seine Bundesgenossen steht die außenpolitische Haltung des Blattes, in der die Hetze gegen den deutschen Wirtschaftsrivalen zunächst nur einen Einzelzug

---

30 000 £ verwandelt. 4000 Anteile erwarb der Diamantenhändler Alfred Ochs, 5000 wurden an Beit verkauft und weitere 2 oder 3000 an „andere, die sich einen Einfluß auf das Blatt verschaffen wollten.“ Damit lag bis zu einem gewissen Grade die Politik des Blattes fest. Harris, dem die literarische Seite seiner Zeitschrift näher lag als die politische und dem die imperialistische Politik im Grunde wesensfremd war, versuchte anscheinend im Anfang, seine Kritikfreiheit zu verteidigen. Bis in dem Sommer 1896 hinein vertrat er die Sache der Buren. Aber schon bald darauf — man muß aus anderen Angaben auf Sommer oder Herbst 1897 schließen — bemühten sich Rhodes und Beit um weiteren Einfluß auf das Blatt. Harris verkaufte ihnen weitere 12 000 £ durch einen Mittelsmann, „die später ihm oder eigentlich Beit und Rhodes die Herrschaft über die Saturday Review einräumen sollten.“ Über den endgültigen Übergang der Zeitschrift an die südafrikanischen Interessenten berichtet Harris, daß man ihm durch denselben Mittelsmann sagen ließ, „man hätte die Absicht, mich durchaus anständig zu behandeln, aber die Politik der Saturday Review im Hinblick auf Südafrika müsse entsprechend den Wünschen von Rhodes und Chamberlain geändert werden. Er fragte mich, ob ich mich damit einverstanden erklären würde oder ob ich es vorziehe, auf meine Stellung zu verzichten.“ (S. 297). Angeblich aus diesem Grunde verkaufte Harris den Rest der Aktien und die Vorzugsaktien, mit deren Besitz das Recht der Ernennung des Leiters und des Mitarbeiterstabes verknüpft war, an die südafrikanischen Interessenten und zog sich von der Leitung des Blattes zurück. Damit waren die Minenbesitzer die ausschlaggebende Macht und ihre Wünsche für die politische Haltung der Zeitschrift von allein entscheidender Bedeutung.

bildete. Kennzeichnend war ein zunehmender Chauvinismus, und zwar wurde nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich und Rußland mit unfreundlichen Ausfällen bedacht. Deutschland gegenüber war die Haltung zunächst schwankend. Noch 1895 finden sich neben starkem Mißtrauen gegen den wirtschaftlichen und politischen — vor allem auch kolonialpolitischen — Gegner Rufe nach völliger Verständigung.<sup>9</sup> — Das Krügertelegramm veränderte die schwankende Haltung mit einem Schlage, jetzt erschien Deutschland plötzlich als der Feind. Am 1. Februar 1896 erschien zum ersten Male der Kriegsruf: „Der biologische Standpunkt der auswärtigen Politik ist klar, . . . Germania est delenda!“, und die Hetze steigerte sich im Laufe der Jahre bis zu dem bekannten Artikel vom 11. September 1897: „ . . . Fürst Bismarck hat längst erkannt, was das englische Volk jetzt endlich zu verstehen beginnt, daß es nämlich in Europa zwei große, unversöhnliche, entgegengesetzte Kräfte gibt, zwei große Nationen, die die ganze Welt zu ihrem Einflußgebiet machen und von ihr den Handelstribut erheben möchten. England mit seiner langen Geschichte erfolgreichen Angriffs, mit seiner wunderbaren Überzeugung, daß es, wenn es seine eigenen Interessen verfolgt, zugleich unter den im Dunkel lebenden Völkern das Licht verbreitet, und Deutschland, Bein vom selben Bein, Blut vom selben Blut, mit geringerer Willenskraft, aber vielleicht schärferer Intelligenz, rivalisieren in jedem Winkel des Erdballs. In Transvaal, am Kap, in Zentralafrika, in Indien und im Orient, auf den Südseeinseln und im fernen Nordwesten, wo nur immer — und wo ist das nicht der Fall? — die Flagge der Bibel und der Handel der Flagge folgte, kämpft der Deutsche gegen den englischen Handelsmann. Wo eine Mine auszubeuten ist oder eine Bahn zu bauen, wo ein Eingeborener von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltensamkeit zum Branntwein bekehrt werden soll, überall kämpfen Deutsche und Engländer um den Vorrang. Eine Million kleiner Streitigkeiten schaffen die größte Kriegsursache, die die Welt gesehen hat. Wäre Deutschland morgen ausgelöscht, es

---

9. So wird am 12. Oktober 1895 noch ein Bündnis mit Deutschland gefordert. Die Lage in China, die zum Zusammengehen gegen Frankreich und Rußland zwingt, ist der Hintergrund.



gäbe übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre. Völker haben jahrelang um eine Stadt oder um eine Erbfolge gekämpft, sollten sie nicht um 250 Millionen Pfund jährlichen Handels kämpfen? ... Vor zehn Jahren ... wäre der Gedanke an einen Krieg zwischen den beiden großen protestantischen Mächten, die einander so ähnlich an Charakter und Anlagen sind, unmöglich erschienen. Vor drei Jahren, als die Saturday Review begann, gegen die traditionelle prodeutsche Politik Englands zu schreiben, stand sie mit ihrer Ansicht allein unter den leitenden Pressestimmen. Als im Februar 1896 einer unserer Mitarbeiter die Lage erörterte und Deutschland für den ersten und unmittelbaren Feind Englands erklärte, ging diese Meinung als persönliche Überspanntheit durch. Eine Woche später aber wurde die deutsche Flagge in einer Londoner Music-Hall ausgepiffen, und als an einem Sonnabend abend im April ein Abendblatt seine Zeitungsjungen mit dem Ruf aussandte: „Krieg mit Deutschland!“, da staute sich die Menge auf der Edgware Road und jubelte Beifall ... England ist die einzige Großmacht, die Deutschland ohne schreckliche Gefahren und ohne Zweifel am Ergebnis bekämpfen könnte. ... Die Schiffe würden bald auf dem Meeresgrunde liegen oder in englische Häfen gebracht werden. Hamburg und Bremen, der Kieler Kanal und die Ostseehäfen würden unter englischen Kanonen liegen, bis die Kriegsschädigung gezahlt wäre. Nach Beendigung unserer Arbeit wäre es dann nicht schwierig, die Worte, die Bismarck zu Ferry sprach, umzuändern und zu Frankreich und Rußland zu sagen: „Sucht euch irgend eine Kompensation. Nehmt innerhalb Deutschlands, was ihr mögt, ihr könnt es haben.“ ... Hierher haben die Wühlereien des Deutschen Kaisers Deutschland gebracht,<sup>10</sup> und zwar zu einer Zeit, da England zur Erkenntnis dessen aufgewacht ist, was unvermeidlich und zugleich seine stärkste Hoffnung auf Gedeihen ist. „Germaniam esse delendam.“<sup>11</sup>

---

10. Kurz vorher hatte eine Zusammenkunft des Kaisers und des Zaren stattgefunden. Mit einem sehr gehässigen Hinweis darauf beginnt der Artikel.

11. Wer der Verfasser dieser Artikel war, ließ sich nicht mit Sicherheit ermitteln. Die manchmal auftauchende Vermutung, daß es Sir Alfred Mond gewesen wäre, (so z. B. bei Ph. Hiltebrandt: Das europäische Ver-

Die *Saturday Review* bedachte in diesen Jahren nicht nur den deutschen Handel mit haßverzerrten und verhetzenden Darstellungen, sondern auch deutsche Sitten und deutschen Charakter, außenpolitische Ziele und innenpolitische Zustände, mit Vorliebe auch deutsche „Kolonialskandale“, mit der Schlußfolgerung, daß Deutschland völlig untauglich zur Kolonialmacht wäre. Der deutsche Handel bildete nur ein besonders zugkräftiges Argument. Wenn den englischen Imperialisten daran lag, eine kriegerische Alarmbereitschaft gegen Deutschland zu erzeugen und zu steigern, so konnten sie ihr Ziel in einem Volke, das den Handel als nationale Lebensbedingung ansah, gar nicht besser erreichen als durch die Darstellung in der Presse, daß dieser Handel verloren ginge.

Daß die Verteidigung der britischen Handelsinteressen nicht das eigentliche Motiv dieses Rhodesblattes war, zeigte sich in den folgenden Jahren, in denen sich die Behandlung des deutschen Wirtschaftsivalen völlig den allgemeinen politischen Erfordernissen in der südafrikanischen Frage anpaßte. Das Jahr 1898 brachte noch einige sehr heftige Ausfälle, aber im Dezember 1898 — Chamberlain hatte seine Sondierungen nach Deutschland hin unternommen, die Faschoda-Krise war auf dem Höhepunkt, Rhodes faßte die Verständigung mit dem Deutschen Kaiser ins Auge — vergaß auch die *Saturday Review*, daß sie den Handelsrivalen durch Krieg vernichten wollte: „Deutschland und die Vereinigten Staaten sind unsere guten Freunde,“ . . . und wenn sie dem Engländer auch in vielen Punkten den Rang abgelaufen haben, . . . „es wäre töricht, sich wegen dieses freund-

---

hängnis, S. 131, oder bei G. Stresemann: Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland, S. 30) hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Man darf wohl annehmen, daß dem Großindustriellen andere Argumente zur Verfügung gestanden hätten als diese plumpen und allgemein gehaltenen Angriffe auf den deutschen Handel, die außerdem deutlich in den Rahmen der seit drei Jahren von der Zeitschrift verfolgten Politik gehören. — Nach einer anderen Vermutung ist Harris, der ja seine Feder in mancherlei Dienste gestellt hat, selbst der Verfasser. (B. E. Schmitt: *England and Germany*, Fußnote auf S. 155: Now supposed to be written by Frank Harris.) Es ist eine naheliegende Vermutung, und die eigentliche Urheberschaft der Rhodes, Beit usw. wäre damit nicht zweifelhaft. Harris mochte diese Linie des Kampfes gegen Deutschland um so lieber verfolgen, als ihm die Burenpolitik Rhodes' nicht paßte.

schaftlichen Wettbewerbs zu streiten, es würde Klugheit zeigen, wenn wir die Ursachen des Rückganges in unserem wirtschaftlichen Prestige untersuchen und die notwendigen Reformen finden würden, denn das Heilmittel ist zum großen Teil in unseren eigenen Händen.“<sup>12</sup>

Die Ausfälle der Saturday Review gegen den deutschen Handelsrivalen sind also derartig stark mit politischen Zielsetzungen verflochten, daß sie für eine tatsächlich vorhandene Volkstimmung oder gar für die Auffassung der Regierung in keiner Weise als beweiskräftig angesehen werden können. Sie sind auch nicht, wie so oft angenommen wurde, der spontane Ausdruck des Hasses englischer Wirtschaftskreise, denn nicht diese, sondern allein Harris und die südafrikanischen Imperialisten sind als verantwortlich für die Haltung des Blattes anzusehen.

In dieser Schärfe sind die Angriffe auf den deutschen Wettbewerber selbst in der englischen Publizistik dieser Jahre als Ausnahmen zu bezeichnen. Tirpitz' Meinung, daß es sich um „Wortführer in einem tausendstimmigen Haßchor“ handelte, ist übertrieben, was schon allein daraus hervorgeht, daß als Beispiel für diesen „tausendstimmigen Haßchor“ selten eine andere Stimme zitiert wird als die der Saturday Review.<sup>13</sup>

Von nachhaltiger politischer Bedeutung waren diese Saturday-Review-Artikel weniger für die englische Öffentlichkeit als

---

12. 24. Dezember 1898. „The Prestige of England.“ Auch die südafrikanischen Schwierigkeiten wurden jetzt nicht berührt. Von dem mißglückten Jameson-Raid war die Zeitschrift selbstverständlich schon früher offiziell abgerückt.

13. Der Einfluß der Zeitschrift wurde in Deutschland überschätzt. Ihre Auflageziffer schwankte zwischen 5 und 6000. Das Publikum dieses literarisch-politischen Wochenblattes bildete vornehmlich „the military and upper-class world of London.“ (B. E. Schmitt, England and Germany, S. 155). — Für die zweite in Deutschland viel zitierte Pressestimme, einen Artikel des „Spectator“ vom 16. Januar 1897, ist zu beachten, daß er die Antwort auf einige in England übel aufgenommene Äußerungen der „Hamburger Nachrichten“ war. Diese hatten behauptet, daß England nicht mehr unangreifbar wäre und ohne eine Landmacht einem Riesen mit tönernen Füßen gliche. Darauf führte der „Spectator“ aus, daß umgekehrt England Deutschland großen Schaden zufügen könnte, wenn es seinen Seehandel angriffe. Im übrigen hat der später sehr deutschfeindliche „Spectator“ der wirtschaftlichen Konkurrenz nie große Bedeutung beigelegt.

für die deutsche. Hier verschwanden sie bis zum Weltkrieg nicht mehr aus den Erörterungen über die deutsch-englische Wirtschaftsrivalität. Sie bildeten nicht nur in der Presse und in den öffentlichen Versammlungen, sondern auch in den verantwortlichen Kreisen das hervorragende Beweisstück für die Notwendigkeit, den jungen deutschen Handel durch eine starke Flotte zu schützen. Der neue Staatssekretär des Reichsmarineamtes Alfred von Tirpitz ließ sich ein so gut verwendbares Agitationsmaterial nicht entgehen, hatte er doch seit Beginn seines Wirkens den Zusammenhang zwischen einer starken Flotte und den wirtschaftlichen Seeinteressen immer wieder betont.<sup>14</sup> Diese Beziehung Handel-Flotte war bisher in Deutschland noch nicht so geläufig wie zum Beispiel in England, und wenn es der zähen Arbeit des Reichsmarineamtes in den nächsten Jahren gelang, die Deutschen aus Abneigung und Gleichgültigkeit zu begeistertem Mitgehen zu bewegen, so trug dazu nicht wenig der Gedanke bei, daß die Flotte vielleicht einmal den wachsenden deutschen Handel gegen England verteidigen müßte, dessen Eifersucht und wirtschaftlichen Haß die Sat.-Rev.-Artikel zu beweisen schienen. — 1898 brachte der „Nauticus“ seinen Lesern einen Abdruck des Artikels vom 11. September 1897 und nahm in den folgenden Jahren das Thema immer wieder auf.<sup>15</sup> Auch für den Flottenverein bildete er selbstverständlich das wichtigste Agitationsstück. General Keim, der Führer des Flottenvereins, berichtet selber in seinen Lebenserinnerungen, wie er immer wieder die Notwendigkeit der Flotte

---

14. Vgl. für die Verwendung des Motivs englischer Handelseifersucht in der Flottenpropaganda Viceadmiral a. D. Karl Galster: England, deutsche Flotte und Weltkrieg. Kiel 1925, S. 65 ff. — Vgl. ferner Eckart Kehr: Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901. Bln. 1930. Kehrs Behauptung, daß die Sat.-Rev.-Artikel nicht die englische Handelseifersucht beweisen, sondern „nur als eins der vielen Glieder der englischen Reaktion auf die deutsche Flottenbewegung“ anzusehen seien, ist ein Irrtum nach der andern Seite. Die Sat.-Rev. hatte für das „Spielzeug des Kaisers“, die deutsche Flotte, nur Spott, wenn sie überhaupt davon sprach. Vgl. u. a. „The Warscare“, 25. 12. 97. — In Kehrs Darstellung entsteht zu Unrecht der Eindruck, als ob es sich bei der Verwendung des Motivs der englischen Handelseifersucht um reine Agitation und nicht auch um wirkliche Überzeugung gehandelt habe.

15. Siehe Nauticus 1898, I, S. 149, 1900, II, S. 221. 1907, I, S. 8 usw.



aus wirtschaftlichen Gründen betont und sich in Vorträgen und Aufsätzen für diesen Gedanken eingesetzt hätte. „Ich erwähnte . . .“, so erzählt er gelegentlich, „daß Herr Helfferich auf dem Kolonial-Kongress kürzlich hervorgehoben habe, England könne, wie schon so oft in seiner Geschichte, eines Tages das Schwert in die Wagschale werfen, um sich seine Handelsüberlegenheit auch Deutschland gegenüber zu sichern. Nicht umsonst sei schon im Jahre 1898 in einer angesehenen englischen Monatsschrift der brutale Ruf ausgestoßen worden: „*Ceterum censeo, Germaniam delendam esse!*“ „Im Jahre 1914,“ fügt Keim hinzu, „ist der Weltkrieg entbrannt, um jene Drohung in furchtbare Wirklichkeit zu übersetzen.“<sup>16</sup>

Wenn man nun auch gerade diese Stimmen, die in Deutschland in allen Kreisen und Schichten zu bedenklicher Berühmtheit gelangten, als Hauptbeweisstücke streichen muß, weil sie ihrer letzten Ursache nach nicht in die Linie der politischen Auswirkungen der Wirtschaftsrivalität gehören, so ist doch ihre starke publizistische Wirkung auch in England nicht zu verkennen. Sie haben hier, wie viele damalige Stimmen der öffentlichen Meinung, nur in der Forderung der kriegерischen Konsequenzen brutaler und in ihren letzten politischen Zielen deutlicher zu erkennen, unter dem Eindruck der Transvaalkrise jetzt auch den wirtschaftlichen Wettbewerb als Ursache unversöhnlicher Gegnerschaft hingestellt. Damit ist die Presse allerdings für eine entscheidende Verschärfung in der Auffassung der Wirtschaftsrivalität verantwortlich, mag man nun die maßlose Erbitterung, die das Krügertelegramm hervorrief, als wahren Ausbruch des beleidigten Volksempfindens auffassen oder mehr als geschickt gezüchtetes Ergebnis einer jahrelangen Bearbeitung. Während in den Verhandlungen des Unterhauses eine ähnliche Verschärfung nicht auffällt — außenpolitische Gesichtspunkte spielten in den Debatten überhaupt eine ver-

---

16. Keim: Erlebtes und Erstrebtes, S. 116. Vgl. a. A. v. Tirpitz: Erinnerungen, Leipzig 1919. Schlieffen, mit Problemen des Zweifrontenkrieges beschäftigt, rechnete anscheinend im Gegensatz zur Marine nicht mit einem englischen Angriffskrieg. Er sah, daß England den deutschen Handel nicht vernichten konnte, ohne den eigenen stark zu schädigen. Ges. Schriften, I, Seite 21.

schwindende Rolle — hat die Presse auf die veränderte Konstellation schneller und heftiger reagiert und betonte in der Hetze gegen Deutschland, die nicht nachließ, solange die Gefahr deutschen Eingreifens in Südafrika bestand, nun auch die wirtschaftliche Seite der Gegnerschaft. Es ist nur aus der politischen Spannung zu erklären, wenn selbst ein Blatt wie der „Economist“, der bisher schon allein seinen freihändlerischen Grundsätzen zuliebe das Schreckgespenst des deutschen Wettbewerbs stets lächerlich zu machen suchte und der deutschen und der amerikanischen Konkurrenz immer gleichmäßige Beachtung schenkte, vorübergehend der allgemeinen Psychose verfallen und schreiben konnte: „Die Transvaalfrage wird vielleicht bald verschwinden, aber die deutsche Wirtschaftsivalität wird eine Tatsache bleiben, der man ständige Aufmerksamkeit widmen sollte. . . . Es ist eine Tatsache, die jeder sehen kann und die man nicht verschleiern sollte, daß mit dem Wachstum des Deutschen Reiches, militärisch, zur See, in Handel und Industrie, die traditionelle Feindschaft gegen Frankreich allmählich durch das ersetzt wird, was man aktive Mißgunst Englands nennen könnte, die nach einer Tat irgend welcher Art ruft“.<sup>17</sup> Schärfer waren die Äußerungen in Zeitungen mit ausgesprochen imperialistischer Tendenz, wie in der während der Transvaalkrise 1895 gegründeten Daily Mail, die auf einen sehr großen Leserkreis Einfluß hatte. — Eine so verzerrte Darstellung über den Rivalen wie die 1896 erschienene Broschüre „Made in Germany“ von Ernst Edwin Williams fand in der englischen Welt begeisterte Aufnahme. Kein Wort enthielt sie darüber, daß viele und verschiedenartige Faktoren die englische Position verändert hatten, daß sich zum Beispiel viele Kundenländer der Erde in Industrieländer verwandelt hatten, kein Wort auch darüber, daß man in den Vereinigten Staaten ebenfalls einen gefährlichen Wettbewerber besaß. Wo englische Industrien unter anderer als der deutschen Konkurrenz zu leiden hatten, ging der Verfasser mit einigen leichten Redewendungen über die Tatsachen hinweg, um desto nachdrücklicher die Verteidigung der englischen Position gegenüber dem deutschen Rivalen zu fordern. (Vgl. S. 82/83 das

---

17. 11. Januar 1896, Bericht des Berliner Korrespondenten.

Beispiel der französischen Seidenfabrikation.) Ein geschicktes Jonglieren mit prozentualen Vergleichszahlen stellte Deutschland allein als den Feind hin, der mit England in einem „wohlüberlegten und tödlichen Wettkampf“ stand. Wo die englische Überlegenheit ganz offensichtlich war, wie zum Beispiel in der Entwicklung der Handelsmarine, ließ der Verfasser die englischen Zahlen ganz fort und brachte in ausführlicher Darstellung nur die der deutschen Entwicklung. Dazu kamen die üblichen Ausfälle gegen die betrügerischen Methoden der Deutschen, ihre billigen und häßlichen (cheap and nasty) Waren auf die englischen Märkte zu bringen. (Die Beispiele für die angebliche „Geschäftsunehrlichkeit“ stammen bezeichnender Weise aus Sheffield.) Zum Schluß zog der Verfasser zwei Folgerungen aus seinem Material: Schutzzölle und Zusammenschluß des Empire.

Trotz der tendenziösen Aneinanderreihung willkürlich herausgegriffener Tatsachen, und obwohl die Veröffentlichung, wie Williams selbst ausführte, ungünstiger Weise in eine Zeit beginnender wirtschaftlicher Erholung fiel und die „Nation im ganzen noch gar nicht für die drohende Gefahr empfänglich war,“ (S. 1), fand die Broschüre Hunderttausende von Käufern.<sup>18</sup> Das war ein Erfolg, den der Inhalt des Buches, soweit er die wirtschaftliche Seite betraf, nicht rechtfertigte. Auch die Saturday Review gab in ihrer fast drei Spalten langen Besprechung der Schrift zu, daß sie nichts enthielt, was nicht schon früher in der Fair-Trade-Propaganda gesagt worden wäre. „Mr. Williams aber ist in kluger Weise auf einen treffenden Titel verfallen, und — hier liegt die Ursache des Erfolges — er veröffentlichte sie zu einer Zeit, da es dem Deutschen Kaiser gelungen war, all die verborgenen Vorurteile der Engländer gegenüber einem Handelsrivalen zur Auslösung zu bringen.“<sup>19</sup>

Schon diese wenigen Beispiele aus der Fülle publizistischer Äußerungen zeigen, von wie beschränkter Beweiskraft eine her-

---

18. Viel gelesen war auch das immerhin sachlichere Buch des Handelsattachés bei der britischen Botschaft in Berlin William Gastrell: „Our Trade in the World in Relation to Foreign Competition 1885—1895“. Lo. 1897. — Natürlich riefen beide Schriften unter den Freihändlern scharfen Widerspruch hervor.

19. 25. Juli 1896. Williams gehörte zu den Mitarbeitern der Sat. Rev.

ausgegriffene Pressestimme ist. Man kann sie nicht als spontanen Ausdruck der englischen Volksmeinung über den deutschen Rivalen oder gar als programmatisch für die englische Politik werten. Gerade bei den am häufigsten zitierten Beispielen läßt sich eine starke Verflechtung mit politischen Motiven sehr wahrscheinlich machen, und die naheliegende Vermutung, daß eine vom deutschen Wettbewerb bedrohte Wirtschaftsgruppe hinter den Angriffen auf den deutschen Handel stehe, findet sich nicht bestätigt. Die Wettbewerbsfrage erscheint vielmehr, wie anfangs den innenpolitischen, so jetzt außenpolitischen Erfordernissen untergeordnet. Solange Deutschland als politische Macht nur einen geringen Faktor für die englische Rechnung bildete, so lange spielte in der Presse auch die wirtschaftliche Gefahr, die von Deutschland drohte, keine Rolle. Erst jetzt, als das deutsch-englische Verhältnis infolge der südafrikanischen Frage einer starken Belastung unterlag, trat der wirtschaftliche Gegensatz als verschärfend hinzu. Es ist die Wirkung der außenpolitischen Spannungen dieser Jahre, daß um die Jahrhundertwende der wirtschaftliche Wettbewerb anderer Länder aus den öffentlichen Erörterungen mehr und mehr verschwand und die Mißstimmung sich zu einer ausschließlich gegen Deutschland gerichteten Feindseligkeit verdichtete.

## 2. Wirtschaftsrivalität und englische Entscheidung zwischen Dreibund und Zweibund.

Es sollte sich zeigen, daß die Entfremdung, die sich vor allem von Südafrika aus für das deutsch-englische Verhältnis ergeben hatte, doch nicht stark genug war, um eine Annäherung der beiden Länder grundsätzlich zu verhindern. Als sich die englische Regierung gegen Ausgang des Jahrhunderts entschloß, die Durchführung ihrer weltpolitischen Ziele durch Verbindung mit einer der beiden Bündnisgruppen, die sich auf dem Kontinent herausgebildet hatten, zu sichern, machte sie zunächst Deutschland gegenüber den Versuch einer freundschaftlichen Neuorientierung. Es kam — nach einer mißglückten englischen Sondierung in Petersburg — zu den bekannten Versuchen einer deutsch-englischen allgemeinen Verständigung.



Aus der Tatsache der englischen Bündnissondierungen selbst kann man für unsere Fragestellung keinerlei Schlußfolgerungen ziehen. Sie ist kein Beweis dafür, daß der Wettbewerb damals noch gar keine politische Rolle spielt,<sup>20</sup> zeigt vielmehr nur, daß es ungleich wichtigere politische Interessen gab. — Es waren in der Tat schwerwiegende Gründe, die England nach einer Zeit scharfer politischer Spannungen zum Einlenken bewogen. Die südafrikanischen Schwierigkeiten spitzten sich zu, die kolonialen Differenzen mit Frankreich erfuhren eine Verschärfung durch den drohenden Südkonflikt, dazu lag eine Verständigung Deutschlands mit Rußland — im Frühjahr 1897 war bereits die österreichisch-russische Verständigung über den Status-quo auf dem Balkan erfolgt — ja sogar die Möglichkeit eines Kontinentalbundes durchaus im Bereiche politischer Berechnungen. Das mußte schon angesichts der ungeklärten Lage in China für England von stärkstem Interesse sein. Die 400 Millionen Chinesen, mit denen man in Zukunft Handel treiben würde — ein in Parlament und Presse gleich beliebtes Thema — die Befürchtungen, durch russisches Vorgehen wichtige Gebiete zu verlieren, hätten allein schon genügt, politische Differenzen und wirtschaftliche Mißstimmung gegenüber Deutschland zum Schweigen zu bringen.

Die deutsch-englischen Bündnispläne haben in der englischen Öffentlichkeit eine eindeutig ablehnende Haltung hervorgerufen. Man war zwar vielfach einer Verständigung in Einzelfragen geneigt, hielt jedoch ein offizielles politisches Bündnis nicht für tragbar. — Es läßt sich nirgends erkennen, daß die Handelseifersucht als Motiv für diese Ablehnung eine besondere Rolle gespielt hätte. Die Presse scheint sich im Gegenteil angesichts der schwierigen politischen Lage dieser Jahre bemüht zu haben, wie die politischen Differenzen so auch die wirtschaftliche Mißstimmung Deutschland gegenüber nach Möglichkeit zu

---

20. Allerdings kann man auch nicht die entgegengesetzte These damit stützen, wie Graf Ernst Reventlow versucht. R. sieht (Politische Vorgeschichte des Großen Krieges, Bln. 1919, S. 111) die Ursache der Bündnissondierungen außer in dem Wunsch, aus der Isolierung herauszukommen, in dem Bestreben, „den gefährlichen, immer gefährlicher werdenden Bundesgenossen und Wettbewerber durch ein Bündnis oder jedenfalls ein intimes Verhältnis zu binden, unfrei zu machen und zur Verkümmern zu bringen.“

unterdrücken.<sup>21</sup> Ein wirtschaftliches Zusammengehen wurde sogar nicht selten als erwünscht bezeichnet.

Auch im Parlament hat in allen Verhandlungen über das Bündnisproblem die wirtschaftliche Eifersucht nicht als hinderndes Moment gewirkt. Zwar fanden auch hier die Chamberlain'schen Pläne fast einmütig schroffe Ablehnung,<sup>22</sup> so oft die Bündnisfrage zur Sprache kam, erhob sich nur die einsame Stimme Sir Ashmead-Bartletts zu ihren Gunsten, im übrigen hörte man nur scharfe Kritik. Sie wurde motiviert einmal durch eine grundsätzliche Abneigung gegen jedes Bündnis, dann gegen Deutschland vor allem noch deshalb, weil man überzeugt war, daß Deutschland niemals die Bismarcksche Linie verlassen und sich in eine Front gegen Rußland einreihen lassen würde. Der wirtschaftliche Wettbewerb kam jedoch als Motiv der Ablehnung nirgends zum Ausdruck, auch nicht bei erklärten Fair-Tradern, wo diese Möglichkeit durchaus denkbar gewesen wäre.

Wie wenig wirtschaftlicher Wettbewerb in jenen Jahren schon als selbständiger Faktor zu werten ist, zeigt das Verhalten der englischen Öffentlichkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Obgleich die Staaten oft genug als der stärkste Nebenbuhler bezeichnet wurden, begeisterte man sich im Parlament wie in der Presse bei Bündniserörterungen allgemein an dem

---

21. Vgl. K. O. Herkenberg: *The Times* und das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1898. (1925), besonders die dort zitierten Äußerungen vom 24. Januar, 28. März, 7. April, 21. Oktober. Vgl. a. *Economist*, 28. April 1900: *Rival tradesmen are often bitter in their comments on each other, but they do not come to blows in the street.* Von einem Bündnis wollte jedoch auch der *Ec.* nichts wissen. Am 10. September 1898 schrieb er: „We suppose no serious person paid any attention to the „silly season“ talk about an offensive and defensive alliance with Germany, which some not too wise or well-informed persons have been „booming“ in a few organs in the Press.“ Man wünscht statt dessen „a temporary arrangement with her for specific ends.“

22. Vgl. *Parl. Deb.* 8. Februar 1898, Sir Ashmead-Bartlett als einziger Verteidiger der Bündnispläne.

10. Juni 1898, Kritik Harcourts an Chamberlains Rede. Die Verteidigung Chamberlains gegen Harcourts Angriffe bedeutete einen verhüllten Rückzug. Von einer „permanent alliance“ sei keine Rede. „I am not speaking of an alliance, but of a thorough and complete understanding — a mutual arrangement for particular interests.“ Dafür sprechen erstens politische Gründe, man müsse, um eine mögliche

Ideal eines anglo-amerikanischen Bündnisses.<sup>23</sup> Weder eine politische Entfremdung, zu der in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre genug Anlaß gewesen wäre, noch wirtschaftliche Mißstimmung ließ man im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten aufkommen, die Ideologie eines angelsächsischen Weltimperiums war stärker als der wirtschaftliche Gegensatz.

Auch Deutschland gegenüber war die wirtschaftliche Mißgunst in jenen Jahren nicht ein so selbständiges Motiv, daß sie sogar in der deutschfeindlichen Presse nicht hinter politischen Erfordernissen zurückgetreten wäre. Daß jedoch Chamberlain bei der Masse des Volkes eine Ablehnung des deutsch-englischen Zusammengehens auch aus Gründen wirtschaftlicher Eifersucht in Erwägung zog, läßt sich aus den Reden erkennen, in denen er die Engländer für eine Verbindung mit Deutschland zu ge-

---

Kombination mehrerer großer Mächte gegen England zu verhindern, eine von ihnen an England binden, zweitens wirtschaftliche Gründe, es gelte, „those potentialities of trade and commerce“ in China zu verteidigen. Ein Zusammengehen mit Amerika befürwortete er ebenso wie Harcourt. Über diese Möglichkeit ergeht er sich dann in langen, schwungvollen Ausführungen, Deutschland wird nicht mehr erwähnt. — Am selben Tage traten noch verschiedene scharfe Kritiker hervor: Sir Charles Dilke und Mr. Asquith. Admiral Field, ein Bewunderer Chamberlains, äußerte die schüchterne Hoffnung, mit der in der Rede erwähnten „military power“ könnte Japan gemeint sein. — Vgl. ferner die Kritik des Unterhauses am 7. Februar 1899, Adressdebatte. — Am 5. Februar 1900 erkundigte sich Mr. William Redmond in einer kleinen Anfrage nach dem Stand der Dinge in bezug auf die Tripelallianz zwischen England, Deutschland und den Vereinigten Staaten, die Chamberlain am 29. November 1899 angekündigt hätte. Balfour antwortete: „No such statement was ever made by my right hon. friend“. Darauf Redmond: „Is it with the cogniscance of the Cabinet that the Colonial Secretary makes these absurd suggestions?“ Er erhielt darauf keine Antwort.

Vgl. auch die Kritik Sir Charles Dilkes am Samoa-Abkommen in der Sitzung vom 2. August 1900.

23. U. a. eine Äußerung des Economist aus dem Jahre 1898: The kindest of races is rather ashamed of previous fits of ill-temper and acerbity, the shrewdest of all races perceives in a moment that, if the Continent detests it, the friendship of Great Britain is the best and most effective of external defences. Vgl. auch den Bericht des Ec. vom 8. Juni 1901 über ein Essen der Londoner Handelskammer für ihre amerikanischen Freunde. Kein Wort fiel bei den Vertretern der englischen Wirtschaft darüber, daß man auf fast allen Märkten von dem amerikanischen Wettbewerb verdrängt werde, im Gegenteil sei der Wettbewerb günstig. „Every toast was proposed and responded to in the spirit of a Christmas hymn.“ Der Ec. empfiehlt Wachsamkeit, daß die guten Beziehungen nicht leiden.

winnen dachte.<sup>24</sup> Er betonte darin ausdrücklich, wirtschaftliche Eifersucht dürfte kein Grund politischer Feindschaft werden.

Aber auch wenn die Handelseifersucht bei der Ablehnung des deutschen Bündnisses stärker in Erscheinung getreten wäre, als es tatsächlich der Fall war, so wäre in diesem Falle ihre politische Bedeutung trotzdem gering zu veranschlagen, denn die Lösung des Bündnisproblems ist nicht an der öffentlichen Meinung gescheitert, sondern an den Kabinetten. Und hier gaben die großen politischen Entscheidungen den Ausschlag. Daß Deutschland das Risiko, das ein Bündnis mit England ihm auferlegte und das man vor allem in der Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges sah, nicht ohne eine entsprechende Rücken- deckung durch England tragen zu können glaubte, war der letzte Grund dieser Entscheidungen.

Gegenüber weltgeschichtlichen Erörterungen dieser Art hat die Wirtschafts rivalität in den Bündnisverhandlungen keine Rolle gespielt. Die Wettbewerbsfrage ist in den jahrelangen diplomatischen Verhandlungen kaum zur Sprache gekommen. Chamberlain hat die wirtschaftliche Rivalität Hatzfeldt gegenüber einmal erwähnt, auch im Gespräch mit Bülow hat er sie gelegentlich gestreift, ohne ihr die Möglichkeit politischer Konsequenzen zuzugestehen.<sup>25</sup> Balfour scheint die englische Handelseifersucht einmal taktisch verwertet zu haben, um zu zeigen, daß auch England für ein deutsch-englisches Bündnis Opfer bringen müßte. Das läßt jedenfalls der folgende Bericht Bülows vermuten: „Er (Balfour) schien ein Zusammengehen von England und Deutschland aufrichtig zu wünschen, obwohl er selbst mich darauf aufmerksam machte, daß ein solches bei der starken

---

24. Z. B. am 15. November 1898 in Manchester, am 8. Dezember 1898 in Wakefield.

25. Chamberlain äußerte Hatzfeldt gegenüber, die Interessen Deutschlands und Englands seien identisch „bis auf die kommerzielle Rivalität, die nur eine friedliche sein dürfe, und bis auf kleine koloniale Differenzen, die sich gleichzeitig mit einer Verständigung über politische Interessen wohl ausgleichen ließen.“ Hatzfeldt an Hohenlohe, 7. April 1898. G. P. XIV, 1, S. 213. Bülow berichtete am 24. November 1899 (G. P. XV, S. 417.): „Die deutsche wirtschaftliche Konkurrenz beurteilt Mr. Chamberlain weniger ruhig wie Mr. Balfour, äußerte aber doch schließlich, daß wenn England manche Märkte an Deutschland verloren hätte, es sich dafür andere neue Märkte erschlossen hätte.“



Konkurrenz, die wir der englischen Industrie und dem englischen Handel machten, schwieriger wäre als ein Zusammengehen Englands mit Frankreich, das kaum noch ein ernsthafter Rivale für England sei. Als ich dem Neffen und Vertrauten von Lord Salisbury sagte, unsere Wünsche gegenüber England wären mehr negativer als positiver Natur, wir hätten kein besonderes Anliegen an England, wir stellten keine speziellen Zumutungen an England, aber wir hätten den Wunsch, daß zwischen Deutschland und England weder Mißverständnisse noch Friktionen noch unnötige Herausforderungen stattfinden möchten, meinte Mr. Balfour, es gäbe keinen englischen Staatsmann, der diesem Programm nicht freudig beipflichten würde. In England bestünde gegenüber der deutschen wirtschaftlichen Entfaltung kein so intensiver Neid, als viele Deutsche sich einbildeten. England sei zu stark, zu reich, habe auch gegenüber allen anderen Ländern seit langem wirtschaftlich einen zu bedeutenden Vorsprung, als daß es die deutsche Konkurrenz ernstlich zu fürchten brauche.“<sup>26</sup>

Abgesehen von diesen vereinzeltten Gelegenheiten ist die Wettbewerbsfrage während der Bündnisverhandlungen nicht zur Sprache gekommen. Es ist natürlich nicht zu entscheiden, ob nicht der eine oder andere englische Staatsmann die im Volke schon verbreitete Sorge vor der deutschen Konkurrenz teilte und sie nur aus außenpolitischen Gründen einstweilen zurückstellte.<sup>27</sup> Wahrscheinlich ist es nicht. Schon die Tatsache, daß sich der Kampf gegen den deutschen Wettbewerber seit seinen Anfängen in kleinen zersplitterten Gruppen abspielte, daß er

---

26. Aus den Verhandlungen im November 1899. Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. I, S. 318. Der zur Zeit der Bündnisverhandlungen abgefaßte Bericht Bülows in der G. P. (Bd. XIV, S. 413, 24. November 1899) zeigt eine bemerkenswerte Abweichung in der Fassung. Von den Bedenken Balfours über die wirtschaftliche Rivalität ist dort nichts geäußert, im Gegenteil hat Balfour nach diesem Bericht das Verbindende des wirtschaftlichen Aufschwunges stark betont.

27. Die englische Memoirenliteratur der während der Bündnisverhandlungen und später für das deutsch-englische Verhältnis entscheidenden Politiker bringt sehr wenig zur Frage des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Churchill, Loreburn z. B. erwähnen sie gar nicht, Grey deutet sie nur an, um einen Zusammenhang mit politischen Entscheidungen ausdrücklich zurückzuweisen.

kein Zentrum hatte und sich nicht einmal im Parlament ein bedeutender Staatsmann dafür einsetzte, spricht dagegen.

Im Gegenteil läßt sich von mehreren Politikern der Regierungsseite wie der Opposition feststellen, daß sie nicht von der Notwendigkeit von Maßnahmen gegen den Wettbewerb überzeugt waren, sondern ausdrücklich dagegen Stellung nahmen. Salisburys Haltung wird charakterisiert durch einen Ausspruch, den er einmal über die Argumente der Fair-Trader tat: „Upon many points they were agreed, upon many precise. But on those as to which they were agreed they were not precise, while on those as to which they were precise they were not agreed.“<sup>28</sup> Auch Chamberlain suchte die übertriebene Furcht vor dem deutschen Wettbewerb zu zerstreuen: „Es ist Platz für alle da. Ich beneide unsere Nachbarn nicht um den Erfolg.“<sup>29</sup> Seine Bemühungen fanden sogar bei Sir William Harcourt, dem Leiter der Liberalen, Anerkennung. „Ich war sehr erfreut,“ schrieb er am 17. November 1896 an Chamberlain, „daß Sie das unsinnige Schreckgespenst des Ruins unsres Handels durch den deutschen Wettbewerb zertreten haben. Ich habe im vergangenen August reiche Auskunft von Giffen erhalten, die ich zu verwenden gedachte, aber Ihre Darlegung ex cathedra ist überzeugend. Der Schleuderwarenunsinn („catchpennybosh“) „Made in Germany“ ist wirklich Unfug, wie ich in diesem Herbst noch von unserm Konsul in Frankfurt hörte. Unsere weisen Freunde H. Chaplin und H. Vincent scheinen ja endlich ihrem großen Allheilmittel der teuren Lebensmittel näher zu kommen, aber ich kann nicht finden, daß die Verbraucher über eine Verteuerung von 50 0/0 für das Vierpfundbrot sehr erfreut sind.“<sup>30</sup> Balfour wandte sich, wie aus einem andern Briefe Harcourts hervorgeht, ebenfalls

---

28. Jeyes-How, a. a. O. Salisbury war natürlich bekannt, daß die Handelseifersucht in der öffentlichen Meinung schon eine Rolle spielte. Er zog sich gelegentlich dahinter zurück, um Hatzfeldts Drängen nach einer näheren Formulierung der gemeinsamen Interessen auszuweichen, und führte an, die englische Öffentlichkeit würde ein Zusammengehen nicht billigen „wegen der dem englischen Handel sehr nachteiligen kommerziellen Rivalität.“ G. P. 13, 45. 18. 12. 97.

29. Aus einer Rede zu Birmingham, zitiert nach Economist, 24. 10. 96. Die Rede liegt also vor Chamberlains Bündnisinitiative.

30. Gardiner: Harcourt 2, 403/404.

gegen die unsinnige Agitation: „Balfour scheint in Sheffield eine ziemlich vernünftige Rede gehalten und entdeckt zu haben, daß Ausfuhr durch Einfuhr bezahlt wird und daß es erfreulich ist, wenn es den Kunden gut geht.“<sup>31</sup> Das sind Gedanken, die Balfour in diesen Jahren häufig vor der Öffentlichkeit vertreten hat. „Es war für einen so intelligenten Mann unmöglich, die verbreitete Ansicht zu teilen, daß der Erfolg anderer Länder etwas Beklagenswertes wäre. 1901 stellte er sich in New Cross der Auffassung entgegen, daß „irgend eine erfolgreiche Fabrikation, die in irgend einem andern Lande aufkam, eine Art Räuberei am britischen Handel wäre.“ Nicht ärmer würde England, sondern reicher, wenn andere Völker reicher würden.“<sup>32</sup> — Eine Ausnahme machte anscheinend Rosebery. Er trat seit 1896 mit mehreren Inland und Ausland alarmierenden Reden vor die Öffentlichkeit, bezeichnender Weise zu einem Zeitpunkt, als die Regierung an Salisbury übergegangen war und er selbst in der Opposition stand.

Rosebery scheint mit seinen öffentlichen Warnungen vor dem „formidable rival“ unter den englischen Politikern die einzige Ausnahme gebildet zu haben. Im übrigen war die Furcht vor dem wirtschaftlichen Wettbewerb Deutschlands in jenen Jahren eine Angelegenheit der Presse, und ihr mehr oder weniger starkes Hervortreten war deutlich von den politischen Erfordernissen des Tages abhängig. Während der Bündnisverhandlungen hat sie keine Rolle gespielt.

Auch in den folgenden Jahren läßt sich beobachten, daß die englische Politik durch Erwägungen rein politischer Art bestimmt wurde. Die schwierige weltpolitische Lage Englands um die Jahrhundertwende hatte die Erkenntnis gefördert, daß England bei seinen weitausgreifenden Plänen vielleicht nicht noch einmal eine Machtprobe wie den Burenkrieg ohne einen zuverlässigen Bundesgenossen bestehen werde. Als die Verhandlungen mit Deutschland zu scheitern drohten, mehrten sich die Stimmen, die eine Stärkung der britischen Macht von einer politischen Annäherung an Frankreich erwarteten.

---

31. Gardiner: Harcourt 2, 408.

32. Raymond: Balfour, S. 102.

Schon das letzte Stadium der Bündnisverhandlungen lief unter Begleiterscheinungen ab, die über ihre augenblickliche Bedeutung hinaus einen grundsätzlichen Umschwung ankündigten. Im Februar 1901 hatte Lansdowne angefragt, ob Deutschland sich im Falle eines russisch-chinesischen Abkommens über die Mandschurei englischem und japanischem Vorgehen anschließen werde. Da eine Lösung der Frage innerhalb eines allgemeinen politischen Abkommens von England nicht zu erreichen war, erklärte sich Deutschland nicht bereit, eine solche über die Bestimmungen des Jangtse-Abkommens hinausgehende Verpflichtung zu übernehmen. Sachlich war Deutschland im Recht, es war der englischen Regierung bekannt, wenn auch nicht aus der endgültigen Vertragsformel, so doch aus den Verhandlungen darüber, daß Deutschland die Mandschurei von dem Abkommen ausgeschlossen wissen wollte. Trotzdem blieb eine Verstimmung zurück, nicht nur in der englischen Regierung, wo man die Möglichkeit, Deutschland in eine antirussische Front zu bringen, endgültig aufgab und die Bündnisfrage seitdem merklich kühler behandelte, sondern auch im Parlament. Hier herrschte ohnehin starkes Mißtrauen gegen Deutschlands China-politik, und man beschuldigte Deutschland jetzt offen, daß es das Jangtse-Abkommen ausschließlich für sein Streben nach Sonderrechten in seiner Einflußsphäre Schantung benutzen wollte.

Eine weitere Abkühlung brachte die für die Große Politik nicht entscheidende, aber symptomatisch bedeutsame Rede Chamberlains am 25. Oktober. Es löste in Deutschland in allen Schichten eine verständliche Empörung aus, daß Chamberlain behauptete, die Maßnahmen der englischen Heeresleitung im Burenkriege — die Einrichtung der Konzentrationslager hatte überall Haß und Abscheu hervorgerufen — würden übertroffen von dem, was zum Beispiel im deutsch-französischen Kriege geschehen sei. Es ist bezeichnend, daß Chamberlain nichts zu tun für nötig hielt, um den in Deutschland hervorgerufenen Eindruck seiner Rede zu korrigieren. — Nachdem das Bündnisproblem endgültig von beiden Seiten als gescheitert betrachtet wurde, gab es im Januar 1902 wegen dieser Rede Chamberlains noch einen scharfen Konflikt zwischen Bülow und Chamberlain,



der einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Öffentlichkeit beider Länder ausübte.<sup>34</sup>

England ging jetzt mit neuen Mitteln an die Erreichung seiner weltpolitischen Ziele. Es versuchte zunächst eine Schwächung der russischen Front von zwei Seiten aus: durch Verbindung mit dem ostasiatischen Gegner und durch Annäherung an den westeuropäischen Bundesgenossen Rußlands. Als am 30. Januar 1902 das anglo-japanische Bündnis unterzeichnet wurde, durfte die englische Regierung eine weitgehende Entlastung ihrer ostasiatischen Stellung in Rechnung stellen. Gleichzeitig wurde eine Regelung der gesamten kolonialen Differenzen zwischen Frankreich und England in Angriff genommen, und nach zweijährigen diplomatischen Verhandlungen sollte das noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehaltene Ereignis der englisch-französischen Entente der Welt zeigen, daß die englische Regierung neue Bahnen eingeschlagen hatte.

Eine solche Neuorientierung war ohne die Voraussetzung eines entsprechenden Umschwungs in der englischen Öffentlichkeit nicht denkbar. In der Gesellschaft hatte der Gedanke, die traditionelle französische Feindschaft durch freundschaftliche Beziehungen zu ersetzen, schon seit längerer Zeit lebhaftere Unterstützung gefunden, besonders nachdem König Eduard Gelegenheit erhielt, seine Vorliebe für Frankreich zu betätigen. Vor allem in liberalen Kreisen hatte das demokratische Frankreich starke Sympathien.<sup>35</sup> In der breiten Masse besorgte die Presse die Arbeit, das neue Bündnis populär zu machen, und hier trug die vorherrschende antideutsche Stimmung ganz wesentlich zur Erreichung dieses Zieles bei. — In diesem Zusammenhang hat das Motiv der deutsch-englischen Wirtschafts- rivalität, dessen politische Verwendbarkeit während der Transvaalkrise von der Presse entdeckt worden war und das während der Bündnisverhandlungen nur vorübergehend zurücktrat, zum

---

34. Vgl. die Parl. Deb. Am 17. Jan. 1902 gab es zugleich 7 erregte Anfragen über den Chamberlain-Bülow-Zwischenfall und Erkundigungen, ob die englische Regierung sich entschuldigen mußte.

35. So erstrebten Campbell-Bannermann und Asquith Freundschaft mit Frankreich. Auch der Herausgeber des „Manchester Gardian“ Mr. C. P. Schott setzte sich schon früh dafür ein.

zweiten Male Verwendung in Verbindung mit außenpolitischen Zielsetzungen gefunden.

Daß auch die englischen Handelskammern starken Anteil an den frankophilen Strömungen genommen haben, scheint nicht auf Handelseifersucht gegenüber den Deutschen zurückzuführen zu sein. Aus den Erinnerungen von Sir Thomas Barclay geht hervor, daß der für Wirtschaftskreise verständliche Wunsch zugrunde lag, die dem Handel hinderliche Feindschaft zwischen England und Frankreich durch freundschaftlich geregelte Beziehungen zu ersetzen.<sup>36</sup> Barclay hatte die Handelskammern nach anfänglichem Widerstand mit dieser Begründung durch jahrelange Agitation in öffentlichen Reden und in der Presse gewonnen und ihnen den Gedanken einer englisch-französischen Freundschaft und des Abschlusses eines Schiedsgerichtsvertrages nahegebracht. Schon vor Schluß des Jahres 1901 hatte Barclay „praktisch alle Handelskammern der beiden Länder“ überzeugt und „einmütige Entschlieûungen zur Unterstützung des Planes von der Association of Chambers of Commerce des Vereinigten Königreichs und der International Law Association“ erhalten.<sup>37</sup> Als im Frühjahr 1903 der Besuch des Königs in Paris angekündigt wurde, waren die Wege geebnet und die Volksstimmung auf beiden Seiten vorbereitet, und die Arbeit der Handelskammern hatte einen erheblichen Anteil

---

36. Th. Barclay, a. a. O. Barclay, seit 1897 Vizepräsident, dann Präsident der britischen Handelskammer in Paris, versuchte schon in den neunziger Jahren die seit langem sehr schlechten Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu bessern, zunächst durch die Bildung einer franko-schottischen Gesellschaft. Als dann die politischen Ereignisse statt der erhofften Besserung eine Steigerung des Hasses auf beiden Seiten brachten, versuchte Barclay eine Annäherung auf seinem eigenen Gebiet: Er bemühte sich, die englischen Handelskammern für eine Verständigung zu gewinnen. Während Delcassé für Barclays Versuch von vornherein starkes Interesse zeigte, scheint B. von der englischen Regierung in den ersten Jahren keinerlei Unterstützung bekommen zu haben.

37. Neben der Resolution der Association of Chambers of Commerce hatten 27 Handelskammern noch besondere Entschlieûungen zugunsten des Schiedsgerichtsvertrages gesandt. Die Zahl der Trade Unions, die besondere Resolutionen hatten ergehen lassen, betrug 35, und sie vertraten zwei Millionen britischer Arbeiter, (S. 215) ein Beweis, wie weit die Sympathie für Frankreich schon ging. Besondere Zustimmung fand der Verständigungsplan in Leeds, Manchester und Sheffield.

daran gehabt. — Daß bei dieser Arbeit das zugrunde liegende Motiv nicht Handelseifersucht war, geht eindeutig daraus hervor, daß sich Sir Thomas Barclay später ebenso ehrlich, nur in einer politisch weniger günstigen Situation und gehindert durch Londoner Gegeneinwirkungen, für eine deutsch-englische Verständigung eingesetzt hat, und zwar gerade unter Anrufung der „business instincts“ der beiden Länder.<sup>38</sup>

Einen ganz entscheidenden Anteil an der politischen Abkehr von Deutschland aber hatte die Presse, und hier wurde in einigen Blättern der Zusammenhang zwischen der deutsch-englischen Rivalität und der Hinwendung zum Zweibund sehr stark betont. Die „Times“, die noch 1899 erklärten, „daß kein herzliches Einvernehmen zwischen uns (England) und Frankreich möglich war und daß, während wir den deutschen Charakter immer geachtet hatten, wir Frankreich verachten gelernt hatten,“<sup>39</sup> schlugen seit 1901/02 einen auffallend antideutschen Kurs ein. Die persönliche Einstellung des Leiters Chirol<sup>40</sup> und des Berliner Berichterstatters Saunders scheint dabei eine bedeutende Rolle gespielt zu haben. Am nächsten kam den „Times“ in diesem antideutschen Feldzug die Fortnightly Review. Diese bildete zusammen mit der National Review und der Nineteenth Century das Sprachrohr mehrerer internationaler Journalisten. In der Nineteenth Century hetzte jahrelang als Anonymus der Russe Tatitschew gegen Deutschland. In der unter der Leitung I. L. Maxses stehenden National Review verbargen sich die antideutschen Schreiber unter den Decknamen Quirinus und Ultor, in der unter W. L. Courtney stehenden Fortnightly unter Calchas, X, Pollex und Ignotus. Hinter Calchas vermutet Prof. Schieman mit Recht den Imperialisten Garvin.<sup>41</sup> Hinter

---

38. So Barclay S. 266/268. Barclay war sehr ungehalten über die Störungen, die bei jedem seiner Versuche einsetzten. „Während die Leute in London meine Versuche, eine bessere Verständigung mit Deutschland zu erzielen, hintertrieben, fand ich uneingeschränkte Unterstützung im ganzen industriellen England und Schottland.“

39. I. A. Farrer a. a. O. S. 12/13.

40. Vgl. Valentine Chirol, *Fifty Years in a Changing World*.

41. Die Bestätigung dieser Vermutung jetzt in: *The Making of an Editor*, W. L. Courtney 1850—1928, Lo. 1930, S. 161. Auch X, Pollex waren Decknamen für Garvin. G., begeisterter Imperialist, Anhänger Chamberlains, schrieb auch in seinen eigenen Blättern Outlook und Observer gegen

Ignotus stand nach Schiemann der panslawistische Deutschenhetzer Wesselitzky, der Londoner Berichterstatte der „Nowoje Wremja“, die ihrerseits von Frankreich unterstützt wurde. Die Hetze dieser Zeitungen setzte schon während der deutsch-englischen Annäherungsversuche ein. Am 26. April 1898 meldete Hatzfeldt an Hohenlohe, daß in London russische Presseagenten heimlich große Anstrengungen machten, um durch die Londoner Zeitungen jede Bereitschaft einer Annäherung an Deutschland in der englischen Volksmeinung zu zerstören.<sup>42</sup> Diese Hetzarbeit nahm von 1902 an unglaubliche Formen an, und die Entente-Einflüsse waren dabei unverkennbar. In der Fortnightly Review „nehmen von jenem Jahre an anonyme Artikel zu, größtenteils über auswärtige Politik, und nicht selten von Leuten verfaßt, die zu hoch oder zu exponiert gestellt waren, um wünschen zu können, ihre Identität zu verraten. M. Iswolsky schrieb häufig, manchmal unterzeichnend, manchmal nicht.“<sup>43</sup>

Diese Zusammenhänge sind deshalb interessant, weil es gerade diese Zeitungen waren, die die Todfeindschaft Deutschlands und Englands auf Grund ihrer wirtschaftlichen Rivalität betonten. Seit August 1900 erschien in der Fortnightly eine ganze Artikelserie, die aus diesem Grunde den Anschluß an Rußland befürwortete, ebenso in der National Review unter der Signatur „A. B. C. &c.“ Im April 1901 schrieb Ignotus unter der Überschrift „Germany and England“ in der Fortnightly: „Wollen wir es doch deutlich sagen, daß Deutschland das einzige Land in Europa ist, mit dem es für England ganz unmöglich ist, zu einem wirksamen Abkommen zu gelangen, das für beide vorteilhaft ist, und dies nicht aus nationaler Abneigung, sondern aus wirtschaftlicher Notwendigkeit.“ Rußland sei die natürlichste Allianz. Absichten auf Indien habe es nicht. Im selben

---

Deutschland, „und derselbe Geist, wenn nicht dieselbe Feder inspirierten die Artikel, die mit der Unterzeichnung Quirinus und Ultor in der National Review erschienen.“ (Farrer, a. a. O. S. 53).

42. G. P. XIV, 1, S. 226. v. Stumm äußerte am 7. Mai 09 rückschauend zu Hardinge, der Antagonismus sei „zum großen Teil das Produkt einer systematischen Hetzarbeit der Maxse, Harmsworth und Konsorten.“ G. P. 28. Nr. 10304.

43. Courtney, a. a. O. S. 176.



Monat richtete Calchas (Garvin) unter der Überschrift „Will Germany fail?“ Warnungen und Drohungen gegen Deutschland, sich wirtschaftlich nicht weiter auszudehnen, weder zur See noch in Kleinasien. „Nur eins wird Deutschland ein wahres Verständnis für die Lage geben, nämlich der Beweis, daß die Schwierigkeiten zwischen England und Rußland keineswegs unversöhnbar sind und augenblicklich geringer als sie jemals waren“. <sup>44</sup> Von dieser Journalistengruppe wurde also jahrelang das Argument des unversöhnlichen wirtschaftlichen Gegensatzes in die Massen getragen und damit für die Hinwendung zu Frankreich und Rußland Stimmung gemacht. <sup>45</sup> „Jahr um Jahr wurde das instinktive Gefühl der Eifersucht auf unseren hauptsächlich wirtschaftlichen Wettbewerber genährt, während man vollständiges Stillschweigen über die Vorteile bewahrte, die man aus dem wachsenden Handel mit einem gedeihenden Nachbarn genoß.“ <sup>46</sup>

Diese Bemühungen eines großen Teils der Presse, Deutschland als den naturgegebenen Gegner hinzustellen, trafen in diesen Jahren auf einen besonders günstigen Boden. Der Burenkrieg hatte vermehrte Steuerlasten gebracht, Zuckerzoll und Ausfuhrzoll auf Kohle, das Jahr 1902 Getreidezölle, die heftig bekämpft wurden, vor allem auch von der Vertretung der Industriellen und der Arbeiterschaft. Man machte im Unterhaus dagegen geltend, daß Zölle die Wirtschaft nur noch mehr belasten würden, die ohnehin schon zu tun hätte, um sich gegen die amerikanischen und die deutschen Rivalen zu behaupten, und die zum Teil infolge des Burenkrieges noch besonders zurückgekommen wäre. Es mehrten sich die Stimmen, die das

---

44. Der Artikel ist auch sonst aufschlußreich für das Denken dieser ganzen Gruppe, die die Auffassung von dem naturgegebenen Gegensatz verbreitete. Man wird an H. Spencers Konstruktion eines industriellen und eines kriegerischen Staatstypus erinnert, wenn Garvin schreibt: „Die Existenz des Britischen Reiches hängt von der Überlegenheit seines Handels ab, wie die des Kaiserreiches von der Überlegenheit seiner Waffen abhängt.“ Jetzt greift D. die englische Existenz an, indem es in das Gebiet des englischen Wirtschaftsmonopols eindringt, „wo überhaupt kein anderes Land Erfolg haben könnte außer auf unsere Kosten.“

45. Im März 1902 macht' die Fortn. R. scharf gegen das anglo-japanische Bündnis Front. Verbindung mit Rußland ist also das Ziel.

46. Playne, a. a. O. S. 112.

Problem verschieben wollten und Steuerbelastung und wachsende Arbeitslosigkeit — zum großen Teil eine Folge des Burenkrieges — mit einem Schlage dadurch zu beseitigen hofften, daß man die ausländischen Fertigwaren besteuerte. Das „Tax the Foreigner“ erhielt jetzt in Parlament und Presse zuerst stärkere Resonanz.<sup>47</sup> „Ob zu Recht oder zu Unrecht, ein Teil der britischen Meinung hielt den deutschen Wettbewerb für verantwortlich für den Niedergang des britischen Exporthandels und die wachsende Arbeitslosigkeit, die sich nach dem Burenkriege zeigten.“<sup>48</sup> Unter diesen Umständen mußte das Bemühen eines Teiles der Presse, Deutschland als den für alles verantwortlichen Wirtschaftsrivalen hinzustellen und den deutsch-englischen Gegensatz als naturgegebene Feindschaft aufzuzeigen, von Erfolg sein.

Eine konkrete Grundlage erhielten die allgemein gehaltenen und nie durch einzelne Beispiele der kommerziellen oder industriellen Entwicklung belegten Argumentationen der Presse in diesen Jahren durch einige besondere wirtschaftliche Erfolge Deutschlands. 1903 wurde der englischen Öffentlichkeit die Bedeutung des Bagdadbahnbaues zum ersten Male voll zum Bewußtsein gebracht. Der Widerstand in England hatte sich bis jetzt auf einige interessierte Kreise beschränkt, die ihre älteren Rechte in Vorderasien bedroht fühlten. Die englische Regierung stand dem Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei aus außenpolitischen Gründen teilweise sogar freundlich gegenüber, aus dem Wunsche heraus, Deutschland in eine anti-russische Front zu bringen. Dazu schien nicht einmal sicher, daß Deutschland sein Ziel überhaupt jemals erreichen würde. — Der Umschwung vollzog sich auch hier in den für das deutsch-englische Verhältnis entscheidenden Jahren 1901/1903. Zwar kam die englische Regierung in dieser Zeit zu der Erkenntnis, daß der Bahnbau trotz der jahrelangen geheimen englischen Unterminierungsarbeit von der deutschen Kapitalkraft doch wohl bewältigt werden würde, und sie befaßte sich daher jetzt ernstlich mit dem Gedanken der Beteiligung. In der Presse aber

---

47. Vgl. zur Haltung des Unterhauses zu diesen Fragen Parl. Deb. 20. Mai 01, 14. April und 25. Juni 02.

48. B. E. Schmitt, *The Coming of the War*, S. 70.

und besonders auch im Parlament<sup>49</sup> erregte dieser Plan einen Sturm der Entrüstung, der Balfour am 23. April 1903 zu einem entschiedenen Rückzug nötigte. Die Genugtuung, mit der dieser Schritt bei Konservativen und Liberalen aufgenommen wurde, zeigt sehr deutlich, wie grundsätzlich die Opposition gegen Deutschland in den letzten beiden Jahren schon geworden war.<sup>50</sup>

Das zweite Moment, das die nationale Eifersucht auf Deutschland als Wirtschaftsmacht steigerte, war die Entwicklung in der Handelsschifffahrt. Zwar war die absolute Überlegenheit Englands immer noch so gewaltig, daß man aus dem aufstrebenden Wettbewerb anderer Völker nicht gut eine nationale Prestigefrage machen konnte. Aber doch spürten englische Schifffahrtskreise den deutschen und amerikanischen Wettbewerb in verschiedenen Zweigen des Geschäfts, besonders in Zeiten des Überangebots. Die deutsche Handelsflotte, die durch die Konzentration auf sehr wenige deutsche Häfen günstige Bedingungen hatte, machte sich zum Beispiel im atlantischen Verkehr sehr bemerkbar. Der Anstoß für eine Erörterung der Entwicklung der englischen Handelsschifffahrt in der breiteren Öffentlichkeit kam aber erst, als es dem amerikanischen Morgan-Trust gelang, die Mehrzahl der Aktien der englischen Schifffahrtslinien in seine Hände zu bringen. Der Vertrag erregte ungeheures Aufsehen, und die Zeitungen prophezeiten, daß die britische Flagge von den Meeren verschwinden werde. Der etwas früher abgeschlossene deutsch-amerikanische Vertrag wurde viel erörtert.<sup>51</sup> Man bewies an Hand

---

49. Im Unterhaus vertrat Mr. Gibson Bowles die Interessen der in Vorderasien vertretenen englischen Wirtschaftskreise. Bowles zeichnete sich hier schon seit Jahren als berufsmäßiger Deutschenhetzer aus. Auch in der Presse scheinen diese Elemente eine Rolle gespielt zu haben, die aus geschäftlichen Gründen eine deutsch-englische Einigung hintertrieben.

50. Die Bagdadbahn ist hier nur als Stimmungsmoment gestreift. Die politische Seite dieses wirtschaftlich und politisch stark verflochtenen Problems ist bereits untersucht. Vgl. E. M. Earle; *Turkey, the Great Powers and the Bagdad-Railway*, H. Holborn: Deutschland und die Türkei.

51. Die englischen Handelskreise scheinen an der Erregung der nationalen Leidenschaften keinerlei Interesse gehabt zu haben. Eine Unterstützung der Schifffahrtskreise zu fördern, lag ihnen schon deshalb fern, weil diese durch Ringbildung die Preise hochhielten. — Auch der Economist beutete die Sache nicht nationalistisch aus. Er schrieb am 26. April 02: Warum die britischen und die deutschen Gesellschaften nicht zu einem Ab-

prozentualer Vergleichszahlen das stärkere Wachstum der Wettbewerber und den Niedergang der englischen Schifffahrt und klagte die deutsche Regierung an, die durch ihre Subsidien den unfairen Wettbewerb stütze. Den Reedern konnte die Erregung der nationalen Leidenschaften nur recht sein, weil sie darin eine Unterstützung fanden. So berichtete Ballin: „In England hat sich eine sehr fatale Konstellation ergeben, welche sich auf die nationale Erregung aufbaut. Sir Alfred Jones und Sir Christopher Furness verstehen diese Erregung zu benutzen, um die Lasten, welche sie mit ihrem großen Schiffsmaterial in diesen schlechten Zeiten haben, auf die Schultern der englischen Nation abzuwälzen. Auch hat der König von England eine ungewöhnlich energische Anteilnahme in letzter Zeit bekundet, welche erkennen läßt, daß den Herren in England viel unangenehmer als der Übergang der verschiedenen Reedereien in amerikanischen Besitz noch der Umstand ist, daß die deutschen Linien so gut abgeschnitten haben.“<sup>52</sup> Die Regierung ergriff daraufhin Maßnahmen „in response to the silly clamour of hysterical newspapers“<sup>53</sup> zur Unterstützung der Cunard-Line, um wenigstens diese Linie von dem Morgan-Trust fernzuhalten. Es stellte sich später heraus, daß die englischen Befürchtungen sowohl in Hinsicht der wirtschaftlichen Nachteile, wie auch der Prestigeverluste, die das Morgan-Abkommen haben konnte, stark übertrieben waren. Besonders nachdem der Leiter der White-Star-Line Mr. Ismay in die Direktion des Trusts berufen wurde, war für die englischen Interessen genügend gesorgt.

Aber als Stimmungsmoment hatten die Alarmrufe über den Niedergang der britischen Handelsschifffahrt bereits ihre Wirkung getan. Sie trugen zusammen mit der Hetze gegen die Bagdadbahn und den Angriffen gegen die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in der Presse überhaupt, mit der aus erhöhter Besteuerung und wachsender Arbeitslosigkeit entstandenen Mißstimmung dazu bei, den Boden für entscheidende politische Ver-

---

kommen untereinander kommen konnten ohne das Dazwischentreten des Morgan-Syndikats, ist schwer einzusehen.

52. Am 5. Juni 1902. Huldermann: Ballin, S. 87.

53. Economist 18. Okt. 02.



änderungen vorzubereiten. „Commercial Rivalry“ wurde ein Begriff, in dem sich der Eindruck von Deutschlands wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Entwicklung mischte mit der Furcht, daß Deutschland diese Erfolge für seine machtpolitische Stellung ausnützen werde.<sup>54</sup> Es schien, daß die vielen Strömungen, die in einem Volk einander kreuzen, hier einmal auf einen Punkt zutrieben: politische wie wirtschaftliche Ereignisse und mehr noch Stimmungen ließen Deutschland als den eigentlichen Gegner erscheinen, gegen dessen Macht man Gegengewichte schaffen mußte. All diese Momente waren geeignet, einerseits die außenpolitische Wendung zur Entente populärer zu machen,<sup>55</sup> andererseits schufen sie einen günstigen Untergrund für Chamberlains Programm, die Kräfte des Mutterlandes und der Kolonien zusammenzuschmieden. Old England mußte verjüngt werden durch eine neue und feste Verbindung mit seinen Kolonien.

### III. Die deutsch-englische Wirtschafts rivalität in der imperialistischen Schutzzollpolitik Chamberlains.

#### 1. Ursachen und Anfänge der Bewegung.

In den Jahren bis zur Jahrhundertwende, in denen die deutsche wirtschaftliche Entwicklung einen ungleich stärkeren

---

54. Diesem Eindruck allgemeiner Unsicherheit gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands scheint auch König Eduard erlegen zu sein. Kronprinz Wilhelm erzählt in seinen Erinnerungen, daß König Eduard öfter von dieser Frage gesprochen habe und „seine Sorge darüber ausgedrückt, daß die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands eines Tages zum Zusammenstoße mit England führen würde. 'There must be put a stop to it,' sagte er bei solcher Gelegenheit“. (S. 77) Der Kronprinz redet von Eduards „wirtschaftlicher Einkreisung.“ Daß diese Äußerungen, wenn sie so gefallen sind, sich auf eine sachliche Betrachtung der Entwicklung in Handel und Industrie bezogen, ist schwer vorstellbar. Inwiefern konnte Deutschland hier „put a stop to it“? An diese Möglichkeit kann der König ernstlich nicht gedacht haben.

55. Vgl. dazu die zweite Lesung der Anglo-French Convention Bill am 1. Juni 04. Sir Albert Rollit äußerte: „Nicht nur sind Frankreich und England enge Nachbarn, sondern im Handel stehen sie weit mehr in den Beziehungen von gegenseitigen Kunden als von Wettbewerbern wie im Falle von England und Deutschland.“ (In Wirklichkeit waren Deutschland und England einander die besten Kunden, nicht nur Wettbewerber.) Der Vertrag wurde bei Liberalen wie bei Konservativen fast einmütig begrüßt.

Aufschwung als die englische nahm, hatte sich kein einflußreicher Staatsmann gefunden, der sich für die Sorgen bedrängter britischer Wirtschaftskreise eingesetzt hätte. Im neuen Jahrhundert, als die Kurven der Aufwärtsbewegung der deutschen und der englischen Entwicklung annähernd parallel gingen, fanden diese Kreise einen bedeutsamen Mittelpunkt und einen begeisterten Vorkämpfer in Joseph Chamberlain, dem Staatsmann, der in England stärksten Einfluß hatte und größtes Ansehen genoß.

„Am 15. Mai 1903 ereignete sich der sensationellste Frontwechsel in Mr. Chamberlains aufregender Laufbahn.“<sup>1</sup> Nur wenige waren eingeweiht, als Chamberlain zum ersten Mal in öffentlicher Rede für eine neue Zollpolitik eintrat, für Vorzugszölle im Verkehr mit den Kolonien und zu diesem Zwecke für einen Zolltarif für das Mutterland, mit dem man gleichzeitig die heimischen Industrien zu schützen gedachte. Für die meisten war Chamberlains Plan eine völlige Überraschung, und die verschiedensten Mutmaßungen tauchten auf, die Ursachen dieses plötzlichen Wechsels zu ergründen. War es persönlicher Ehrgeiz, eine Rolle zu spielen, nachdem Balfour ihm den Weg zum Premier verbaut hatte? Oder wollte er die Aufmerksamkeit von den in vielen Kreisen als zweifelhaft angesehenen südafrikanischen Erfolgen ablenken? War es ein Finanzmanöver, um Geld für die oft versprochenen sozialen Reformen zu bekommen? Am besten charakterisiert er sich vielleicht selbst, wenn er von sich sagt: „I am a political visionary, I dream dreams of empire, my waking thoughts are taken up with it.“ Für diesen dream of empire bog er jetzt mit großartiger Einseitigkeit alle seine bisherigen politischen Pläne in den neuen großen Gedanken um.<sup>2</sup> Es ist bezeichnend, daß in all den Reden

---

1. Mackintosh: Chamberlain, S. 264. Vgl. Mackintosh auch für die folgenden Ausführungen.

2. Garvin versucht in seiner Biographie Chamberlains, von der bis 1932 zwei Bände erschienen waren, glaubhaft zu machen, daß viele der Ideen, die Chamberlain vertrat, schon früh in ihm gelegen hätten, daß eine kontinuierliche Entwicklung stattgefunden hätte, nicht ein Schwanken von einem Extrem zum andern, wie man es oft dargestellt findet. So meint Garvin auch, daß Chamberlain schon in den achtziger Jahren, als er Churchill und die Fair-Trader bekämpfte, Zweifel an der Richtigkeit des Free-Trade-Prinzips gehabt hätte. Als Beleg führt Garvin (Bd. II, 122, Fußnote) an: „Remembered from his own conversations with the present writer.“

und Vermutungen um seine Gründe nicht der Gedanke eine selbstverständliche Rolle spielte, daß Chamberlain sich zum Anwalt der Beseitigung eines nationalen Übels machte, daß die von der deutschen Konkurrenz bedrohte Wirtschaft zwangsläufig diesen Ausweg eines zollpolitischen Zusammenschlusses suchen mußte.

Wenn man Chamberlain 1903 allgemein einen auffälligen Gesinnungswechsel vorwarf, so entsprach das nicht ganz den Tatsachen. Der Anwalt der bedrohten englischen Industrie war er zwar bisher nicht gewesen, aber schon seit seinem Einzug in das Kolonialministerium im letzten Kabinett Salisbury hatte er sich zum entschiedenen Vertreter aller kolonialen und nationalen Wünsche nach einer näheren Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien gemacht. Wie wir sahen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen, denn noch in diesen Jahren hatte er in öffentlichen Reden betont, daß „Platz für alle“ da wäre. Es waren neben den wirtschaftlichen vielmehr starke stimmungsmäßige Motive, die den Gedanken des britischen Imperiums gebildet hatten, den Chamberlain jetzt in die Wirklichkeit umsetzen wollte.

Die Wurzeln der Imperiumsidee sind in einer Zeit zu suchen, als die deutsche wirtschaftliche Entwicklung noch keinen beachtenswerten Faktor in der Welt bildete. Man hatte das Aufsteigen junger Nationen auf dem Kontinent zu völkischer Einheit und staatlicher Kraft erlebt, man sah, daß England ihnen weder an Volkszahl noch an natürlichen Reichtümern, sondern nur durch die Gunst geschichtlicher Entwicklung vorläufig überlegen war. Man sah das gewaltige Wachstum der Staaten jenseits des Ozeans, die in ihren reichen territorial geschlossenen Gebieten Entwicklungsmöglichkeiten hatten, die noch gar nicht abzuschätzen waren. Konnte es nicht sein, daß der geschichtlich bedingte Vorsprung eines Tages von großen noch unentwickelten Staaten wie Rußland oder Amerika oder von jungen, erst spät zu staatlicher Einheit gelangten Völkern wie Deutschland aufgeholt wurde? Mußte man nicht alle Kräfte zusammenfassen, um so mehr als zu England selbst ja zukunftsreiche Länder gehörten, die man nur fester mit dem Mutterland verbinden mußte? Schon seit den achtziger Jahren mehrten sich in Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Dichtung die

Stimmen, die daran erinnerten. Es waren Pläne, die aus einer unbestimmten Unsicherheit einen Weg suchen wollten und Widerhall fanden in vielen Kreisen. Schon die Fair-Trade-Bewegung hatte diese Gedanken und Stimmungen in sich aufgenommen, aber es gehörte ein Mann wie Chamberlain dazu, um der Idee politische Stoßkraft zu geben.

Chamberlain stand seit Jahren in der vordersten Reihe der britischen Imperialisten. Sein Anteil an der Eingliederung Südafrikas in das britische Imperium war noch in frischem Gedächtnis und beleuchtete, daß Chamberlain seine imperialen Aufgaben nicht nur im Zusammenschluß, sondern auch in Abundung und Neuerwerb britischer Besitzungen sah.<sup>3</sup>

Ursprünglich stand für Chamberlain der Plan der gemeinsamen Reichsverteidigung im Vordergrund, erst als sich auf den Kolonialkonferenzen zeigte, wie stark die Einwendungen dagegen waren, verschob sich das Gewicht auf die kommerzielle Einigung, und Chamberlain bog die schon seit 1887 seitens der Kolonien ergangenen Anregungen nach einer Vorzugsbehandlung auf dem unter dem Freihandel aufgeblühten englischen Markte in den Gedanken eines größer-britischen Zollvereins um. — Diese Pläne, die außer von kanadischen Staatsmännern besonders von Cecil Rhodes vertreten worden waren, fanden jedoch in der Chamberlainschen Formulierung im Mutterland wie in den Kolonien so starken Widerstand, daß man vorläufig auf die Bekanntgabe von Einzelheiten der Durchführung verzichtete, zumal die folgenden Jahre unter dem Zeichen einer starken außenpolitischen Belastung standen.

Man versuchte zunächst unter Chamberlains Führung, mit kleineren Mitteln die Glieder des Imperiums fester aneinander zu schmieden, durch regelmäßige Konferenzen, erleichterte Verkehrsbedingungen, durch eine verbreitete Propaganda für die

---

3. Aus einer Rede am 18. Januar 1898: „I hold that we have a three-fold duty. In the first place to keep what rightly belongs to us, in the second place to peg our claims for posterity, and in the third place, if any one tries to rush these claims, gently to prevent them.“ (Nach einem für die Auffassung der Gegenseite bezeichnenden Artikel von Lord Farrer: Does Trade follow the Flag? Contemp. Rev. Dezember 1898. Die Überschrift scheint auf den Sat.-Rev.-Artikel vom 11. September 1897 Bezug zu nehmen.)



wirtschaftlichen, hygienischen, kulturellen Lebensfragen der Kolonien. Eine wichtige Rolle spielten die Finanzbeziehungen. Viele koloniale Kapitalanlagen wurden in die Trustee Stocks einbezogen, die Kolonien erhielten so für Regierungsanleihen, Eisenbahn usw. einen billigen Kapitalmarkt, und die Anlage von Kapital in den Kolonien stieg. Dazu wurde der imperiale Handel entwickelt. Besondere Handelsattachés wurden zu diesem Zwecke ernannt. Die Bestrebungen zur Ausschließung des fremden Handels in den Kolonien richteten sich stark gegen die amerikanische Konkurrenz, zum Teil aber auch gegen die deutsche.<sup>4</sup> Diese Maßnahmen ließen sich kaum mit wirtschaftlichen Gründen motivieren. Die Verteilung der englischen und der deutschen Einfuhr in die Kolonien, (vgl. Übersicht S. 11 für 1902) die im Verhältnis 1 : 10 stand, zeigt, daß die Bedeutung des britischen imperialen Güteraustausches auch ohne künstliche Nachhilfe sehr groß war. Und wenn einzelne Kolonien als Märkte für die englische Ausfuhr zurückgingen, so lag das oft nicht einmal daran, daß fremde Länder glücklicher waren, sondern an dem größeren Güteraustausch unter den Kolonien selbst.<sup>5</sup>

---

4. Parl. Deb. 18. Juni 1900 eine charakteristische Anfrage Sir Howard Vincents: Die ostindische Eisenbahngesellschaft hat Aufträge für Räder und Achsen nach Deutschland anstatt nach Sheffield gegeben. Wird wenigstens der Transport von britischen Schiffen bewirkt? Die Antwort des Staatssekretärs für Indien: Im allgemeinen wird englischen Fabrikaten der Vorzug gegeben. In diesem Falle aber war der Preisunterschied in Krupps Angebot und dem niedrigsten englischen Angebot so groß, daß es unmöglich war, an der üblichen Praxis festzuhalten. Vgl. auch Kiliani, a. a. O. S. 11. „In den Straits Settlements z. B. mit ihrem großartigen Minen- und Plantagenbetrieb waren die deutschen Maschinen plötzlich „zu kompliziert“, „zu kostspielig für den farbigen Mann,“ und als dies nicht mehr verfiel, wurde die Bevölkerung unter der Hand verständigt, daß es sich nicht gezieme, „des Feindes“ Erzeugnisse zu kaufen. Mit dem letzteren Argument wurden auch die Minister der großen britischen Außenbesitzungen auf den Kolonialkonferenzen in London bearbeitet, was zur Folge hatte, daß wir bei den öffentlichen Lieferungen in der Übersee, namentlich der Kommunen, ausdrücklich ausgeschlossen wurden, („no Germans need apply“) ebenso in Indien, wo man uns häufig zwar anfangs mitkonkurrieren ließ, uns dann aber ausschaltete und die von unseren Häusern eingereichten Pläne der britischen Konkurrenz mitteilte.“ Usw., Quelle und Zeitpunkt dieser Äußerungen bei Kiliani nicht angegeben.

5. Vgl. das Beispiel des Economist vom 7. Dezember 1895 für die Jahre 1883—1893.

Der erste entscheidende Schritt ging denn auch nicht von den heimischen Industrie- und Handelsinteressen aus, sondern von Kanada. Dieses Land verlangte schon seit Jahren eine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Vorzugsbehandlung auf dem englischen Markte. Auf der Konferenz von Ottawa 1894 kam dieser Wunsch lebhaft zum Ausdruck. Kanada war dagegen bereit, der englischen Einfuhr Vorzugszölle zu gewähren und führte diese Absicht 1897 aus. Notwendig wurde jetzt die Kündigung der entgegenstehenden Handelsverträge Großbritanniens mit Deutschland und Belgien, die diesen Ländern die Meistbegünstigung auf britischen Märkten garantierten. Die Imperialisten in Unterhaus und Presse verstärkten zugunsten der Kündigung die Propaganda, die sie schon seit Jahren geführt hatten, bis am 30. Juli 1897 die Kündigung erfolgte. Es blieb also jetzt für das Mutterland die Aufgabe der Einführung eines allgemeinen Zolles, um die Wünsche der Kolonien nach Vorzugszöllen befriedigen zu können. Das schwierigste Stück dieser Aufgabe, die Einführung eines Kornzolles, schien durch den Burenkrieg seiner Verwirklichung näher zu kommen, der aus finanziellen Gründen Kornzölle gebracht hatte. Als es sich nach dem Kriege darum handelte, diese Zölle aufzuheben, befürwortete Chamberlain, sie für die fremden Länder stehen zu lassen. Der Plan scheiterte am Widerstande Ritchies, der als überzeugter Freihändler mit dem Rücktritt drohte. Das Kabinett, ursprünglich Chamberlains Plänen geneigt, wünschte keine Kabinettskrise und ließ die Anregung fallen. Als Chamberlain von seiner südafrikanischen Reise zurückkehrte, war keine Hoffnung mehr, auf diesem unauffälligen Wege Vorzugszölle zu erhalten. Ihm blieb nur noch der Weg, die Frage vor das Land zu bringen.

Diese Pläne erhielten von vornherein dadurch eine deutschfeindliche Spitze, daß Chamberlain in seinen Reden geschickt die Schwierigkeiten benutzte, die sich aus der Kündigung des Handelsvertrages für das deutsch-kanadische und das deutsch-englische Verhältnis ergeben hatten. Mit der Aufhebung des Handelsvertrages und der Gewährung von Vorzugstarifen für England hatte Deutschland seine Stellung als meistbegünstigte Nation in Kanada verloren und schloß seinerseits Kanada von

der Meistbegünstigung aus, die es dem britischen Reiche auf seinen Märkten gewährte. Jahrelang hatte man in freundschaftlichen Verhandlungen einen *modus vivendi* gefunden, jetzt entdeckte man plötzlich die Feindseligkeit, die in Deutschlands Vorgehen gegenüber Kanada lag, und leitete daraus die Notwendigkeit ab, die Kolonien vor ähnlichen Gewaltmaßnahmen durch ein engeres Band mit dem Mutterland zu schützen. Chamberlains Anhänger schlugen in Parlament und Presse außerordentlich deutschfeindliche Töne an.<sup>6</sup> Diese rein taktische Art, die Zolldifferenzen auszuspielen, ist bezeichnend für die Sorglosigkeit, mit der man die Haltung der englischen Öffentlichkeit Deutschland gegenüber und die Möglichkeiten, die deutschfeindliche Stimmung zu verschärfen, in diesen Jahren schon betrachtete.

Wenn Chamberlain sein Ziel mit Hilfe von Präferenzzöllen zu erreichen hoffte, so war dies dasselbe Mittel, das früher von den Fair-Tradern propagiert worden war. Auch sie hatten geglaubt, dadurch gleichzeitig die enge Verbindung der Glieder des Imperiums und den Schutz der heimischen Wirtschaftsinteressen zu erreichen. Und wie bei ihnen bestand auch bei Chamberlain zwischen der imperialen und der nationalen Seite des Planes eine tiefe Kluft. Während die Industrien des Mutterlandes ein Interesse daran hatten, ihre Industrieprodukte frei in die Kolonien einzuführen, dachten die Kolonien nicht daran, auf den Schutz zu verzichten, den sie für ihre jungen Industrien gegenüber dem Mutterlande notwendig brauchten. Sie hatten vielmehr ein Interesse daran, ihre Nahrungsmittel und Rohstoffe zu Vorzugstarifen in England abzusetzen, während ein allgemeiner Zoll gerade auf diese Produkte für die englische Wirtschaft untragbar war.

Als Chamberlain seinen Schutzzollfeldzug unternahm, standen also nicht ausschließlich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Vordergrund, die Bewegung war vielmehr abhängig von gewissen „partei politischen, imperialistischen, sozialpolitischen und machtpolitischen Stimmungen und Strömungen.“<sup>7</sup> Als Beweis dafür, daß England sich durch die aus-

---

6. Vgl. Parl. Deb. 28. Mai und 23. Juli 1903.

7. H. Levy: Die treibenden Kräfte der englischen Schutzzollbewegung.

ländische Konkurrenz so stark bedroht fühlte, daß es zwangsläufig auf diesen Weg kommen mußte, ist der Beginn der Schutzzollbewegung nicht anzusehen,<sup>8</sup> wenn auch dieser Zusammenhang in Deutschland früher viel angenommen wurde. In den Methoden wurde die deutsch-englische Spannung allerdings bedenkenlos ausgespielt, in der Zielsetzung war die Schutzzollbewegung imperialistischer Natur. Die deutsche wirtschaftliche Entwicklung traf schon in ihren bescheidenen Anfängen auf eine von imperialistischen Spannungen, von Kampf um Räume erfüllte Welt, und sie ist nur eine unter vielen Ursachen gewesen, daß diese Räume nun auch als Märkte gewertet wurden.

## 2. Der Übergang zum reinen Protektionismus: der deutsche Wettbewerb im Vordergrund der Agitation.

Chamberlain teilte auch das mit seinen Vorläufern, den Fair-Tradern, daß sich kein hervorragendes Mitglied der Regierung für ihn einsetzte und besonders die imperiale Seite seines Planes heftigsten Widerspruch hervorrief. Er fand zunächst nicht einmal in seinen eigenen Reihen unbedingte Gefolgschaft, und die Liberalen sagten ihm sofort heftige Fehde an. Sie griffen seine Pläne da an, wo sie am verwundbarsten waren, an der Nahrungsmittelbesteuerung. Das Parlament wurde der Schauplatz leidenschaftlicher Debatten. Es begann ein Ringen um Balfour. Neigte er sich Chamberlain zu oder blieb er den freihändlerischen Lehren treu? Balfour selbst kam der ganze Plan zweifellos ungelegen. Mit großen Fragen der auswärtigen Politik beschäftigt, an einem Zeitpunkt, da die britische Politik

---

8. Die tatsächlichen Zusammenhänge waren den englischen Politikern zum Teil wohl bewußt. W. S. Blunt verzeichnet ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Irland George Wyndham, der selbst zu den Imperialisten zählte: „Er vertraute mir seine Auffassung über die Zollreform an. Er meint, daß Chamberlain die Bedeutung der Kolonien, besonders Australiens, sinnlos übertrieben hat. ... Wir brauchen sie zur Zeit überhaupt noch nicht in Betracht zu ziehen, nur Kanada braucht beachtet zu werden. ... Die Lage Kanadas muß im Zusammenhang mit den Vereinigten Staaten betrachtet werden, die die einzige Weltmacht sind, die wahrscheinlich mit uns in Wettbewerb tritt. Deutschland und Frankreich brauchen uns als Rivalen keine Sorge zu machen.“ Blunt, a. a. O. II, 70.



in grundsätzlich andere Bahnen lenkte, war Balfour jetzt am wenigsten geneigt, durch eine bestimmte Stellungnahme den Gegnern Möglichkeiten zum Angriff zu geben und die Übertragung der Leitung des Staatsschiffes an die liberale Partei zu wagen. Dazu war er seiner Natur nach nicht geneigt, sich bedingungslos der einen oder der andern Seite zu verschreiben. Er wußte sehr wohl und hatte es oft genug ausgesprochen, daß Ausfuhr durch Einfuhr kompensiert wird und hohe Einfuhrzahlen nicht unbedingt ein böses Zeichen sein müssen. Andererseits wünschte er ein Mittel zu besitzen, das er gegebenenfalls zu Verhandlungszwecken oder zur „retaliation“ verwenden konnte, wenn britischen Waren auf einem Markte besondere Schwierigkeiten gemacht würden. — So suchte er zu vermitteln. Er erfand die Formel der „inquiry“ und behauptete, ohne eine umfassende Untersuchung könnte man nichts unternehmen. Um weiter Zeit zu gewinnen, zwang er im Herbst 1903 eine Kabinettskrise herbei, die das Kabinett von den radikalen Mitgliedern beider Richtungen befreite und größere Bewegungsfreiheit sicherte. Später blieb er dem Parlament einfach fern, ließ die Gegner Beschlüsse fassen, so viel sie wollten, und verhinderte jeden Kampf dadurch, daß er sich gar nicht erst auf eine Diskussion einließ. Es waren drei Jahre mühsam bewahrter Führung, die den Kurs nach außen hin zwar sicherten, nach innen hin den Riß aber immer weiter machten, denn immer leidenschaftlicher wurde der Kampf, und immer weitere Kreise ergriff er.

Chamberlain begann inzwischen seinen großen Feldzug vor der Wählerschaft, nachdem er das Kabinett verlassen hatte, um sich Bewegungsfreiheit zu sichern. Zunächst legte er stärkstes Gewicht auf die imperiale Seite des Planes, der seine eigentliche Arbeit galt. Er verwies mit Vorliebe darauf, daß auch in Deutschland der staatlichen Einigung eine zollpolitische vorgegangen wäre, er berief sich auf List, er predigte seine Überzeugung, daß das britische Reich auf demselben Wege geeint werden müßte. — Um gerade für die breiten Massen die dazu nötig werdende Lebensmittelbesteuerung weniger fühlbar werden zu lassen, erklärten er und seine Anhänger, daß die aus der Zollerhebung entstehenden Einkünfte zur Erleichterung von

Steuerlasten und zu der lange versprochenen Altersrentenversorgung dienen sollten.

Sehr bald aber sah Chamberlain, daß trotz all dieser Bemühungen der erste Teil seines Programms, „food tax,“ überall auf heftigsten Widerstand stieß. „Im Laufe des Sommers 1903 fanden zwei Nachwahlen statt, und jedesmal wurde Mr. Chamberlains Kandidat geschlagen, und zwar lauteten die Berichte der Wahlagenten ungünstig über die Nahrungsmittelbesteuerung.“<sup>9</sup> In der Baumwollindustrie Lancashires zeigte sich sofort schärfste Gegnerschaft, eine Konferenz von Arbeitgebern und Arbeitern faßte folgende Resolution: „Die Konferenz der Parlamentarischen Vereinigung der Baumwollfabrikanten und der Genossenschaft der Vereinigten Tuchfabrikarbeiter, die als Arbeitgeber und Arbeitnehmer die gesamte Baumwollenindustrie repräsentieren, ist fest überzeugt, daß die große Baumwollenindustrie des V. K. ihre hervorragende Stellung der Freihandelspolitik verdankt und nur durch dieselbe aufrecht erhalten werden kann, und verpflichtet sich hierdurch, mit allen Kräften jedem Vorschlage Widerstand zu leisten, der durch die Besteuerung von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien und die sich daraus ergebende Erhöhung der Produktions- und Lebensmittelposten bewirken müßte, daß die Baumwollenindustrie in dem bereits schweren Kampfe lahmgelegt wird, den sie zur Aufrechterhaltung ihrer Stellung auf fremden Märkten, durch welche 80 % ihrer Erzeugnisse verbraucht werden, zu bestehen hat.“<sup>10</sup> Massenversammlungen protestierten gegen Chamberlains Pläne, in der unionistischen Partei spalteten sich die Unionist Free Traders ab, einige unionistische Zeitungen, darunter der Spectator, verweigerten dem Führer die Gefolgschaft.<sup>11</sup>

Schon im Laufe des ersten Sommers kann man daher bemerken, wie die impériale Seite des Programms, die Zölle auf Nahrungsmittel und Rohmaterial voraussetzte, mehr und mehr

---

9. Hamilton, S. 321.

10. Schulthess, 21. Juli 1903.

11. In unzähligen Parlamentsdebatten gab es heftige Angriffe und leidenschaftliche Verteidigung. Vgl. z. B. Parl. Deb. vom 28. Mai 1903, 8. 9. Februar 1904 oder 12. März 1906.

zurücktrat, wie Chamberlain vielmehr den Schwerpunkt seiner Polemik auf die Forderung eines Zolles auf Fertigwaren legte. „Allmählich zeigte seine Propaganda eine Tendenz, sich von großen imperialen Zielen zu reinem Schutzzoll zu wenden.“<sup>12</sup> Er ging gewissermaßen in der Richtung des geringsten Widerstandes vor, wenn er die imperiale Seite vernachlässigte und immer leidenschaftlicher seinen Glauben predigte, daß die englischen Industrien von den deutschen ruiniert würden. Mehr und mehr wurde also der deutsche Wettbewerb verantwortlich gemacht für alle Schäden, die in irgend einem Zweige der britischen Industrie in Erscheinung traten. Es ist eine Veränderung, die sich in Chamberlains Reden deutlich verfolgen läßt. Anfangs wurde der Schutz der Industrien kaum gestreift, aber schon im Laufe des ersten Sommers drehte sich das Verhältnis um. Die Kolonien wurden kaum erwähnt, die Gefahren des ausländischen Wettbewerbs breit geschildert. „Der Ackerbau,“ rief er am 7. Oktober 1903 in Greenock aus, „das größte aller Gewerbe dieses Landes, ist praktisch zerstört, Zucker (die Industrie Greenocks) ist hin, Seide ist hin, Eisen ist bedroht, Wolle ist bedroht, die Baumwolle wird verschwinden! Wie lange wollt Ihr es noch ertragen?“ In dieser Art zog er drei Jahre lang durch das Land. Ob es sich um Gewerkschaften handelte oder um Baumwollhändler, um Liverpoolscher Schiffahrtsmagnaten oder um die Arbeiter des Londoner Ostens, immer bewies er ihnen haargenau, daß gerade ihre Industrie „ruined“ war und durch eine Zollmauer geschützt werden mußte.<sup>13</sup>

Da die Statistik der letzten Jahre bei dem besten Willen nicht für den Beweis des Untergangs der britischen Wirtschaft zu benutzen war, pflegte Chamberlain mit Verhältniszahlen den deutschen Vorsprung klarzumachen. Die schutzzöllnerische Presse operierte ähnlich und suchte den Wert der statistischen Untersuchungen überhaupt herabzusetzen. Nach den Times waren die amtlichen Berichte „conclusive of nothing whatever as they stand,“ und ihr Statistiker bemühte sich zu zeigen, daß sich der englische Handel gar nicht so entwickelt haben konnte,

---

12. Mackintosh: Chamberlain, S. 303.

13. Vgl. für diese Entwicklung zum reinen Protektionismus Mr. Chamberlain's Speeches. Ed. by Ch. W. Boyd. London 1914.

wie die amtlichen Berichte behaupteten, „denn die schwindenden Arbeitsmöglichkeiten im Lande entzogen jedem Beweis den Boden.“<sup>14</sup> Die „wachsende Arbeitslosigkeit“ gehörte zu den bevorzugten Argumenten der Tarifreformer und wurde häufig als Folge des ausländischen Wettbewerbs hingestellt. In Wirklichkeit unterlag die Arbeitslosigkeit zwar schon seit Jahrzehnten starken Schwankungen, aber von einer auffallenden Vermehrung konnte keine Rede sein. Daß sie in diesen Jahren ein so oft erörtertes Thema war, beruhte nach einem übertreibenden Ausspruch des Arbeiterführers John Burns, „weniger auf einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, als auf einer Zunahme der Sympathie mit der Arbeitslosigkeit.“<sup>15</sup>

Ein anderes beliebtes Thema der Tarifreformer war das „dumping“. Es war eine Praxis, die den Engländern selbst durchaus nicht fremd war. Als sich zur Zeit der Napoleonischen Kriege die Anfänge einer modernen Industrie auf dem Kontinent entwickelten, hörte man selbst im englischen Parlament die Vorschläge, diese Industrien im Keime zu ersticken, sei es auch unter vorübergehenden Verlusten. Auch Chamberlain selbst war die Praxis des Dumping aus den Erfahrungen seiner eigenen wirtschaftlichen Vergangenheit wohlbekannt. Als jetzt einige englische Industrien selbst unter dem Dumping litten, stellte man diese Methode als böswillige Erfindung der Deutschen hin, gegen die man heftig und leidenschaftlich ankämpfte. — Die Klagen hatten zweifellos, wenigstens in einigen Gruppen der Eisen- und Stahlindustrie, einen berechtigten Kern. Daß aber die gedumpten Halbfabrikate ein unentbehrliches Rohmaterial für eine Reihe verarbeitender Industrien bildete, war eine Tatsache, von der die Öffentlichkeit natürlich weniger hörte.

Im Zusammenhang mit dem Dumping wurden die hohen Zollmauern der andern Länder viel erörtert. Obwohl gegenüber 25 % in Deutschland in den Vereinigten Staaten z. B. 73 %, in Rußland 131 % Zoll erhoben wurde, richteten sich die Klagen auch hier vornehmlich gegen Deutschland, und die deutsche Handelspolitik wurde zum Gegenstand feindseliger

---

14. Nach „Fallacies of the Fiscal Reformers,“ Economist, 14. Januar 1905.

15. Schulze-Gävernitz, a. a. O., S. 301.



Debatten. Bei den Vereinigten Staaten dagegen wies man auf die starke Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen hin, die Vergeltungszölle (retaliation) unmöglich machte.

Daß der deutsche Wettbewerb verantwortlich gemacht wurde für jeden Rückgang in irgend einem Zweige der britischen Industrie, war um so bedenklicher, als dieser Feldzug, „the raging, tearing propaganda“, mit einem beispiellosen Aufwand an Energie und Kapital geführt wurde. Nachdem anfangs der Kampfes-eifer auf keiner Seite besonders groß war, fanden sich bald einzelne interessierte Gruppen ein, in erster Linie anscheinend Birminghamer Eisenindustrielle, die Chamberlain moralisch und finanziell unterstützten. Ein Birminghamer Tarifkomitee überschüttete das Land mit Flugschriften.<sup>16</sup> Noch einmal gelang es dem populären Agitator, die größten Zeitungen für seinen Kampfzug zu gewinnen. Fast drei Jahre lang brachte die Presse Tag für Tag, Woche für Woche Artikel über den Stand der Frage und zitierte Chamberlains schwungvolle Reden im Wortlaut.

Chamberlain hatte das Unglück, daß seine finsternen Diagnosen mit Jahren allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges zusammentrafen.<sup>17</sup> Auch in der vielberufenen Eisen- und Stahlindustrie ging es aufwärts, und selbst Sheffield konnte man für den Niedergang der britischen Industrie nicht mehr zitieren. Dem Fair-Trader Sir Howard Vincent, der den Schutzzollfeldzug Chamberlains natürlich mit großer Begeisterung begrüßt hatte, hielt man einmal im Parlament entgegen, daß er selbst ja im Augenblick Direktor einer blühenden Gesellschaft wäre, die 22,5 % Dividende verteilte und deren Pfundaktie auf 4 £ stände. Sir Howard Vincent erwiderte auf diese Enthüllungen nichts.<sup>18</sup>

---

16. „Drei Jahre Handel und was wir daraus lernen.“ „Das Sinken unseres Industrieexports.“ „Die Wahrheit über die Nahrungsmittelzölle.“ „Cobdens Freihandel und der Cobden-Club.“ u. a.

17. Der Punch zeigte Chamberlain Ende 1904, als er gerade vom Kontinent zurückkam. „Der Spezialist für Handelskrankheiten streift seine Handschuhe ab, wendet sich an Doktor Chaplin (einen bekannten Fair-Trader) und erkundigt sich nach dem Befinden des armen britischen Leidenden. ‚Hat sich die Schwäche hübsch gehalten?‘ fragt er. ‚Im Gegenteil,‘ antwortet der Hausarzt, ‚ich fürchte, Sie werden ihn in einer beklagenswert robusten Verfassung finden.“ (Zitiert nach Mackintosh S. 303.)

18. Parl. Deb. aus einer Rede des Sir James Kitson, 12. März 1906.

Daß die Ansichten in Sheffield sich geändert hatten, geht auch daraus hervor, daß die Agitation, die Vincent für eine strengere Anwendung des Handelsmarkengesetzes eingeleitet hatte, selbst in dieser Stadt, die am Zustandekommen des Gesetzes einen großen Anteil gehabt hatte, auf starken Widerstand stieß.<sup>19</sup>

Es war leicht für die Freihändler, Chamberlains Alarmrufe zu widerlegen. Sie brauchten nur seine eigenen Reden zu zitieren, die er noch vor einigen Jahren gehalten hatte, und sie machten von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch. Noch im Juni 1900 hatte Chamberlain, wie man ihm im Parlament 1904 entgegenhielt, gesagt: „Das Gedeihen des Landes war in den letzten 5 Jahren beispiellos. Niemals vorher hat es so viele und so gut bezahlte Arbeitsmöglichkeiten gegeben.“<sup>20</sup> Niemand hatte wohl mit solcher Beredsamkeit die Richtigkeit der Cobdenschen Grundsätze vertreten wie Chamberlain. Asquith, der ihm von Stadt zu Stadt und von einer Rednertribüne zur andern folgte, um die „Dumpophobia“ zu zerstören, konnte ihn mit seinen eigenen Argumenten widerlegen. Auch in Parlament und Presse hielt man ihm seine eigenen Aussprüche entgegen, er erwiderte mit den bekannten Worten: „Nicht ich, die Umstände haben sich geändert.“

Die Umstände hatten sich allerdings geändert, aber nicht die wirtschaftlichen — der deutsche Wettbewerb war in diesen Jahren weniger fühlbar als früher — sondern die politischen. Man war auf das Zusammengehen mit Deutschland nicht mehr angewiesen, und es kam nicht mehr darauf an, ob man Argumente in die Massen brachte, durch die die deutschfeindlichen Strömungen verstärkt wurden.

### 3. Der Ausgang des Schutzzollfeldzuges und seine politischen Nebenwirkungen.

Chamberlain war trotz seiner gewaltigen Propaganda ein entscheidender Erfolg nicht beschieden. Die Wahlen im Januar 1906 brachten ihm eine Niederlage. In das Unterhaus kehrten 158 Unionisten zurück, 400 Liberale, 29 Arbeitervertreter und

---

19. Jeyes-How, a. a. O.

20. Parl. Deb. Mr. Emmott am 8. Februar 1904.

83 Iren.<sup>21</sup> Aber ebensowenig, wie man aus der Tatsache der Entstehung der Tarifreform ohne weiteres den Schluß ziehen konnte, daß England sich von der ausländischen Konkurrenz bedroht fühlte, kann man aus dem Scheitern der Bewegung schließen, daß der Wettbewerb in England gar keine Rolle spielte,<sup>22</sup> denn es galt, sich außer mit der nationalen mit der imperialen Seite der Bewegung auseinanderzusetzen. Gerade dieses letztere aber, die Notwendigkeit einer Besteuerung von Rohmaterialien und Nahrungsmitteln, hat in England den stärksten Widerspruch hervorgerufen. Daß die Konservativen in diesem Punkt die Schwierigkeit ihres Programms erkannten, zeigt der neue Entwurf, den ihr Führer Bonar Law in Edinburg am 24. Januar 1913 aufstellte, nachdem heftige Kämpfe innerhalb der Bewegung gegen die Nahrungsmittelzölle stattgefunden hatten:

1. Die Konservativen werden auf ausländische Fertigwaren einen Tarif legen, niedriger als er in irgend einem industriellen Lande der Welt besteht.
2. Die Konservativen wollen den Kolonien den denkbar größten Markt geben, ohne Zölle auf Nahrungsmittel zu erheben.
3. Die Konservativen wünschen, daß alle Glieder des Reiches wirtschaftlich und militärisch zusammenarbeiten. Sie werden darüber mit den Kolonien Verhandlungen pflegen und das beste System ausarbeiten, um dieses Ziel zu erreichen, es den Wählern vorlegen und ihren Beifall zu erreichen suchen.“<sup>23</sup>

Wie man sieht, ist der Zoll auf Nahrungsmittel fallen gelassen worden, während man für den auf Fertigwaren immer noch Aussichten zu haben glaubte. Wer in der Wahlentschei-

---

21. Schulthess, Januar 1906.

22. Wie es u. a. W. Becker auslegt: Fürst Bülow und England 1897—1909, 1929, S. 307.

23. Angeführt nach A. Hofrichter, a. a. O., S. 6. Die Folgerung H.'s aus dem veränderten Programm, daß man sich von der deutschen Konkurrenz gar nicht bedroht fühlte, erscheint verfehlt. Gerade der Zoll auf ausländische Fertigwaren bildete ja noch den wesentlichen Programmpunkt der Konservativen. Der Plan des geschlossenen Empire war zwar fallen gelassen, aber immer noch erstrebte man den Schutz des englischen Marktes.

dung den Zoll auf Rohstoffe und Lebensmittel ablehnte, konnte unter Umständen trotzdem von der Gefahr des deutschen Wettbewerbs überzeugt sein. Andererseits fanden sich Verteidiger des imperialen Zusammenschlusses, die doch keineswegs an die drohende Vernichtung der britischen Wirtschaft durch den deutschen Wettbewerb glaubten. Das läßt sich bei einer ganzen Anzahl führender Engländer feststellen. Der Statistiker Sir Robert Giffen, der in vielen Arbeiten den Freihandel glänzend verteidigt hatte, erklärte doch im Juli 1903 in der *Nineteenth Century*, daß man aus nationalpolitischen Gründen vom Freihandel abweichen müßte. George Wyndham, der Sekretär für Irland, neigte der Tarifreform zu, obwohl er noch im September 1903 Wilfred Scawen Blunt gegenüber geäußert hatte, daß die Vereinigten Staaten die einzige Weltmacht wären, die mit England in Wettbewerb treten könnte, und daß man sich „um Deutschland und Frankreich als Rivalen nicht zu kümmern brauchte.“<sup>24</sup> Auch Churchill gehörte zu dieser Gruppe. Blunt verzeichnet über ein Gespräch mit ihm vom 2. Oktober 1909: „Wie bei den meisten von ihnen ist es der eitle Traum des Imperiums, der mehr Eindruck auf ihn macht als der etwaige Nutzen oder die Bedürfnisse des Handels, die er leugnet.“<sup>25</sup> Rosebery wieder setzte sich für einen stärkeren Zusammenschluß des Empire ein, lehnte aber das Mittel der Zollunion überhaupt ab.<sup>26</sup> Die Motive und die treibenden Kräfte waren in der Schutzzollbewegung eben so verschiedener Art, daß der deutsche wirtschaftliche Wettbewerb nur eine Sonderfrage bildete und man aus den Zahlen der Wahlergebnisse nicht entscheiden kann, wie weit nach Chamberlains Schutzzollfeldzug die Überzeugung, von Deutschland wirtschaftlich bedroht zu sein, in der englischen Öffentlichkeit ging.

Deutlich aber geht aus verschiedenen anderen Anzeichen hervor, daß die unaufhörliche Propaganda den Gedanken der Bedrohung durch Deutschland in die breitesten Schichten getragen hat, und vielleicht hat gerade die Erkenntnis, daß man sich nicht durch einen Mutterland und Kolonien gemeinsam um-

---

24. W. S. Blunt: *My Diaries*, London 1919. Bd. II, 70 und 126.

25. Blunt, a. a. O. II, 299.

26. Crewe, Rosebery, II, 542.



schließenden Zollgürtel dagegen wehren konnte, ohne wichtige eigene Interessen zu verletzen, die Mißstimmung gegen Deutschland bei vielen erhöht. Die deutschen diplomatischen Vertreter in London haben häufig darauf aufmerksam gemacht, daß der Schutzzollfeldzug einen noch verstärkten Haß gegen Deutschland zur Folge hatte. So berichtete Bernstorff: „Wenn man heute von einer englischen öffentlichen Meinung hinsichtlich auswärtiger Fragen spricht, so darf man nicht vergessen, daß dieselbe gebildet wird von einem Ringe von Jingos und Tarifreformern. . . . In der Gegenwart glaubt die hiesige Jingo-Partei, daß wir es auf den kommerziellen Ruin der Engländer sowie auf die Zertrümmerung des britischen Reiches abgesehen hätten.“<sup>27</sup>

Der aus diesen Argumenten entstandene Haß war so verbreitet, daß militärische Kreise daran denken konnten, ihn für ihre wehrpolitische Propaganda auszunützen. Sie verbreiteten die Ansicht, daß Deutschland den wirtschaftlichen Zusammenschluß Englands mit seinen Kolonien nicht dulden und den Krieg erklären würde, wenn die Tarifreform zustande käme.<sup>28</sup> Demgegenüber wurde verlangt, Englands wirtschaftliche Freiheit durch vermehrte Rüstungen zu verteidigen. Charles Trevelyan äußerte sich 1907 über diese Zusammenhänge:

„Es ist gegenwärtig in der konservativen Partei Großbritanniens eine starke Strömung gegen das antimilitaristische Ideal vorhanden. Der von Mr. Chamberlain zugunsten des Schutzzolles unternommene Feldzug hatte die Popularität, zu der er es brachte, zwei Ideen zu verdanken, der, daß Großbritannien seine ökonomischen Bedürfnisse selbst bestreiten könne, und der, daß der Import aus dem Auslande, namentlich soweit er Manufakturen betreffe, dem englischen Arbeiter zum Unheil gereiche. Der Gedanke, daß die Einführung fremder Waren fast einer persönlichen Beleidigung gleichkomme, wurde sorgsam

---

27. G. P. 20, II, Nr. 6846. Vgl. dazu auch den Bericht Mensdorffs an Ährenthal, der schon 1902 betont, daß von der deutschen Konkurrenz immer die Rede sei, während man die amerikanische verschweige. 21, II, Nr. 7213. S. a. den Bericht Stumms vom 9. Juli 1908. G. P. 24. Nr. 8213.

28. Solche Verdächtigungen wurden nicht nur in der breiten Masse, sondern auch in einflußreichen Kreisen geglaubt. Vgl. *The Letters and Friendships of Sir Cecil Spring-Rice*. 2. Bd. 1929.

gehegt und gepflegt. Der letzte Versuch der konservativen Regierung vor ihrem Falle war eine Bill über die Zurückweisung bestimmter Klassen von Ausländern. Die hauptsächlichste soziale Reformidee der Konservativen ist die, daß der Fremde verantwortlich für die meisten unserer ökonomischen Mißstände ist. Ihr Hauptvorschlag zur Herbeiführung einer finanziellen Reform besteht in der Besteuerung der fremden Waren, was man eine Besteuerung der Fremden nennt.

Im Anschluß hieran gewinnt eine Bewegung zugunsten der allgemeinen Wehrpflicht immer mehr an Boden in der konservativen Politik. Ihr wird augenblicklich ein heftiger Widerstand von den politischen Führern entgegengesetzt, die eine falsche Vorstellung von ihrer Unpopularität bei den Massen haben. Aber Lord Roberts und Lord Milner und eine große Anzahl nicht im Amt befindlicher Konservativer lassen es sich eifrig angelegen sein, die Vorteile der allgemeinen Wehrpflicht zu predigen.

Die Lehren, denen Staatsmänner aus dem Wege gehen oder die sie doch nur mit Vorsicht berühren, werden laut und rücksichtslos Tag für Tag von einem großen Teile der konservativen Presse verkündet, deren Organe sich der durch ihre Argumente wachgerufenen leidenschaftlichen Stimmung bedienen möchten, um sich eine sensationelle Verbreitung zu verschaffen. Sie geben offen zu, daß ein gegen die Einfuhr gerichteter Zolltarif uns auf dem Kontinent nur noch unpopulärer machen würde, aber sie benutzen das, um die allgemeine Wehrpflicht als wünschenswert erscheinen zu lassen.“<sup>29</sup>

So wurde die Überzeugung von dem deutsch-englischen Wirtschaftskampf, die Chamberlain in jahrlanger Agitation befestigt hatte, zugleich ein taktisches Mittel der wehrpolitischen Propaganda, die Deutschlands Absicht einer kriegerischen Lösung des Konflikts behauptete.<sup>30</sup> Es bedeutete eine starke Unterstützung dieser Strömungen, wenn hin und wieder auch

---

29. Charles Trevelyan M. P.: England und der Friede, in: Deutsche Revue, Augustheft 1907. Vgl. auch I. A. Fischer, *Memories* S. 3.

30. Ein ganz übles Machwerk dieser Art war „The Clash of Empires“ von Rowland Thirlmere. Dt. Übersetzung Berlin 1907.

31. Über solche Pläne, verbreitet von der Köln. Ztg., referierte zum Beispiel der Berliner Korrespondent der Times am 1. Februar 1905.

von deutscher unverantwortlicher Seite der deutschen Zeitpolitik, besonders den neuen Zolltarifen von 1905, ein aggressiver Charakter beigelegt wurde, wenn man in der Presse davon sprach, Mitteleuropa unter Deutschlands Führung zu einer Handelsunion gegen das britische Empire zusammenzuschließen.<sup>31</sup> Solche Gerüchte, die in Deutschland von verantwortlicher Seite stets zurückgewiesen wurden, fanden in England ein aufmerksames und leichtgläubiges Publikum. Wenn Deutschland eine starke machtpolitische Verschiebung als Folge des imperialen Zusammenschlusses befürchtete, so nahm man auf der andern Seite eine deutsche Gegenaktion der Ausdehnung des deutschen Zollvereins als selbstverständlich an. Die Propaganda der Alldeutschen lieferte häufig willkommenes Schlagwortmaterial in England, die englische Phantasie sah Belgien und Holland samt den Kolonien schon in deutschem Besitz. Wenn die deutsche Diplomatie einmal — im Gegensatz zu Bismarckschen Maximen — die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung mit politischen Mitteln zu schützen, oder die Möglichkeit, politische Erfolge durch wirtschaftliche Mittel zu erzielen, lauter betonte, als es der Sache dienlich war, so griff die schutzzöllnerische Presse jede derartige Äußerung begierig auf. Mit solchen Argumenten suchte man zu beweisen, daß man zur Verteidigung des eigenen Handels gegen Deutschlands „spread-eagleism“ nicht nur den Zusammenschluß des Empire brauchte, sondern auch die militärischen Mittel, diesen Zusammenschluß mit Gewalt durchsetzen zu können. Diese für das Denken des ganzen Zeitalters charakteristische Verquickung zwischen machtpolitischen und wirtschaftlichen Fragen befestigte den Glauben, daß die beiden großen Wirtschaftszentren einmal um die Vorherrschaft würden kämpfen müssen, und der Zusammenhang Handel — Krieg, der manchem englischen Imperialisten schon aus Beispielen in Seeleys Schriften vertraut sein mochte, rückte damit in eine unnötig scharfe Beleuchtung.

#### **IV. Der wirtschaftliche Wettbewerb in den letzten Vorkriegsjahren.**

Nicht viel mehr als ein Jahrzehnt hatten die verschiedensten Interessenten gebraucht, um den Gedanken der Bedrohung durch

die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in ein allen Schichten des englischen Volkes bekanntes Schlagwort zu verwandeln. In demselben Jahrzehnt hatte die englische Politik zu ihren früheren Gegnern den Weg gefunden, dessen letzte Etappe mit dem englisch-russischen Vertrag von 1907 zurückgelegt war. Es ist eine auffallende Tatsache, daß, nachdem die politische Abkehr von Deutschland vollzogen war, das Motiv der Handelsrivalität in den öffentlichen Erörterungen nicht mehr so stark hervortrat. Es hatte nach dem Scheitern der Schutzzollpropaganda keine Zugkraft mehr in innenpolitischen Erörterungen, es war in der Hetze gegen Deutschland nicht mehr so nötig, denn die Stimmung war so, wie sie ein Feind Deutschlands nur wünschen konnte. Nur zeitweise trat die Handelseifersucht wieder stärker hervor.

So brachte das Jahr 1910 noch einmal ein lebhaftes Aufflackern. Man stand unter dem Eindruck eines drohenden Gegenseitigkeitsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada, der eine mögliche Entfremdung zwischen Mutterland und Kolonie bedeuten konnte, andererseits tat die allgemeine wirtschaftliche Depression ihre Wirkung. Dazu kam die verschärfende Wirkung eines heftigen Wahlkampfes, so daß, wie Ballin berichtete, der Schutzzollgedanke und gleichzeitig der Deutschenhaß sehr stark waren.<sup>1</sup> Besonders konservative Kreise malten den Widerspruch Deutschlands gegen eine Handelsunion des British Empire an die Wand, um daraus die nationale Pflicht abzuleiten, diese Handelsunion mit allen Kräften zu fördern.

Aber abgesehen von den Ereignissen dieses Jahres machte sich eine merklich ruhigere Stimmung bemerkbar. Der wirtschaftliche Imperialismus war einigermaßen aus der Mode gekommen und wurde durch einen schon 1904/05 sich ankündi-

---

1. Huldermann: Ballin, S. 231. Die hier auch von Ballin herausgehobene Verbindung zwischen Deutschenhaß und dem Gedanken der schutzzöllnerischen Vereinigung mit den Kolonien war besonders unnatürlich in diesen Jahren, in denen die amtlichen Berichte immer wieder ausdrücklich die relativ geringe Bedeutung Deutschlands und die Stärke der amerikanischen Konkurrenz betonten, ob sie nun aus Kanada oder Neuseeland, aus Südafrika oder Zentralamerika, Kolumbien und Venezuela berichteten. (Vgl. u. a. Cd. 6393, 6404, 7023.)



genden militärischen Imperialismus abgelöst, das Schreckgespenst der deutschen Flotte vertrat „den jetzt veralteten industriellen Popanz.“<sup>2</sup>

Wenn aber die Hetze gegen Deutschland als politisch-militärische Macht in den letzten Jahren vor dem Kriege namentlich in den „war-scares“ die unsinnigsten Formen annehmen konnte,<sup>3</sup> so lag das wohl mit daran, daß die heftigen Angriffe, die die verschiedensten Interessen gegen die deutsche wirtschaftliche Entwicklung in den vorhergehenden Jahren geführt hatten, den Boden gründlich vorbereitet hatten. Jetzt fand von den unsinnigen Kriegshymnen Professor I. A. Crambs<sup>4</sup> bis zu den Ausfällen des Sozialistenführers Blatchford<sup>5</sup> die Hetze ihren Widerhall. Der Liberale I. A. Hobson schrieb 1913 über diese Zusammenhänge: „Die gegenwärtige „Panik“ vor Deutschland stützt sich im Volke besonders auf die Meinung, daß die Handelsinteressen der beiden Nationen im Gegensatz zueinander stünden, und daß die bemerkenswerten Fortschritte, die die deutschen Fabrikanten und Kaufleute auf den Weltmärkten erzielt haben, unserem nationalen Handel Schaden zufüge. Diese Idee haben unsere Schutzzöllner mit großem Eifer propagiert.“<sup>6</sup>

Diese Zusammenhänge wurden aber auch in vielen Kreisen in England erkannt und bekämpft, und es muß betont werden, daß es — besonders in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges — bezeichnender Weise gerade die englischen Wirtschaftskreise waren, die mit den Ausbrüchen der Feindseligkeit am wenigsten sympathisierten, wie sie schon der imperia-

---

2. Barclay, a. a. O. S. 265 Fußnote.

3. Einzelheiten bei Caroline Payne, a. a. O., S. 109 ff.

4. Vgl. I. A. Cramb: *Germany and England*, London 1914. Gelegentlich wird der Wirtschaftsgegensatz wieder hervorgeholt. S. 131: „Ich habe nie verstehen können, was das unsinnige Geschwätz „freundschaftlicher Wettbewerb“, „edler Wetteifer“ und der Vergleich mit Rennpferden auf der Rennbahn bedeuten soll.“

5. Der Panzerplattenindustrie waren die Ausfälle Blatchfords anscheinend sehr willkommen. Vgl. den Bericht Mulliners „Diary of the Great Surrender“ in den *Times* vom 3. Januar 1910.

6. I. A. Hobson: *The German Panic*. Deutsche Übersetzung mit Einleitung von Earl Loreburn. München Berlin 1913. (Fugschriften des deutsch-englischen Verständigungskomitees Hrsg. Ernst Sieger.) Hobson sieht die Entwicklung etwas einseitig von seinem liberal-freihändlerischen Standpunkt aus, aber die Flugschrift ist für die ganze Stimmung sehr aufschlußreich.

listischen Schutzzollpolitik Chamberlains größtenteils die Gefolgschaft versagt hatten. „Zweifellos,“ schrieb Hobson, „gibt es in gewissen Kreisen unserer Bevölkerung ein unfreundliches Gefühl gegen Deutschland als politische und mehr noch als Handelsnation, aber in keinem Teil unserer kaufmännischen oder industriellen Kreise hat sich die Stimmung bis jetzt zu irgend einem bestimmten feindseligen Vorhaben verdichtet, noch glaubt man dort ernstlich an die Unvermeidlichkeit eines Zusammenstoßes. Im Gegenteil, in unseren intelligenten Geschäftskreisen, die gerade jetzt günstiger als je gestellt sind, zeigt sich mehr und mehr ein Gefühl der Ungeduld über diese Schürer, die das dem Handel so notwendige Vertrauen stören.“<sup>6</sup>

Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Verflechtung der beiden Länder hatte sich in Kreisen der Industrie und des Handels schon vielfach durchgesetzt. Schon in der ersten Marokkokrise hatte die englische Kaufmannschaft gegen die fortwährende Deutschenhetze protestiert. Auch in der folgenden Zeit, in der man angeblich zugunsten der bedrängten Wirtschaft einen gewaltigen Feldzug in Szene setzte, der eine intensive Abneigung gegen Deutschland hinterließ, waren es gerade die großen Wirtschaftszentren Nordenglands und Schottlands, die am wenigsten antideutsch eingestellt waren.<sup>7</sup> Die Provinzpresse, die die Interessen der Wirtschaft eher vertrat als die Londoner, befand sich stets zu der imperialistischen Presse Londons in einem gewissen Gegensatz. — Im Jahre 1910, als die Presse sehr deutschfeindliche Töne anschlug, gründete die Londoner Handelskammer die Anglo-German Section, und der Wille zu freundschaftlicher Zusammenarbeit wurde von beiden Seiten betont.<sup>8</sup>

---

7. Auch Prof. Haller, der 1915 die Wirtschaftsrivalität noch für ein entscheidendes Moment hielt und von den bekannten Sat.-Rev.-Artikeln meinte, daß „sie die letzte Ursache des gegenwärtigen Krieges entblößen,“ betonte doch die „überlieferte Abneigung der englischen Gesellschaft gegen jeden Krieg mit einer europäischen Macht, ... das Interesse der englischen Geschäftswelt, die in Deutschland ihren besten, mit jedem Jahre zahlungsfähigeren Käufer und ihren zweitbesten, ebenfalls von Jahr zu Jahr leistungsfähigeren Lieferanten sah.“ (Der Ursprung des Weltkrieges, Tübingen 1915, S. 43.)

8. Vgl. „Anglo-German Relations“ Chamber of Commerce Journal März 1910. Daß in der Presse eine sachliche Erörterung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland möglich war, während gleichzeitig unabhängig davon die politische Hetze weiterging, mag ein Beispiel aus den Times

Diese Einstellung englischer Wirtschaftskreise wird einstimmig durch Deutsche wie durch Engländer bezeugt. Am 6. Juli 1908 schrieb der Kaiser an Bülow: „Ballin soeben heute aus London zurück, bei mir gewesen . . . Eindrücke aus London günstig. City und Handelskreise nach wie vor gegen jeden Krieg.“<sup>9</sup> Auch Metternich hat in seinen Berichten nach Berlin immer wieder betont, daß die Feindseligkeit gegen Deutschland nicht in den englischen Handelskreisen herrschte: „Die Frage, welche Wirkung die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auf das politische Verhältnis zwischen uns und England ausübt, läßt sich nicht aus einem oder dem andern Zeitungsartikel beurteilen, auch nicht aus gelegentlichen Äußerungen dieses oder jenes Engländers. Maßgebend hierfür ist die Ansicht, welche in den großen Industrie- und Handelszentren Großbritanniens selbst herrscht. Es gibt naturgemäß gewisse kommerzielle Kreise, die unter der Konkurrenz des Auslandes mehr leiden als andere, und die daher geneigter sind, in dem fremden Wettbewerb eine Gefahr zu erblicken. Ich bin mit vielen Vertretern der Industrie und des Handels in England und Schottland im Laufe der Zeit in Berührung getreten, und ich habe nirgends in dem Maße wie bei ihnen den aufrichtigen Wunsch nach der Fortdauer guter Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Handel und Politik gefunden und nirgends so sehr die Befürchtung, daß sie gestört werden möchten. Wenn die Beziehungen zwischen beiden Völkern lediglich nach dem Handelsinteresse und von der Gesamtheit der Vertreter dieser Interessen geregelt werden könnten, so würde das gegenseitige Verhältnis heute ein ausgezeichnetes sein.“<sup>10</sup>

---

zeigen. In einer Zeit, da diese Zeitung in ihren Spalten fast täglich Kriegs- und Konfliktsmöglichkeiten mit Deutschland erörterte, brachte sie in ihrer Finanzbeilage durchaus sachliche Berichte über den deutschen Rivalen. So zeigte der Artikel „The Evolution of the Iron Trade“ vom 30. Juli 1912 eine sehr ruhige und nüchterne Auffassung über die Bedeutung und die Grenzen des ausländischen Wettbewerbs.

9. G. P. Bd. 24. Nr. 8214. Auch Lichnowsky berichtet, daß die Versuche einer Entspannung im ersten Halbjahr 1914 gerade auch „von der Geschäftswelt mit lebhafter Genugtuung begrüßt worden“ seien. Lichnowsky an Jagow, 7. März 1914, G. P. Bd. 37, 1 Nr. 14 700. Vgl. auch den Bericht des Marine-Attachés Widemann vom 11. Mai 1909. (G. P. 28. Nr. 10 306.)

10. G. P. Bd. 28. Nr. 10 244. Der Bericht gibt einen aufschlußreichen Rückblick. Vgl. dazu auch den Economist vom 8. September 1906 (British

Beim Kriegsausbruch waren es wiederum gerade führende Wirtschaftskreise und -zeitungen,<sup>11</sup> die energisch für Neutralität eintraten. Die City war auf den Krieg in keiner Weise vorbereitet. Finanzmagnaten der City haben versucht, die hetzerischen Times-Artikel zum Schweigen zu bringen, ein Versuch, der in der Redaktion große Empörung über diese „dirty German-Jewish international attempts“ hervorrief.<sup>12</sup> Auch Lloyd George betonte die Friedensliebe der Wirtschaftsklassen. „Er hatte den Direktor und den stellvertretenden Direktor der Bank von England befragt, andere führende und bedeutende Männer der City, ebenso Baumwoll-, Stahl- und Kohlenindustrielle usw. im Norden Englands, in Glasgow usw., und sie waren alle entsetzt bei der bloßen Vorstellung, daß wir uns in den europäischen Konflikt stürzen würden, das ganze Kreditsystem mit London als Mittelpunkt würde zusammenbrechen, Handel und Industrie zerstört, Arbeit, Löhne und Preise schwer getroffen werden, und wenn der Winter käme, würden unvermeidlich Wirren und Unruhen entstehen!“<sup>13</sup>

---

Diplomacy and German Enterprise). Das deutsch-englische Verhältnis würde schon gut sein, wenn man nur die deutschen Wirtschaftskreise vor den Diplomaten bewahren würde und umgekehrt lieber gesunde Wirtschaftsmethoden statt des „spread-eagleism“ in der Politik herrschen lassen wollte.

11. Vgl. Economist, August/September 1914. Mit aller gebotenen Vorsicht muß man auch hier annehmen, daß bestimmte Interessen der Eisen- und Stahlindustrie, vielleicht vornehmlich unter dem Einfluß der Munitions- und Geschützindustrie, vielleicht aber auch unter dem Eindruck des ausländischen Wettbewerbs, eine feindselige Haltung einnahmen. Die Fachzeitschrift *The Engineer* gebärdete sich zum Beispiel stark antideutsch und gab als Kriegsziele — allerdings erst nach Englands Eintritt in den Krieg — an: Planmäßige Vernichtung aller großen industriellen Werke in den durch die Verbündeten zu besetzenden deutschen Gebieten. 28. August, 4., 11., 18. und 25. September 1914. Die letzten Angaben nach Riesser, a. a. O.

12. Henry Wickham Steed: *Through thirty Years 1892—1922*. London 1924 Bd. II, 89.

13. B. E. Schmitt: *The Coming of the War*, II, 281. Diese Zeugnisse sind beliebig zu vermehren. Am 31. Juli 1914 meldete der russische Botschafter Benckendorff an Sazonow: „Alle finanziellen, kommerziellen und industriellen Zentren im Norden Englands sind gegen den Krieg.“ Vgl. auch die zahlreichen Stimmen aus Wirtschaftskreisen bei Galster, a. a. O. S. 67 ff., ferner die englischen Antworten auf eine Umfrage der Zeitschrift *Nord und Süd* (Juni-, Juli- und Oktoberheft 1912), die allerdings für das ausländische Forum berechnet sind und insofern nicht als ganz beweiskräftig angesehen werden können. S. auch Grey a. a. O., S. 133 ff.



In diesen Kreisen der Wirtschaft hatte sich die Erkenntnis von der immer stärker werdenden Verflechtung der beiderseitigen Interessen Bahn gebrochen, die den stärksten Unterschied zu den wirtschaftlichen Beziehungen im 17., 18. und noch im frühen 19. Jahrhundert bildete. Politisch-wirtschaftliche Parallelen aus diesen Zeiten wurden dort ohne Beweiskraft, wo der grundlegende Wandel erkannt war, daß an die Stelle von Herrschen und Beherrschtwerden in der Wirtschaft vielfach verflochtene Funktionen und Abhängigkeiten getreten waren.

Vielleicht muß man aus gewissen Anzeichen den Schluß ziehen, daß einzelne Gruppen der Stahl- und Eisenindustrie kriegerischen Verwicklungen weniger ablehnend gegenüberstanden. Schon aus manchen mitgeteilten Äußerungen der Fachpresse gewann man diesen Eindruck. Bonar Law, der der Regierung am 2. August 1914 in einem für die englische Politik entscheidenden Brief versicherte, daß er ihr „ohne Zögern jede Unterstützung anbieten könnte, die sie für notwendig hielt“, war nicht nur konservativer Parteiführer, sondern auch Präsident der Glasgow Iron Trade Association.<sup>14</sup>

Im ganzen aber zeugt gerade die Haltung der englischen Wirtschaftskreise davon, daß es sich bei der deutsch-englischen Wirtschaftsrivalität nicht um einen naturgegebenen Gegensatz handelte, der zwangsläufig zu kriegerischer Auseinandersetzung drängte.<sup>15</sup>

---

14. Der Brief ist gedruckt bei Lord Newton: Lord Lansdowne, London 1929, S. 440.

15. Gegen diese Feststellungen sind weder die Behauptungen Sir Roger Casements noch die oft angeführten Berichte der belgischen Gesandten ein Gegenbeweis. Bei Sir Roger Casement ist jede Anschuldigung gegen die englische Politik aus seinem maßlosen Englandhaß zu verstehen. Zu den Zeugnissen der belgischen Gesandten ist zu beachten, daß für unsere Frage nur die Ansichten des Gesandten in London von Bedeutung sind, und gerade diese sind in sehr unbestimmten und allgemeinen Äußerungen wiedergegeben. Vgl. B. Schwertfeger: Unveröffentlichte Dokumente, I, Nr. 36, 46, 52. II, Nr. 46.

## Schluß.

Der Versuch, die Entwicklung der deutsch-englischen Wirtschaftsrivalität in ihren politischen Auswirkungen zu verfolgen, hat ein Stück Geschichte der englischen öffentlichen Meinung in ihrem Verhältnis zu Deutschland aufgerollt. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, in einzelnen Kreisen der Bevölkerung empfunden, bildeten anfangs den Kristallisationspunkt, um den sich eine Reihe anders gerichteter Interessen gruppieren und so erst einen Gärungsstoff schufen. Man darf wohl sagen, daß der Wettbewerb in Handel und Industrie für sich genommen kaum je zu politischer Todfeindschaft geführt haben würde. „Verderblich und verwirrend hat eben nur die Vermischung mit politischen Aspirationen und Motiven gewirkt, d. h. der Umstand, daß der an und für sich freie wirtschaftliche Wettbewerb zu einer politisch vergifteten Waffe mißbraucht worden ist.“<sup>1</sup> Einmal war es die parteipolitische Verwendung der Wettbewerbsfrage, bei der die Mißstimmung, die später zum außenpolitischen Faktor werden konnte, eine unbeabsichtigte Nebenwirkung war, dann wieder bemächtigten sich außenpolitische Zielsetzungen der Wettbewerbsfrage, wie in manchen Strömungen der Presse, denen die Vertretung der bedrohten englischen Wirtschaft nur ein Nebenziel war. Dem Imperialismus Chamberlainscher Prägung lieferte „German commercial Rivalry“, ein Schlagwort, das eine ausgezeichnete Wirkung versprach. — Es waren also verschiedene Kräfte am Werke, die nur eins gemeinsam hatten: Sie erzeugten, beabsichtigt oder nicht, eine Schicht intensiven Mißtrauens in der breiten Masse.

Man begreift, daß die Vielgestaltigkeit der Kräfte, die am Werke waren, eine einheitliche Auffassung vom deutsch-englischen Wettbewerb verhinderte. Man sucht sie auch in den eigentlichen diplomatischen Kreisen vergebens. Nicht nur, daß

---

1. B. v. Siebert: Einkreisung? Südd. Mon., Bd. XIX, 208. 1922.

man keine direkten Fäden zwischen der Wirtschaft und den letzten politischen Entscheidungen feststellen kann, man muß auch darauf verzichten, ein deutliches Bild von der wirtschaftlich-politischen Entwicklung bei den führenden Außenpolitikern zu gewinnen, zu nichtssagend oder zu vieldeutig sind die quellenmäßigen Aussagen. Wahrscheinlich sind dem Politiker die taktischen Zusammenhänge vertraut gewesen. Man braucht daher in der Tatsache, daß so viele Memoiren gerade führender englischer Politiker nichts über den Wettbewerb als politische Frage enthalten, nicht unbedingt eine Verschleierungsabsicht zu sehen. Man begreift andererseits, daß viele unbefangene Beobachter den Eindruck wiedergeben, daß die englische Politik von dem Bewußtsein der wirtschaftlichen Überlegenheit Deutschlands geleitet wurde. Die ständige Behandlung der Wettbewerbsfrage vor der Öffentlichkeit, besonders durch Chamberlains Schutzzollfeldzug, mußte diesen Eindruck hervorrufen.

Die Auffassung, daß die deutsch-englische Wirtschaftsrivalität von politischen Kräften weit über ihre tatsächliche Bedeutung hinaus aufgebauscht worden ist und daß sie infolgedessen einen unverhältnismäßig großen Raum einnahm, wird vor allem durch die Haltung der englischen Wirtschaftskreise gestützt. Nicht nur lassen sie sich in keinem Falle für die Vernichtungsrufe der englischen Publizistik verantwortlich machen, sie nahmen in vielen Fällen deutlich gegen die politisch-wirtschaftliche Hetze Stellung.

Es bedeutet mit Begriffen des 17. Jahrhunderts arbeiten, wenn man aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen zwei oder mehreren Völkern den politischen Gegensatz als unabänderliches Gesetz ableiten wollte. Es entspricht auch in der Zuspitzung des deutsch-englischen Gegensatzes nicht der wirklichen Entwicklung. Nicht die Tatsache des deutsch-englischen Wettbewerbs hat in erster Linie gewirkt, sondern das Argument. Was diesen Tatbestand verschleiert, ist, daß neben dem Wettbewerb in Handel und Industrie, auf den sich diese Arbeit beschränkt hat, ein wirtschaftlicher Wettbewerb anderer Art bestand, in Kolonialpolitik und Bahnbauten, Finanz- und Anleihepolitik, auf Gebieten also, die nicht mehr rein wirtschaft-

lich sind, bei denen sich wirtschaftliche Interessen und machtpolitische Tendenzen nicht trennen lassen. In den Ansichten und Stimmungen des Volkes aber waren diese Fragen von dem Wettbewerb im engeren Sinne nicht immer scharf geschieden. Hier verschmolzen in dem Begriff „commercial rivalry“ der machtpolitisch unterbaute Wettbewerb und die rein wirtschaftlichen Interessengegensätze in Handel und Industrie. Auch diese bedeuteten dem Engländer schließlich ein Symbol für Deutschlands weltmachtpolitischen Ehrgeiz. Daß der Begriff der „commercial rivalry“ so völlig im politischen Gegensatz aufging, macht es erklärlich, daß die häufigen Versuche, eine politische Entspannung durch die Betonung der wirtschaftlichen Verflechtung der beiden Länder herbeizuführen, scheitern mußten.

Ein selbständiger Faktor ist die deutsch-englische Wirtschaftsrivalität für die politischen Entscheidungen vor dem Weltkrieg nicht gewesen. Zu dem Grundsätzlichen des Verhältnisses Wirtschaft—Politik zeigt die Untersuchung dieses Beispiels vielmehr, daß die Politik nicht durch die Wirtschaftsrivalität bedingt war, sondern daß diese für politische Zwecke nutzbar gemacht wurde. — Für die antideutsche Einstellung der öffentlichen Meinung, die in den Vorkriegsjahrzehnten gerade in England eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt hat, muß man eine Beziehung durchaus aufrecht erhalten. Von einem „Einfluß“ auf die politischen Beziehungen kann man also in dem Sinne sprechen, daß dieses Moment mit „einfließt“ in die Gesamtströmung einer deutsch-feindlichen Stimmung, die aus den verschiedensten Quellen entstanden war.

Was all den unsicheren Eindrücken und Vermutungen und dem Suchen nach einem Schuldigen für die wirtschaftliche Entwicklung in England zugrunde lag, war im wesentlichen nichts als Furcht vor den Auswirkungen der gewaltigen wirtschaftlichen, technischen und vor allem verkehrstechnischen Verschiebungen, die sich im 19. Jahrhundert angebahnt hatten und eine wirtschaftliche Neuordnung notwendig machten. Es handelte sich um die hereinbrechenden Vorboten einer noch heute nicht abgeschlossenen Entwicklung, die in beiden Ländern fühlbar wurde. Nicht nur Deutschland und England versuchten sich damals schon mit diesen Anfängen auseinanderzusetzen, aber in



beiden Ländern war diese Auseinandersetzung besonders heftig. Der Unterschied war bezeichnend: In Deutschland pflegten sich wirtschaftliche Lagen innenpolitisch auszuwirken, in Lohn- und Klassenkämpfen oder ideologischem Meinungsstreit, in England waren sie stark außenpolitisch gewendet; die Leidenschaft eines Staatsmannes wie Chamberlain benutzte die durch die Arbeit von Gruppen und Parteien entstandene Mißstimmung zur Verwirklichung seines „dream of empire.“ Der Imperialismus Chamberlainscher Prägung schloß dann die Wendung gegen Deutschland in sich, die das Volk des Nachdenkens über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und ihre wahren Ursachen enthob.

## Anhang.

Die vorliegende Studie war im Februar 1932 im wesentlichen abgeschlossen und lag im Juli 1932 der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin als Dissertation vor. In der Zeit bis zur Drucklegung erschien das Buch eines amerikanischen Forschers, das sich mit denselben Fragen wie die vorliegende Dissertation befaßt: "Great Britain and the German Trade Rivalry 1875—1914" von J. S. Hoffman, Ph. D. (University of Pennsylvania Press Philadelphia 1933.)

Das Buch verwendet ein ähnliches Material wie diese Studie, nämlich diejenigen Aussagen aus Parlament und Presse, aus denen sich ein Bild der „öffentlichen Meinung“ in diesen Fragen gewinnen läßt. Man findet diese Stimmen sehr ausführlich zitiert und erhält dadurch ein anschauliches Bild von der Art und Weise, wie der deutsche Wettbewerb in der englischen Öffentlichkeit behandelt wurde. In der Wertung dieser Aussagen ergeben sich allerdings zwischen Hoffmans Buch und der vorliegenden Studie wesentliche Unterschiede.

Hoffman gibt zunächst ein sehr dunkel gehaltenes Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung Englands seit 1870. (Kap. I. The Great Divide, II. A New Commercial World, III. Britain falters and Germany advances, IV. Home and Continental Markets, V. Overseas Markets and Shipping, S. 1—223.) Die Übersicht behandelt am ausführlichsten die vom deutschen Wettbewerb betroffenen Industrien der Jahre 1870—1890 und ist insofern nicht ganz zutreffend, als sie die günstige wirtschaftliche Entwicklung nach der Jahrhundertwende, die den Wettbewerb weitgehend wieder ausschaltete, nicht in das rechte Licht rückt. Hätte Hoffman den ganzen Zeitabschnitt gleichmäßig nach statistischem Material behandelt, statt die Entwicklung besonders schwieriger Jahre mit Konsularberichten und Pressestimmen zu belegen, wären die Zahlen, die Hoffman für den fallenden Export einzelner Wirtschaftszweige gibt, in eine allgemeine

Übersicht eingeordnet und der für England ungünstigen Entwicklung des europäischen Marktes die der überseeischen Märkte gegenübergestellt worden, so wäre das Bild bei weitem nicht so dunkel und einseitig auf die deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen eingestellt ausgefallen. "That the outlook for British commerce at the dawn of the twentieth century was almost hopelessly dark," ist eine Auffassung, die man zwar genügend mit englischen Zeitungsstimmen, aber nicht mit Zahlen stützen kann, und die Hoffman selbst gelegentlich wieder stark einschränken muß.

Wäre der Vergleich der deutsch-englischen Entwicklung auf allen Gebieten gleichmäßig durchgeführt worden, so hätte sich als Gesamtbild mehr eine Verschiebung innerenglischer Wirtschaftskräfte als ein durchgängiger Niedergang gezeigt, und der Widerspruch zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Ausbrüchen der Handelseifersucht in der öffentlichen Meinung, mit denen sich H. im 6. Kapitel (National Alarm, S. 224—273) beschäftigt, wäre noch deutlicher hervorgetreten. So aber werden diese Ausbrüche als wahre Zeugnisse des Volksempfindens aufgefaßt und weder ihre tatsächlichen Grundlagen noch die politischen Zusammenhänge, in denen sie stehen, als so entscheidend für ihre Beurteilung angesehen, wie es in der vorliegenden Studie der Fall ist.

Den ersten großen Ausbruch stellt auch H. für das Jahr 1896 fest, das zugleich die starke politische Entfremdung zwischen den beiden Ländern brachte. Zu diesem Jahr bringt das Buch von H. sehr viel Material, vorwiegend Pressestimmen, als charakteristischer Ausdruck der Handelseifersucht wird die Polemik der *Sat.-Rev.* angesehen. In dem "Made-of-Germany-scare" sieht auch H. eine Art von "midsummer madness", die nach dem Crescendo im August—September wieder verflackerte, weil das Land kein Interesse mehr daran hatte. Zur Zeit der deutsch-englischen Verständigungsversuche trat, wie H. betont, der amerikanische Wettbewerb stark in den Vordergrund, und selbst Williams erkannte, daß seine Befürchtungen 1896 wohl sehr übertrieben waren und „ein mächtigerer Rivale sich erhoben hätte.“ (S. 255 ff.) H. zieht aus diesen Anzeichen jedoch nicht den Schluß, daß der deutsch-englische Wirtschaftsgegen-

satz eben damals noch gar kein selbständiger Faktor war, sondern ein je nach politischem Bedarf hervorgeholtes Argument. Vielmehr hält H. gerade für diese Jahre an seiner starken politischen Bedeutung fest, wenn er sich auch über die kausalen Zusammenhänge sehr vorsichtig und vieldeutig ausdrückt: Die Furcht vor dem Wettbewerber „durchdringt“ die Kontroverse, „die Mißstimmung über Deutschlands Haltung in der Transvaalkrise kam zum Ausdruck in einer Anzahl von Angriffen auf deutsche Waren“, „Furcht und Eifersucht auf die deutsche Wirtschaft beschlichen gerade wieder das Land, als der Kaiser das Krügerelegramm absandte,“ dann wieder heißt es: „Man kann die Presse jenes Jahres nicht lesen, ohne zu erkennen, wie sehr die Transvaalkrise die „Made in Germany“-Gefahr verbreiten half.“ (S. 280 ff.). Es ergibt sich also kein klares Bild darüber, wie weit die Handelseifersucht die Ursache der politischen Entfremdung während der Transvaalkrise war, mehr als Gleichzeitigkeit wagt H. nicht festzustellen.

Nach der Jahrhundertwende hat auch nach Hoffmans Ansicht die Frage des wirtschaftlichen Wettbewerbs in der englischen Öffentlichkeit eine geringe Rolle gespielt, abgesehen von der Schutzzollpropaganda. Die Schutzzollfrage betrachtet H. allerdings als eine rein wirtschaftliche Frage, von der direkte Fäden zur politischen Entwicklung hinübergehen. Beides ist nicht überzeugend. Die Zollfrage ist nicht „augenscheinlich aus der deutsch-englischen Handelseifersucht entstanden,“ sie war von vielen anderen Faktoren abhängig, sie ist in England auch nicht als unfehlbar wirksames Mittel angesehen worden, die deutsche Wirtschaft niederzuzwingen, wie H. meint. Der Verfasser gibt selbst zu, daß der deutsche Export nach dem British Empire prozentual an der Gesamtausfuhr gemessen 1914 geringer war als 1900, also auch ohne britische Zollunion fallende Tendenz zeigte. — Die eigentlich politische Bedeutung der Zollpläne für die deutsch-englischen Beziehungen sieht H. darin, daß die drohende britische Zollunion Deutschland gezwungen habe, seine Flotte stark zu machen und Kolonien zu erwerben. (S. 285) Daß diese Schlußfolgerung in der deutschen Politik gezogen worden wäre, ist nirgends zu erkennen, und auch als Argument hat die britische Zollfrage in den deutschen Flotten-



erörterungen, die vorwiegend auf die Verteidigung des deutschen Handels gegen etwaige Angriffe abgestimmt waren, kaum eine Rolle gespielt. So stellt H. zwar eine landläufige, aber doch nicht überzeugende Kausalreihe auf, wenn er sagt: „Der Druck des deutschen Handels auf die britischen Märkte trieb England zum Schutzzoll und zu imperialer Verteidigung, während diese Hinwendung zum Schutzzoll den deutschen Flottenbau und Imperialismus anstachelte. Dies wiederum erhöhte die britischen Befürchtungen.“ (S. 285) So einfach lagen die Beziehungen nicht, und durch ein Bild wie das folgende sind sie nicht zu klären: „Die Zollfrage war einer der Steine, auf denen das Messer der anglo-deutschen Todfeindschaft geschärft wurde.“ (S. 292.)

Wenn H., obwohl er im ganzen ein Abflauen der Handels- eifersucht nach der Jahrhundertwende feststellen muß, doch an der starken politischen Bedeutung des wirtschaftlichen Wettbewerbs festhält, so vor allem deshalb, weil er eine Reihe von politischen Fragen, die das deutsch-englische Verhältnis belasteten, als stark wirtschaftlich fundiert betrachtet, z. B. Pretoria, Kiauchou, Venezuela, Tanger, Teheran, Agadir, erst recht natürlich die Bagdadbahn. Bei fast all diesen Fragen, besonders deutlich beim Venezuela-Konflikt, läßt sich jedoch im Gegenteil wahrscheinlich machen, daß die überbetonten Wirtschaftsinteressen den Vorwand für die Ziele der großen Politik abgegeben haben, und man muß die Ansicht ablehnen, daß all die genannten Fragen „direkt oder indirekt mit der wirtschaftlichen Rivalität verbunden gewesen“ seien.

Als die eigentlichen politischen Konsequenzen des wirtschaftlichen Wettbewerbs aber sieht H. die beiden für das deutsch-englische Verhältnis entscheidenden Fragen an: Die angeblichen deutschen Ziele der Hegemonie auf dem Kontinent und die deutsche Flottenpolitik. (Kap. VI. The Trade Question and Britain's German Policy, S. 273 ff.) Der Nachweis eines Zusammenhanges gelingt H. jedoch nur für die Erörterungen in der Publizistik. Deutschlands wirtschaftliche Ausbreitung auf dem Kontinent, so argumentierte man, würde die Vorstufe zur Verwirklichung der pangermanischen Ziele der Alldeutschen sein. — Dafür, daß diese Ansicht auch im Foreign Office ver-

breitet gewesen sei, scheint mir der Bericht Hardinges aus Brüssel (S. 297), der ähnliche Gerüchte mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß es sich um Gerüchte handelte, nach London weitergab, kein ausreichender Beweis zu sein. — Ähnlich liegen die Dinge bei der Flottenfrage. Auch hier kann H. nur zeigen, daß die Handelsinteressen in weitem Maße das Argument für den Flottenbau abgaben, ein Beweis für einen tatsächlichen Zusammenhang wäre aber erst dann erbracht, wenn der Nachweis gelänge, daß die rivalisierenden Wirtschaftsgruppen beider Länder den Flottenbau gewünscht und gefördert hätten und daß dann aus diesem aus wirtschaftlichen Gründen erfolgten maritimen Wettrüsten die politische Feindschaft entstanden wäre. Dieser Zusammenhang ist aber nicht zu erweisen, und es ist weder hier noch in der Frage der deutschen Vorherrschaft auf dem Kontinent möglich, eine Beziehung zwischen Wirtschaftsrivalität und Machtpolitik einfach vorauszusetzen. Welche Fragen besonders der englischen Politik sollte man sonst als rein politische bezeichnen, zumal die eigentlich politische Frage der Grenz- und Landesverteidigung damals für England noch gar nicht akut war?

Damit bleibt eine Beziehung nur für die Erörterungen in der „öffentlichen Meinung“ bestehen, und hier muß auch H. feststellen, was die vorliegende Studie häufig betont hat, daß gerade Wirtschaftskreise und ihre Fachpresse sich häufig um eine Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses bemüht haben. (Vgl. S. 268, 278). Wenn H. trotzdem die Handelseifer sucht den „Boden“ nennt, „aus dem die großen strittigen Fragen zwischen den beiden Nationen erwachsen,“ (S. 279) so muß festgehalten werden, daß dieser Boden erst durch politische Mächenschaften vergiftet und durch sie zu einer „basic cause“ für den Weltkrieg geworden ist.

## Quellen- und Literaturnachweis.

### 1. Akten- und Sammelwerke.

**Die Große Politik** der Europäischen Kabinette 1871—1914. Bd. 10 ff.

**British Documents** on the Origins of the War. 1898—1914.

**Hansard:** Parliamentary Debates. Aus den Jahren 1895—1907.

**Papers of Parliament.** Aus den Jahren 1895—1907.

Aus späteren Jahrgängen:

Statistical Tables and Charts relating to British and Foreign Trade and Industry. 1854—1908. P. o. P. 1909.

Final Report on Commercial and Industrial Policy after the War. P. o. P. 1918.

**The Statesman's Yearbook.**

**B. v. Siebert:** Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente-politik der Vorkriegsjahre. 1921.

**Schulthess:** Europäischer Geschichtskalender.

**B. Schwertfeger:** Unveröffentlichte Dokumente zur europäischen Politik 1897—1914, 1919.

**Belgische Aktenstücke.** 1905—1914.

### 2. Memoiren, Biographien, Reden.

**Wilfrid Scawen Blunt:** My Diaries, 2 Bde. 1888/1914. London 1919.

**Gwendolyn Cecil:** The Life of Robert Marquis of Salisbury, Bd. 3, London 1931.

**Mr. Joseph Chamberlain's Speeches.** 2 Bde. Ed. by Ch. W. Boyd. London 1914.

**Valentine Chirol:** Fifty Years in a Changing World. Lo. 1927.

**W. L. R. Churchill:** Lord Randolph Churchill. 2 Bde. Lo. 1906.

**W. L. Courtney:** The Making of an Editor. 1850—1928. Lo. 1930.

**Marquess of Crewe K. G.:** Lord Rosebery. 2 Bde. Lo. 1931.

**H. v. Eckardstein:** Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. 3 Bde. Leipzig 1919/21.

**John Arbuthnot Fisher:** Memories. Lo. 1919.

**A. G. Gardiner:** The Life of Sir Vernon Harcourt. Lo. 1923.

**J. L. Garvin:** The Life of Joseph Chamberlain. Bd. 1 u. 2. Lo. 1932.

**Edward Grey:** Twenty-five Years.

**St. Gwynn-Tuckwell:** The Life of Sir Charles Dilke. 2 Bde. Lo. 1917.

**Stephen Gwynn:** The Letters and Friendships of Sir Cecil Spring-Rice. 2 Bde. 1929.

**Karl Helfferich:** Georg von Siemens. 3 Bde. Bln. 1923.

**Bernard Holland:** The Life of Spencer Compton, Eighth Duke of Devonshire. 1911.



- B. Huldermann:** Albert Ballin. 1922.  
**S. H. Jeyes — F. D. How:** The Life of Sir Howard Vincent. Lo. 1912.  
**Sidney Lee:** King Edward VII. 2 Bde. 1925/26.  
**Alexander Mackintosh:** Joseph Chamberlain. An Honest Biogr. 2. Aufl. Lo. 1914.  
**E. T. Raymond:** Mr. Balfour, a biography. Lo. 1920.  
**I. A. Spender:** The Life of the Right Hon. Sir Henry Campbell-Bannerman. Lo. 1923.  
**Wickham Steed:** Through thirty Years, 1892—1922. 2 Bde. Lo. 24.  
**John St. Loe Strachey:** The adventure of Living. (Hrsg. des Spectator). Lo. 1922.  
**Lord Sydenham:** My working Life. Lo. 1927.  
**Alfred v. Tirpitz:** Erinnerungen. Leipzig 1919.

### 3. Zeitungen und Flugschriften.

- The Economist.** 1895—1907.  
**The Fortnightly Review.** 1901—04.  
**I. A. Hobson:** Die Furcht vor Deutschland. (The German Panic) Flugschriften des deutsch-englischen Verständigungskomitees, 1913.  
Flugschriften des Gobden-Clubs.  
**The Saturday Review.** 1894/1899.  
**E. E. Williams:** Made in Germany. Lo. 1897.  
In Einzelnummern benutzte Zeitungen und Zeitschriften finden sich an Ort und Stelle zitiert.

### 4. Darstellungen.

- Paul Arndt:** Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu England und den englischen Kolonien.  
**W. J. Ashley:** The Tariff Problem. Lo. 1903.  
**W. Bächtold:** Der entscheidende weltpolitische Wendepunkt der Vorkriegszeit. Weltwirtsch. Archiv. Bd. 19. 1924.  
**A. J. Balfour:** Volkswirtschaftliche Randbemerkungen über den britischen Freihandel. Autor. Übersetzung v. Heinemann. Berlin 03.  
**Th. Barclay:** Thirty Years. Lo. 1914.  
**C. R. Beazley:** Nineteenth Century Europe and Britain.  
**W. Becker:** Fürst Bülow und England 1897—1909. 1929.  
**Erich Brandenburg:** Von Bismarck zum Weltkrieg. 2. Aufl. 26.  
**B. Braude:** Die Grundlagen und die Grenzen des Chamberlainismus. 6. Heft der Züricher Volkswirtsch. Studien 1905.  
**Lujo Brentano:** Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. Bd. 3.  
**B. v. Bülow:** Denkwürdigkeiten. 3. Bd. Berlin 31.  
**Sir Roger Casement:** Gesammelte Schriften, München 1916.  
**J. A. Cramb:** Germany and England. Lo. 1914.  
**John S. Ewart:** The Roots and Causes of the War 1914/18. N. Y. 1925.  
**Lord Farrer:** England under Edward VII. Lo. 1922.  
**Sidney B. Fay:** The origins of the World War. Bd. 1. N. Y. 1928.  
**Otto Franke:** Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914. Braunschweig 1923.



- H. Friedjung:** Das Zeitalter des Imperialismus. 1922.
- Karl Joh. Fuchs:** Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 57. 1893.
- Viceadmiral a. D. Karl Galster:** England, deutsche Flotte und Weltkrieg. Kiel 1925.
- G. P. Gooch:** History of Modern Europe 1875—1919. N. Y. 1923.
- Joh. Haller:** England und Deutschland um die Jahrhundertwende. Leipzig 1929.
- Joh. Haller:** Die Ära Bülow. 1922.
- K. O. Herkenberg:** The Times und das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1898. 1925.
- Hans Herzfeld:** Der deutsche Flottenbau und die englische Politik. Archiv für Pol. und Gesch. 1925, 1, 2.
- F. W. Hirst:** The six Panics and other Essays. Lo. 1923.
- F. W. Hirst:** From Adam Smith to Philip Snowden. Lo. 1925.
- J. A. Hobson:** Imperialism. A Study. Lo. 1902
- Anton Hofrichter:** Krieg und Handelsrivalität. 1917.
- R. Killian:** Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz. 1915.
- Lilian C. H. Knowles:** The economic development of the British overseas Empire. Lo. 1924.
- F. Lenz:** Ist Deutschlands Krieg ein Wirtschaftskrieg? Bln. 15.
- Hermann Levy:** Die treibenden Kräfte der englischen Schutzzollbewegung. Volkswirtsch. Zeitfragen. Nr. 257. Berlin 1911.
- Hermann Levy:** Die englische Wirtschaft. 1920.
- F. Meinecke:** Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901. 1927.
- Caroline Playne:** The Pre-War Mind in Britain. 1928.
- Karl Rathgen:** Die englische Handelspolitik am Ende des 19. Jahrhunderts. Schriften des Vereins f. Sozialpolitik, 91. 1901.
- Graf Reventlow:** Politische Vorgeschichte des großen Krieges. 1919.
- I. Riesser:** England und wir, Leipzig 1914.
- Bernadotte E. Schmitt:** England and Germany, 1740—1914. 1918.
- Bernadotte E. Schmitt:** The Coming of the War. 2 Bde. 1930.
- Hermann Schöttle:** Die Times in der ersten Marokkokrise, Tübingen 1930.
- G. v. Schulze-Gävernitz:** Britischer Imperialismus und englischer Freihandel. Leipzig 1906.
- Marie Schwab:** Chamberlains Handelspolitik. Jena 1905.
- Gustav Stresemann:** Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland 1915.
- I. A. Wüd:** Die Rolle der Burenrepubliken in der auswärtigen und kolonialen Politik des Deutschen Reiches in den Jahren 1883—1900. Nürnberg 1927.
- Alfred Zimmermann:** Der englisch-deutsche Gegensatz. Zeitschrift für Politik 1909, II.

